

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1977

MONTAG, 5. SEPTEMBER 1977

Nr. 36

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		Personalnachrichten
Staatliche Anerkennung von Rettungsstaten 1794	Erteilung einer Erlaubnis für die Ausführung von Markscheiderarbeiten 1796	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1808
Der Hessische Minister des Innern	Der Hessische Sozialminister	Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz 1808
Wahl der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1794	Gewerbeaufsicht; hier: Durchführung der Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung — ArbStättV) vom 20. 3. 1975 — Scheithöhe an Baustellenwagen — 1796	Im Bereich des Hessischen Kultusministers 1808
Ausländerrecht; hier: Verlegung des Dienstsitzes der Deutschen Kommission in Italien von Verona nach Rom 1794	Meldung zum III. Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung im Herbst 1977 1796	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt 1811
Anerkennung ausländischer Pässe und Paßersatzpapiere; hier: Portugiesische Fremdenpässe 1794	Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen 1797	Der Regierungspräsident in Darmstadt
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Dautphetal, Landkreis Marburg-Biedenkopf 1794	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gem. § 14 Ladenschlußgesetz 1811
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Vöhl, Landkreis Waldeck-Frankenberg 1794	Flurbereinigung Lahn-Hermannstein, Lahn-Dill-Kreis 1797	Benennung von Gemeindeteilen 1811
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Langgöns, Lahn-Dill-Kreis 1795	Flurbereinigung Bad Wildungen I .. 1798	Buchbesprechungen 1812
Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises 1795	Flurbereinigung Bad Wildungen II 1799	Öffentlicher Anzeiger
Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises 1795	Flurbereinigung Bad Wildungen III 1800	Öffentliche Auslegung der Haushaltsatzung für das Jahr 1978 des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel 1822
Sammlungswesen; hier: Berührung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland durch Sammlungserlaubnisse 1795	Flurbereinigung Kaufungen — Oberkaufungen, Kreis Kassel 1801	Bekanntmachung der Hessischen Brandversicherungsanstalt Kassel .. 1822
Der Hessische Kultusminister	Flurbereinigung Waldsolms—Kraftsolms, Lahn-Dill-Kreis 1802	Einladung zur ordentlichen Mitgliederversammlung des Technischen Überwachungs-Vereins Hessen e. V. 1822
Errichtung der Katholischen Kirchengemeinde Pohlheim 1795	Flurbereinigung Braunfels—Neukirchen, Lahn-Dill-Kreis 1803	Stellenausschreibung (Sozialgerichtsbarkeit) 1824
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	Flurbereinigung Steinberg, Wetteraukreis 1804	Stellenausschreibung (Hess. Sozialminister) 1824
Sicherstellung des Baues und Betriebes der 110-kV-Freileitungen „Höchst-Ost“ und „Höchst-West“ 1796	Geschäftsordnung des Weinbauamtes mit Weinbauschule Eltville 1805	
	Der Landeswahlleiter für Hessen	
	Nachfolge für den Abgeordneten Heinz Herbert Karry 1807	

1164

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Mit Urkunde vom 4. Februar 1977 habe ich

Herrn Fritz Kirsch, Oestrich-Winkel,
für die unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines
Menschen vor dem Tode am 5. April 1976
die Hessische Rettungsmedaille
verliehen.

Mit Urkunden vom 18. März 1977 habe ich

Herrn Heribert Geier, Michelstadt,
für die unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines
Menschen vor dem Tode am 26. Juni 1976

Herrn Adolf Herwig, Witzenhausen.
für die unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines
Menschen vor dem Tode am 6. September 1976
die Hessische Rettungsmedaille
verliehen.

Mit Urkunde vom 20. Juni 1977 habe ich

Herrn Harald Gerhardt, Bruchköbel,
für die unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines
Menschen vor dem Tode am 28. Mai 1976
die Hessische Rettungsmedaille
verliehen.

Mit Urkunde vom 25. Februar 1977 habe ich

Herrn Hendrik Lubben, Nieuwe-Pekela,
für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 26. Juni
1976

Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Wiesbaden, 19. 8. 1977

Der Hessische Ministerpräsident
I A 1 — 14 c

StAnz. 36/1977 S. 1794

1165

Der Hessische Minister des Innern

Wahl der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hat am 20. Sep-
tember 1976 die Einführung allgemeiner unmittelbarer Wah-
len zum Europäischen Parlament beschlossen.

Als Termin für die Durchführung der Wahl ist ein einheitlicher
Zeitpunkt in den Monaten Mai/Juni 1978 in Aussicht ge-
nommen worden. Es muß jedoch damit gerechnet werden,
daß sich der Wahltermin verschiebt, u. U. sogar bis zum
Frühjahr 1979.

Das Wahlverfahren richtet sich vorerst nach den innerstaatlichen
Bestimmungen. Mit der Verabschiedung des Europawahl-
gesetzes durch den Bundestag ist im Spätherbst zu
rechnen. Das Wahlverfahren wird im wesentlichen an das
Verfahren bei Bundestagswahlen angenähert sein. Wahlkreis-
bewerber wird es jedoch voraussichtlich nicht geben.

Für die Erstattung der Wahlkosten soll die Regelung des
Bundeswahlgesetzes (§ 50 BWG) entsprechend gelten. Die
Kosten dürften denen der Bundestagswahl 1976 entsprechen.
Ich bitte, das Vorstehende bei Ihren Planungen für 1978 —
insbesondere auch hinsichtlich des Haushalts — zu berücksichtigen.

Wiesbaden, 12. 8. 1977

Der Hessische Minister des Innern
II 5 — 3 e 100 — 14 — 1/77

StAnz. 36/1977 S. 1794

1166

Ausländerrecht;

hier: Verlegung des Dienstsitzes der Deutschen Kommissi-
on in Italien von Verona nach Rom

Der Dienstsitz der Auslandsdienststelle der Bundesanstalt
für Arbeit in Italien ist am 20. 6. 1977 von Verona nach Rom
verlegt worden. Die Diensträume befinden sich in der Via
Raffaele de Cesare 30.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 19. 8. 1977

Der Hessische Minister des Innern
III A 51 — 23 d

StAnz. 36/1977 S. 1794

1167

Anerkennung ausländischer Pässe und Paßersatzpapiere;

hier: Portugiesische Fremdenpässe

Auf Anfrage des Bundesministers des Innern hat das Aus-
wärtige Amt mitgeteilt, daß nach Auskunft des portugiesi-
schen Außenministeriums Inhaber portugiesischer Fremden-
pässe für die Einreise nach Portugal keines Sichtvermerks
bedürfen. Im Hinblick auf diesen Sachverhalt hat der Bun-
desminister des Innern im Einvernehmen mit dem Auswärtigen
Amt gem. Nr. 4 Abs. 3 zu § 3 AuslVwV eine Ausnahme
von dem Erfordernis des Rückkehrsichtvermerks zugelassen

und portugiesische Fremdenpässe weiterhin als ausreichend
für den Grenzübertritt und den Aufenthalt im Bundesgebiet
anerkannt.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 19. 8. 1977

Der Hessische Minister des Innern
III A 51 — 23 d

StAnz. 36/1977 S. 1794

1168



Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Dautphetal, Landkreis Marburg-Biedenkopf

Der Gemeinde Dautphetal im Land-
kreis Marburg-Biedenkopf, Regie-
rungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14
Abs. 1 der Hessischen Gemeindeord-
nung in der Fassung vom 1. Juli 1960
(GVBl. S. 103) das nachstehend be-
schriebene und abgebildete Wappen
genehmigt worden, das bis zum Zu-
sammenschluß der Gemeinden Al-
lendorf am Höhenfels, Buchenau
(Lahn), Damshausen, Dautphe, Elms-
hausen, Friedensdorf, Herzhausen, Holzhausen am Hünstein,
Hommertshausen, Mornshausen a. D., Silberberg und Wolfgru-
ben am 1. Juli 1974 von der früheren Gemeinde Dautphe ge-
führt wurde:

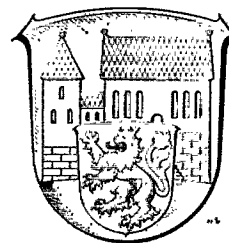
„In Blau ein silberner, goldenbewehrter Adler, der in den
Fängen zwei silberne, einander zugekehrte Schilde mit je
einem roten Löwen hält.“

Wiesbaden, 15. 8. 1977

Der Hessische Minister des Innern
IV A 23 — 3 k 06 — 43/77

StAnz. 36/1977 S. 1794

1169



Vöhl

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Vöhl, Landkreis Waldeck-Frankenberg

Der Gemeinde Vöhl im Landkreis
Waldeck-Frankenberg, Regierun-
gsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1
der Hessischen Gemeindeordnung in
der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl.
S. 103) das nachstehend beschriebene
und abgebildete Wappen genehmigt
worden:

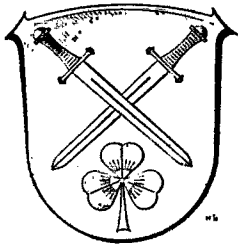
„Das Wappen der Gemeinde Vöhl
zeigt im silbernen Schild auf grün-
em Grund eine rote, blaube-

dachte Burg mit rechtsgestelltem Turm, davor im blauen Schild einen goldengekrönten und rotgezungen, von Silber und Rot geteilten Löwen.“

Wiesbaden, 17. 8. 1977

Der Hessische Minister des Innern
IV A 23 — 3 k 06 — 43/77
StAnz. 36/1977 S. 1794

1170



Langgöns

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Langgöns, Lahn-Dill-Kreis

Der Gemeinde Langgöns im Lahn-Dill-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:

„In Gold über einem grünen Kleeblatt mit zwei Griffen nach oben gelegte schrägekreuzte rote Schwerter.“

Wiesbaden, 19. 8. 1977

Der Hessische Minister des Innern
IV A 23 — 3 k 06 — 43/77
StAnz. 36/1977 S. 1795

1171

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Der am 1. Januar 1974 vom Polizeipräsidenten in Kassel für Polizeimeister Horst-Falko Werner ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 09 — 697 ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Kassel, 10. 8. 1977 **Der Polizeipräsident**
P III — 7 d 14

StAnz. 36/1977 S. 1795

1172

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Der vom Polizeipräsidenten in Wiesbaden ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 06 — 734 des Polizeimeisters Bert Gemmerich ist in Verlust geraten. Ich erkläre ihn hiermit für ungültig.

Wiesbaden, 16. 8. 1977 **Der Polizeipräsident**
P — III

StAnz. 36/1977 S. 1795

1173

Sammlungswesen; hier: Berührung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland durch Sammlungserlaubnisse

Bezug: Erlaß vom 5. 8. 1977 (StAnz. S. 1683)

Im o. a. Erlaß muß es in der ersten Zeile des letzten Absatzes statt „karikativen“ richtig „karitativen“ heißen.

Die Redaktion
StAnz. 36/1977 S. 1795

Der Hessische Kultusminister

1174

Errichtung der Katholischen Kirchengemeinde Pohlheim

URKUNDE

Der Bischof von Mainz hat

1. gemäß Can. 1482 und den übrigen Bestimmungen des allgemeinen und diözesanen Rechtes nach Anhörung und Zustimmung aller hierfür in Betracht Kommenden, unter Berücksichtigung von Can. 1477, § 2 CIC, die Katholische Kirchengemeinde Pohlheim errichtet.

2. Die Katholische Kirchengemeinde Pohlheim wird aus folgenden Ortsteilen der bürgerlichen Gemeinde Pohlheim gebildet:

Dorf-Güll,	Hausen
Garbenteich,	Holzheim,
Grünungen,	Watenborn-Steinberg.

Diese Filialen werden von ihren bisherigen Kirchengemeinden abgetrennt:

Dorf-Güll	von der Kathol. Kirchengemeinde Lich,
Garbenteich	von der Kathol. Kirchengemeinde Gießen, St. Bonifatius,
Grünungen	von der Kathol. Kirchengemeinde Langgöns,
Hausen	von der Kathol. Kirchengemeinde Gießen, St. Bonifatius,
Holzheim	von der Kathol. Kirchengemeinde Gambach,
Watenborn-Steinberg	von der Kathol. Kirchengemeinde Großen-Linden.

3. Die Katholische Kirchengemeinde Pohlheim gehört zum Dekanat Gießen.

4. Gemäß Can. 1427, § 3 CIC, werden der neuen Kirchengemeinde folgende Grundstücke übertragen:

- Gemarkung Hausen
Grundbuch von Hausen Bd. 21, Bl. 746
- 2 Flur 2 Nr. 63/1 — 1216 qm Ackerland hinter dem Wäldchen
- 3 Flur 2 Nr. 66 — 1094 qm Ackerland hinter dem Wäldchen
- 4 Flur 2 Nr. 65/2 — 3364 qm Hof- und Gebäudefläche, Garbenteicherstraße

Bisheriger Eigentümer: Katholische Kirche Gießen, St. Bonifatius

Gemarkung Holzheim
Grundbuch von Gambach Bd. 35, Bl. 1954

1 Flur 1 Nr. 914/3 — 451 qm Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße

Bisheriger Eigentümer: Katholische Kirche Gambach
Gemarkung Pohl-Göns

Grundbuch von Butzbach, Bd. 51, Bl. 2239
12 Flur 1, Nr. 864 — 3179 qm Bauplatz, Gießener Straße 53

Bisheriger Eigentümer: Katholische Kirche Butzbach
Die Grundbuchtitel sollen lauten: „Katholische Kirche, Pohlheim“.

5. Für die im Gebiet der Katholischen Kirchengemeinde Pohlheim wohnenden Katholiken wird kirchenrechtlich eine Pfarrkuratie errichtet. Ihr obliegen hinsichtlich der Kirchengemeinde die vom Gesetz vorgesehenen Rechte und Pflichten.

6. Der Kirchenstiftungsrat ist gemäß § 4 der Verordnung über die Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens im Bistum Mainz vom 15. 7. 1971 zu wählen.

7. Für den Unterhalt des künftigen Pfarrkuraten ist durch die Aufnahme in die Besoldungsordnung der Diözese, für die Bedürfnisse der Kirchengemeinde durch Anteil an der diözesanen Kirchensteuer und durch das Kirchgeld gesorgt.

8. Dem jeweiligen Pfarrkuraten wird die selbständige Seelsorge der auf dem Gebiet der Kirchengemeinde Pohlheim wohnenden Katholiken mit sämtlichen Rechten und Pflichten, wie sie im allgemeinen diözesanen Recht festgelegt sind, übertragen.

9. Alle sonst notwendigen Ausführungsbestimmungen, insbesondere zu Nrn. 4, 6 und 7 dieser Urkunde, erläßt auch für den Fall, daß Can. 1500 CIC zu berücksichtigenden wäre, das Bischöfliche Ordinariat bzw. dessen Dezernat VIII, Finanz- und Vermögensverwaltung.

10. Die Bestimmungen dieser Urkunde treten mit dem 1. September 1977 in Kraft.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 18. 8. 1977

Der Hessische Kultusminister
I B 6 — 883/2/21

StAnz. 36/1977 S. 1795

1175

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Sicherstellung des Baues und Betriebes der 110-kV-Freileitungen „Höchst-Ost“ und „Höchst-West“

Anordnung

Nach § 11 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird die Beschränkung und — soweit diese nicht ausreicht — die Entziehung von Grundeigentum und Rechten an Grundeigentum im Wege der Enteignung zum Zwecke des Baues und Betriebes der 110-kV-Freileitungen „Höchst-Ost“ und „Höchst-West“ als Mitführung an der 110-kV-Bahnstromleitung Flörsheim—Höchst zugunsten der Main-Kraftwerke Aktiengesellschaft in Frankfurt am Main-Höchst für zulässig erklärt.

Nach § 11 Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz wird angeordnet: Die Inanspruchnahme von Grundstücken ist zur Ausführung von Vorarbeiten zulässig.

Beschränkungen und — soweit diese nicht ausreichen — Enteignungen von Grundeigentum sind nur in der Gemarkung Schwanheim zulässig.

Zuständige Enteignungsbehörde ist der Regierungspräsident in Darmstadt. Das Hessische Enteignungsgesetz (HEG) vom 4. April 1973 (GVBl. I S. 107) findet Anwendung.

Über den Verlauf etwaiger Enteignungsverfahren ist der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik zu unterrichten.

Die Anordnung tritt außer Kraft, wenn bis zum 1. 10. 1979 noch kein Antrag auf Einleitung eines Enteignungsverfahrens gestellt worden ist.

Wiesbaden, 15. 8. 1977

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**

Im Auftrag

gez. Thurmann

IV b 1 — 78 b 06-05/77-3

StAnz. 36/1977 S. 1796

1176

Ertelung einer Erlaubnis für die Ausführung von Markscheiderarbeiten

Dem Markscheider Dipl.-Ing. Manfred Brase ist die Erlaubnis erteilt worden, Markscheiderarbeiten auch im Lande Hessen auszuführen.

Seine Niederlassung befindet sich in 4700 Hamm 5, Sachsenweg 6, bei der Verwaltung der Firma Bergbau AG Westfalen.

Dies wird hiermit gemäß § 5 des Markscheiderzulassungsgesetzes vom 17. Dezember 1973 (GVBl. I S. 469) öffentlich bekanntgemacht.

Wiesbaden, 23. 8. 1977

Hessisches Oberbergamt

76 h 02 05 — 38/3

StAnz. 36/1977 S. 1796

1177

Der Hessische Sozialminister

Gewerbeaufsicht;

hier: Durchführung der Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung — ArbStättV) vom 20. März 1975 (BGBl. I S. 729) — Scheitelhöhe an Baustellenwagen —

Bezug: Erlaß vom 11. 2. 1971 (StAnz. S. 555)

Gemäß § 45 Abs. 6 ArbStättV müssen Baustellenwagen, die als Tagesunterkünfte dienen, eine lichte Höhe von mindestens 2,30 m im Scheitel haben. Da sich noch zahlreiche Baustellenwagen mit einer Scheitelhöhe von weniger als 2,30 m in Gebrauch befinden, ist es erforderlich, eine Übergangsregelung zu treffen.

Die Übergangsvorschriften des § 56 ArbStättV können nur auf Baustellen angewendet werden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Arbeitsstättenverordnung, also am 1. Mai 1976, bereits eingerichtet waren oder mit deren Einrichtung zu diesem Zeitpunkt begonnen war. Mit der Auflösung der Baustelle werden die Übergangsvorschriften insoweit gegenstandslos. Dies dürfte für die Mehrzahl der Baustellen zutreffen.

Im einzelnen bitte ich, wie folgt zu verfahren:

1. Wagen mit weniger als 2,00 m lichter Scheitelhöhe

Diese Wagen sind sofort zu beanstanden, sofern sie noch als Tagesunterkünfte eingesetzt werden. Erforderlichenfalls sind die gebotenen Maßnahmen durch Verfügung auf Grund von § 120 f oder § 139 i GewO zu treffen.

2. Wagen mit einer lichten Scheitelhöhe bis 2,20 m

Für diese Wagen kann eine Aufbrauchsfrist bis zum 31. 12. 1980 gewährt werden.

3. Wagen mit einer lichten Scheitelhöhe über 2,20 m

Diese Wagen können bis 10 Jahre nach der ersten Inbetriebnahme benutzt werden.

Ich bitte, die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter zu veranlassen, die Arbeitgeber, die Baustellenwagen betreiben, auf geeignete Weise, z. B. durch Revisionsschreiben im Zusammenhang mit Baustellenbesichtigungen, auf diese Übergangsregelung hinzuweisen. Auch sind die Arbeitgeber aufzufordern, nicht vorschriftsmäßige Baustellenwagen sobald wie möglich für andere Zwecke, z. B. als Gerätewagen, zu benutzen und in diesen Fällen die ausgesonderten Wagen durch neue vorschriftsmäßige Wagen zu ersetzen.

Auf schriftlichen Antrag des Arbeitgebers kann das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt in den Fällen nach Ziffer 2 und 3 nach Maßgabe des § 4 Abs. 1 ArbStättV eine Ausnahme erteilen. Zuständig ist das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt, in dessen Aufsichtsbezirk das Unternehmen seinen Sitz hat. Die Ausnahmegenehmigung ist auf den einzelnen Baustellenwagen auszustellen. Dem Arbeitgeber ist aufzugeben, eine Ablichtung im Baustellenwagen dauerhaft anzubringen. Die Ausnahmegenehmigungen gelten als überregionale Verwaltungsakte für den Einsatz des Wagens auf allen Baustellen des Bundesgebietes einschließlich des Landes Berlin.

Erläßt ein Staatliches Gewerbeaufsichtsamt eine Verfügung (siehe Ziffer 1) gegen einen Unternehmer, dessen Geschäftssitz außerhalb seines Aufsichtsbezirkes ist, so ist eine Durchschrift der Verfügung an das für den Sitz des Unternehmens zuständige Staatliche Gewerbeaufsichtsamt zu senden.

Der Erlaß vom 11. Februar 1971 (StAnz. S. 555) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 27. 7. 1977

Der Hessische Sozialminister

I C 4 — 53b 551

StAnz. 36/1977 S. 1796

1178

Meldung zum III. Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung im Herbst 1977

Anträge auf Zulassung zum III. Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung sind bis zum

30. 9. 1977 an das Hessische Landesprüfungsamt für Heilberufe, Hungener Straße 6—12, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

Antragsvordrucke sind bei der genannten Behörde sowie bei der Landesapothekerkammer Hessen erhältlich.

Da es sich um eine Ausschlussfrist handelt, können später eingehende Anträge nur dann berücksichtigt werden, wenn ein wichtiger Grund für das Fristversäumen glaubhaft gemacht wird und der Stand des Prüfungsverfahrens eine Teilnahme des Bewerbers noch zuläßt (§ 5 Abs. 2 der Approbationsordnung für Apotheker — AOFA).

Antragsberechtigt sind Bewerber, die ihre praktische Ausbildung nach § 3 bzw. § 1 Nr. 2 in Verbindung mit den §§ 21 und 22 AOFA bis Ende Dezember 1977 abschließen werden und zuletzt an einer hessischen Universität Pharmazie stu-

dirt haben. Ausnahmen sind nach § 4 Abs. 2 AOFA möglich. Dem Antrag sind beizufügen:

1. Zeugnis über das Bestehen des Zweiten Prüfungsabschnittes,
2. Bescheinigung (ggf. vorläufige Bescheinigung) über die praktische Ausbildung entsprechend Anlage 3 zu § 3 Abs. 3 AOFA.

Mit dem Antrag können auch Wünsche bezüglich Prüfungsgruppen angegeben werden.

Frankfurt am Main, 11. 8. 1977

**Hessisches Landesprüfungsamt
für Heilberufe**

StAnz. 36/1977 S. 1796

1179

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in HESSEN

Bevölkerungszahl: 5 539 300

Monat: Juni 1977 (Monat setzt sich aus 5 Wochen zusammen)

(Stand 30. 9. 1976)

Reg.-Bezirk	E = Erkrankungsfall T = Todesfall	Enteritis in- fectiosa		Übertr- in- der- läh- mung	Orni- those	Ruhr		Brucellose	Übertr- Hirn- haut- ent- zündung	Lepto- spirose		Verletzung durch tollwutranke oder -verdächtige Tiere*)	Malaria	Mikrosporite	Toxoplasmosse	Tetanus	Lepra	Todes- fall an					
		Salmonellose	übrige Formen			übertragbare Gehirnentzündung	Insgesamt			davon paralytisch	Psittakose							übrige Formen	Paratyphus A und B	bakterielle Ruhr	Amöbenruhr	Typus abdominalis	Diphtherie
Reg.-Bezirk	E	123	1			1	7	1	1	165			13	4	1	1	1	1					
DARMSTADT	T																						
Reg.-Bezirk	E	21	1				1			44			2	2	2								
KASSEL	T																						
Land	E	144	2			1	7	2	1	209			13	6	1	3	1	1					
HESSEN	T																						

*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren
Wiesbaden, 10. August 1977

**Der Hessische Sozialminister
III B 5 a**

StAnz. 36/1977 S. 1797

1180

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Flurbereinigung Lahn-Hermannstein, Lahn-Dill-Kreis

Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 86 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) in der Fassung vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546) wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke von Teilen der Gemarkungen Lahn-Hermannstein und Aßlar, Lahn-Dill-Kreis, wird hiermit angeordnet.
2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage zum Flurbereinigungsbeschuß aufgeführten Grundstücke festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 223 ha, worin eine Waldfläche von rd. 15 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht. Die vom Verfahrensgebiet ausgeschlossenen Grundstücke sind durch einen orangen Farbstreifen gekennzeichnet.
3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:
„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Lahn-Hermannstein“ mit dem Sitz in Lahn-Hermannstein.
Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.
4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in 6340

Dillenburg, Wilhelmstraße 9 II, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hess. Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85 Abs. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Hess. Amtes für Landeskultur erforderlich:
 - a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll, dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören,
 - b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen,
 - c) wenn Obstbäume, Beeresträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht beeinträchtigt werden,
 - d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben, das Hess. Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hess. Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hess. Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Lahn und der Gemeinde Aßlar öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei der Stadt Lahn und der Gemeinde Aßlar zwei Wochen lang ausgelegt.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß zur Erhaltung der Bürgernähe der Verwaltung auch die entsprechende Auslegung bei der Stadt Lahn — Verwaltungsstelle Hermannstein — erfolgt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Dillenburg, 7. 7. 1977

Hess. Amt für Landeskultur
F 729 — Lahn-Hermannstein
StAnz. 36/1977 S. 1797

Anlage zum Flurbereinigungsbeschluß vom 7. Juli 1977 im Flurbereinigungsverfahren von Lahn-Hermannstein

Dem Flurbereinigungsverfahren von Lahn-Hermannstein unterliegen folgende Grundstücke:

Gemarkung Hermannstein

Flur 1, Flurstücks-Nrn. 23 tlw., 24 tlw.,

Flur 5, Flurstücks-Nrn. 1—15, 153/16, 154/16, 17—65, 76—82, 150/83, 151/83, 152/83, 84—95, 103—105, 129—135, 136/1, 137, 138, 139/1, 139/2 tlw., 140/1, 141 tlw.,

Flur 6, Flurstücks-Nrn. 1—99,

Flur 7, Flurstücks-Nrn. 1—30, 78—90, 91/1, 91/2, 92—96, 99, 107, 108—110,

Flur 8, Flurstücks-Nrn. 3/1, 3/2, 4—7, 9, 10,

Flur 19, Flurstücks-Nrn. 1—18, 114/19, 115/19, 20/4, 21/4, 22/1, 23/1, 24—33, 112/34, 113/34, 35—47, 48/1, 48/2, 89/5, 89/6, 118/89—131/89, 90, 132/91—138/91, 140/91—142/91, 92/1 tlw., 92/2—92/4, 93/2, 93/4, 94/2, 94/3, 95 tlw.,

Flur 20, Flurstücks-Nrn. 1—11, 82—108, 109/2, 110, 111/2, 124/2, 122, 123,

Flur 21, Flurstücks-Nrn. 1/1, 1/2, 61, 62, 63/1—63/3, 64—65, 66/4, 66/7, 70/2, 70/8, 71/1, 72/2, 73/1—73/4, 74, 75/2 teilw., 76/1, 76/2, 77/2, 77/3, 83/2 tlw.,

Flur 22, Flurstücks-Nrn. 1/1, 1/2, 2—10, 11/1, 11/2, 12—22, 107/69, 108/69, 70—72, 90—93, 96 tlw., 101 tlw., 103,

Flur 23, Flurstücks-Nrn. 5—9, 10/1, 10/2, 11, 49—57, 77—85, 87—93, 180/76, 181/76, 182/86, 183/86, 150, 151 tlw., 152, 153, 165 tlw., 167, 168, 169—173, 174 tlw.,

Flur 24, Flurstücks-Nrn. 1, 2/1, 2/2, 2/4—2/7, 3, 7—12, 13/1, 14/1, 16/2, 16/3, 17, 18, 72/19—74/19, 20—30, 31/1, 31/2, 32/2, 32/3, 33—44, 45/1, 45/2, 46/2, 46/3, 47/1, 47/2, 48—64, 65/1—65/4, 66, 67, 68/1—68/4, 69, 70/1—70/4, 71/1—71/4,

Flur 26, Flurstücks-Nrn. 23, 24, 25/1, 25/2, 26—40, 41/1, 42/1, 42/2, 125/1, 125/2, 126/1, 127—136, 137/1, 138/1, 139/1, 145—153, 174, 175/2, 178/1, 183/2, 180/1, 189/3,

Flur 28, Flurstücks-Nrn. 49—87, 97—106, 117—167, 259/168, 260/168, 169—220, 227—231, 234/2, 238—258.

Gemarkung Aßlar

Flur 29, Flurstücks-Nrn. 1—111.

1181

Flurbereinigung Bad Wildungen I

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 87 in Verbindung mit § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung für Teile der Gemarkungen Hundsdorf, Reinhardshausen, Bad Wildungen, Odershausen und Braunau wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke festgestellt. Es hat eine Größe von rund 989 ha. Hierin ist eine Waldfläche von rund 127 ha enthalten. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen grünen bzw. orange Farbstreifen dargestellt.

Das Grundstücksverzeichnis (Anlage 1) und die Gebietskarte (Anlage 2*) bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Bad Wildungen I“
mit dem Sitz in Bad Wildungen, Kreis Waldeck-Frankenberg.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Träger der Baumaßnahme ist die Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung), vertreten durch das Hessische Straßenbauamt in Arolsen.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in 3500 Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 45—47, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 bzw. nach § 85 (5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

* hier nicht veröffentlicht

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Bad Wildungen öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte nach Bekanntmachung zur Einsichtnahme für die Beteiligten bei dem Magistrat der Stadt Bad Wildungen zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen, Parkstraße 44, 6200 Wiesbaden, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung.

Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 14. 7. 1977

Landeskulturamt Hessen
F 726 — 11.832/77

StAnz. 36/1977 S. 1798

Anlage 1

zum Flurbereinigungsbeschluß Bad Wildungen I

Verzeichnis der zum Flurbereinigungsgebiet Bad Wildungen I gehörenden Grundstücke

A. Gemarkung Hundsdorf

von Flur 11 die Flurstücke: 19 tlw., 30 tlw., 31, 32/4, 32/5, 33 tlw.,

von Flur 15 die Flurstücke: 5 tlw., 10, 11, 12,

von Flur 16 die Flurstücke: 6, 7, 8 tlw., 15, 16, 17 tlw., 18,

von Flur 17 die Flurstücke: 1, 2 tlw., 3 tlw., 14,

B. Gemarkung Reinhardshausen

von Flur 6 die Flurstücke: 27, 28, 33/1 tlw., 302/36, 293/40, 294/41, 295/42, 303/43, 304/43, 298/44, 299/44, 45, 300/46, 301/46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 296/256 tlw., 250, 257, 297/261, 263, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275,

C. Gemarkung Bad Wildungen

von Flur 19 die Flurstücke: 7 tlw., 9 tlw.,

D. Gemarkung Odershausen

von Flur 3 die Flurstücke: 7, 8, 9, 10, 55/11, 56/11, 12, 13, 53/14, 54/14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25/1, 25/2, 26, 57/27, 58/27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52,

von Flur 4 die Flurstücke: 12/2, 13/1, 47/13, 14, 15/3, 15/2, 15/4, 76/16, 17, 18, 19/1, 20/1, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27/1, 27/2, 28, 29, 30, 31/1, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43,

von Flur 5 die Flurstücke: 1, 2, 3, 4, 5/1, 76/6, 77/6, 78/6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 63/13, 64/13, 66/13, 67/13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 46/1, 46/2, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53/2 tlw., 54, 55, 56, 58, 59/1 tlw., 60, 41/1, 42/1, 43/1, 44/1, 45/1, 59/8, 59/10, 59/11, 59/12, 59/13, 59/14, 59/16, 59/18,

von Flur 6 die Flurstücke: 90/1, 91/1, 92/1, 93/1, 94/1, 95/1, 96/1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17/1, 18/1, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 53/2, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 39/6, 40/15, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85,

von Flur 7 die Flurstücke: 9, 19 tlw., 21 tlw., 22, 59,

Flur 9: gesamte Flur zugezogen,

Flur 10: gesamte Flur zugezogen,

Flur 11: gesamte Flur zugezogen,

Flur 12: gesamte Flur zugezogen,

Flur 13: gesamte Flur zugezogen,

Flur 14: gesamte Flur zugezogen,

E. Gemarkung Braunau

von Flur 2 die Flurstücke: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 155/24, 156/24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 50, 51, 52, 179/53, 180/53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 83, 84, 85, 88, 89, 90, 94, 95, 96/1, 97/1, 98, 99, 100, 209/101, 210/102, 103, 104, 105, 160/106, 107, 108/3, 108/5, 186/109, 187/109, 188/109, 110, 171/111, 172/111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 211/124, 212/125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 161/139 tlw., 162/140 tlw., 165/143, 144, 142/2 tlw., 145, 150, 152/1, 153,

Flur 3: gesamte Flur zugezogen,

von Flur 4 die Flurstücke: 1, 186/2, 187/2, 188/2, 189/2, 190/2, 159/3, 160/3, 161/3, 162/3, 147/4, 5, 6, 7, 8, 148/9, 10, 11, 12, 13,

191/14, 204/14, 205/14, 15, 165/16, 166/o.16, 17, 18, 19, 20, 212/21, 21/1, 21/2, 22, 23, 24, 25, 143/26, 144/26, 27, 28, 38/1, 38/2, 146/38, 39, 40, 41, 42, 175/43, 176/43, 180/44, 181/44, 208/44, 209/44, 210/44, 44/1, 44/2, 44/3, 44/4, 45, 46/1, 46/2, 47, 48, 49, 50/1, 50/2, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 201/67, 202/67, 203/67, 68, 69, 70, 150/71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 97, 98, 99, 100, 177/101, 178/101, 102, 103, 104, 105, 106, 116, 167/117, 151/118, 119, 152/121, 122, 123, 154/125 tlw., 155/126 tlw., 156/127 tlw., 128, 129, 130, 131, 132, 133, 157/134, 158/135 tlw., 149/9, 136, 137, 138, 139, 198/140, 141, 142,

von Flur 5 die Flurstücke: 167/1, 168/1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 205/8, 206/8, 9, 191/10, 192/10, 11, 12, 153/13, 154/13, 155/13, 156/13, 157/13, 14, 15, 173/16, 17/1, 17/2, 19/1, 20/1, 21/1, 23/1, 22, 24, 25/1, 26/1, 27/1, 28/1, 29/1, 30/1, 31/1, 32/1, 33/1, 34/1, 35/1, 36, 37/1, 37/2, 37/3, 188/38, 189/38, 190/38, 137/39, 138/41, 139/42, 47, 48, 199/49, 200/49, 50, 51/1, 51/2, 52, 53, 54, 55, 56/1, 165/56, 57, 58, 59/3, 59/4, 60, 61/1, 169/61, 207/67, 208/67, 141/68, 69, 70, 71, 72, 73, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102/1, 103/1, 105, 106, 143/107, 145/109, 146/110, 147/111, 149/112, 113, 115, 116 tlw., 142/68, 149/117, 118, 119, 122 tlw., 130, 124, 151/125, 152/126, 127, 129, 108/26, 108/2, 108/3, 108/4, 108/5, 108/6, 108/7, 108/9, 108/11, 108/12, 108/13, 108/15, 108/16, 108/17, 108/19, 108/20, 108/21, 108/22, 108/23, 108/24, 123/1, 123/3, 123/11, 150/123 tlw.,

Flur 6: gesamte Flur zugezogen,

von Flur 7 die Flurstücke: 1/1, 101/1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 122/10, 123/10, 11, 12, 13, 138/14, 139/14, 140/14, 141/14, 142/14, 127/15, 128/15, 116/16, 117/16, 17, 18, 22, 120/23, 121/23, 24, 25, 26, 129/27, 130/27, 28, 29, 30, 133/31, 134/31, 135/31, 32, 33, 34, 35, 36/1, 36/2, 149/36, 150/37, 152/37, 153/37, 155/38, 156/38, 157/38, 158/38, 159/37, 160/37, 161/37, 162/37, 55/3, 55/4, 143/55, 144/55, 145/55, 146/55, 147/55, 168/55, 169/55, 170/55, 171/55, 172/55, 173/55, 174/55, 176/55, 177/55, 178/55, 179/55, 180/55, 181/55, 182/55, 183/55, 184/55, 185/55, 187/55, 188/55, 189/55, 190/55, 191/55, 192/55, 193/55, 194/55, 68, 69, 103/70, 71, 72, 73, 74, 105/76, 106/77, 107/78, 79, 80, 108/81 tlw., 154/38, 163/38, 164/55, 175/55, 186/55, 195/55, 84, 85, 151/87.

1182

Flurbereinigung Bad Wildungen II

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 87 in Verbindung mit § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung für Teile der Gemarkungen Bad Wildungen und Wega wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke festgestellt. Es hat eine Größe von rund 711 ha. Hierin ist eine Waldfläche von rund 30 ha enthalten. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen grünen bzw. orange Farbstreifen dargestellt.

Das Grundstücksverzeichnis (Anlage 1) und die Gebietskarte (Anlage 2*) bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Bad Wildungen II“ mit dem Sitz in Bad Wildungen, Kreis Waldeck-Frankenberg.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Träger der Baumaßnahme ist die Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung), vertreten durch das Hessische Straßenbauamt in Arolsen.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in 3500 Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 45—47, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist

* hier nicht veröffentlicht

durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 bzw. nach § 85 (5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes, bezüglich des Absatzes d) bis zur Ausführungsanordnung des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Bad Wildungen öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte nach Bekanntmachung zur Einsichtnahme für die Beteiligten bei dem Magistrat der Stadt Bad Wildungen zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen, Parkstraße 44, 6200 Wiesbaden, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung.

Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 14. 7. 1977

Landeskulturamt Hessen
F 728 — 11832/77

StAnz. 36/1977 S. 1799

Anlage 1

zum Flurbereinigungsbeschluß Bad Wildungen II

Verzeichnis der zum Flurbereinigungsgebiet Bad Wildungen II gehörenden Grundstücke

A. Gemarkung Bad Wildungen

von Flur 5 das Flurstück: 47/1,

Flur 6: gesamte Flur zugezogen,

Flur 7: gesamte Flur zugezogen,

von Flur 8 die Flurstücke: 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 44, 56/1, 57, 60, 65, 66/1, 67/5, 68/5, 70, 77/2 tlw., 79/43, 80/43,

von Flur 10 die Flurstücke: 25, 26, 27, 28, 29, 30/5, 30/6, 30/7, 30/8, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 51, 52, 53, 54, 56, 57/1, 58, 59, 91/30,

von Flur 22 die Flurstücke: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7/1, 7/2, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25/1, 25/2, 27, 28, 36/1, 36/2, 36/3, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 61, 62, 63, 64, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76/1, 76/2, 76/3, 77, 79/2, 83, 84, 85, 88/15, 89/15, 90/60, 91/60, 92/21, 93/21, 102/10, 103/10,

von Flur 23 die Flurstücke: 1, 2/1, 4, 5/1, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 31, 32, 33, 35, 49/1, 50/2, 51, 52, 53, 54, 55, 56/1, 56/2, 56/3, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64,

65, 66, 67, 68, 69, 70, 72, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82/1, 82/2, 83, 84, 85, 86/1, 86/2, 87/2, 87/3 tlw., 89/2, 89/3, 90, 91/1, 91/2, 92/71, 93/71, 94/34, 95/34, 98/3, 99/3, 100/23, 101/23, 102/73, 103/73,

Flur 24: gesamte Flur zugezogen,

Flur 25: gesamte Flur zugezogen,

Flur 26: gesamte Flur zugezogen,

Flur 27: gesamte Flur zugezogen,

von Flur 28 die Flurstücke: 2, 3, 4, 5, 6/1, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21/1, 21/2, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 94/72, 95/72, 98/50, 97/50,

Flur 29: gesamte Flur zugezogen,

Flur 30: gesamte Flur zugezogen,

von Flur 31 die Flurstücke: 12/1, 12/2, 12/3, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42/1, 42/2, 42/3, 43, 44/1, 44/2, 44/3, 46, 47 tlw., 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 65, 66, 67/12,

Flur 32: gesamte Flur zugezogen,

Flur 33: gesamte Flur zugezogen,

Flur 37: gesamte Flur zugezogen,

Flur 38: gesamte Flur zugezogen,

Flur 39: gesamte Flur zugezogen,

Flur 40: gesamte Flur zugezogen,

Flur 41: gesamte Flur zugezogen,

Flur 42: gesamte Flur zugezogen,

Flur 43: gesamte Flur zugezogen,

Flur 44: gesamte Flur zugezogen,

Flur 45: gesamte Flur zugezogen,

Flur 46: gesamte Flur zugezogen,

B. Gemarkung Wega

von Flur 4 die Flurstücke: 66/2 tlw., 70/6, 140/3 tlw., 168/67,

174/126 tlw., 205/139, 235/118 tlw., 304/69 tlw., 362/69, 364/69,

366/69, 368/69, 374/68.

1183

Flurbereinigung Bad Wildungen III

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 87 in Verbindung mit § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung für Teile der Gemarkungen Alt Wildungen, Bad Wildungen und Wega wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke festgestellt. Es hat eine Größe von rund 511 ha. Hierin ist eine Waldfläche von rund 35 ha enthalten. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen grünen bzw. orange Farbstreifen dargestellt.

Das Grundstücksverzeichnis (Anlage 1) und die Gebietskarte (Anlage 2*) bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Bad Wildungen III“ mit dem Sitz in Bad Wildungen, Kreis Waldeck-Frankenberg.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Träger der Baumaßnahme ist die Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung), vertreten durch das Hessische Straßenbauamt in Arolsen.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur, 3500 Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 45—47, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist

*) hier nicht veröffentlicht

durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 bzw. nach § 85 (5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes, bezüglich des Absatzes d) bis zur Ausführungsanordnung des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Bad Wildungen und in der angrenzenden Gemeinde Edertal öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte nach Bekanntmachung zur Einsichtnahme für die Beteiligten bei dem Magistrat der Stadt Bad Wildungen und bei der Gemeindeverwaltung Edertal zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen, Parkstraße 44, 6200 Wiesbaden, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung.

Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 14. 7. 1977

Landeskulturamt Hessen
F 727 — 11832/77

St.Anz. 36/1977 S. 1800

Anlage 1

zum Flurbereinigungsbeschluß Bad Wildungen III

Verzeichnis der zum Flurbereinigungsgebiet Bad Wildungen III gehörenden Grundstücke

A. Gemarkung Alt Wildungen

von Flur 4 die Flurstücke: 7, 8/1, 8/2, 9, 10, 11, 22/12, 23/12, 24/12, 25/12, 15,

von Flur 5 die Flurstücke: 3, 55/4, 54/4, 61/5, 60/5, 6, 8/1, 8/2, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 58/19, 59/19, 20/2, 20/3, 20/4, 20/5, 20/6, 20/7, 20/8, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 64/27, 66/27, 67/27, 28, 29, 30, 42 tlw., 45/1, 46, 47/1, 48, 49, 53,

von Flur 6 die Flurstücke: 1, 2, 34/3, 35/3, 5, 6, 7, 8/1, 8/2, 29/8, 26/9, 27/9, 10, 11/1, 12, 13, 14, 15, 21/2, 22,

Flur 7: gesamte Flur zugezogen,

von Flur 8 die Flurstücke: 1, 2, 3/1, 4, 5, 6, 7, 8, 118/9, 119/10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 120/20, 121/20, 22, 23/1, 23/2, 24, 25/1, 55, 56/1, 56/2, 57, 58, 86/8, 87, 88, 89, 90, 128/91, 92, 93, 140/94, 141/94, 142/94, 143/94, 144/94, 145/94, 146/94, 151/94, 94/1, 94/2, 94/3, 94/4, 94/5, 94/6, 94/7, 94/8, 94/9, 95, 96, 102, 104, 103, 114/98 tlw., 101/1 tlw., 105/1, 105/12, 105/13, 105/14, 115/105 tlw., 106,

von Flur 9 die Flurstücke: 2/1, 2/2, 3, 4, 78/5, 79/5, 6, 7, 8, 76/9, 77/9, 10, 11, 12/2, 12/3, 12/1, 12/4, 13/4, 13/5, 13/6, 13/7, 13/8 13/9, 13/11, 13/12, 14, 15, 16, 36/17, 18, 19, 20, 37/21, 22, 38/23, 39/23, 24, 25, 27, 28, 29/4, 30/4, 31, 32, 30/3, 30/2, 29/3,

Flur 10: gesamte Flur zugezogen,

B. Gemarkung Bad Wildungen

von Flur 2 die Flurstücke: 4, 5, 6, 52/7, 53/7, 8, 9, 10, 11/1, 11/2, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18/1, 18/2, 18/3, 18/4, 18/5, 19, 20, 21, 22, 55/23, 61/23, 62/23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 46/8 tlw., 47, 48, 49, 45, 44, 42, 50/6 tlw.,

Flur 3: gesamte Flur zugezogen,

von Flur 4 die Flurstücke: 1/1, 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 51/10, 52/10, 11, 12, 26, 60/27, 61/27, 53/28, 54/28, 55/28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44,

Flur 5: gesamte Flur zugezogen, außer Flurstück 47/1,

von Flur 8 das Flurstück: 59 tlw.,

C. Gemarkung Weg a

von Flur 4 das Flurstück: 99/3 tlw.

1184

Flurbereinigung Kaufungen — Oberkaufungen, Kreis Kassel

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 87 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke von Teilen der Gemarkungen Niederkaufungen und Oberkaufungen wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke festgestellt. Es hat eine Größe von 372,6393 ha, worin eine Waldfläche von ca. 102 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orangenen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnergemeinschaft der Flurbereinigung von Kaufungen — Oberkaufungen“ mit dem Sitz in Kaufungen, Kreis Kassel.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 45—47, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85 Abs. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Kaufungen und den Nachbargemeinden Helsa, Lohfelden und Söhrewald öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Gemeindeverwaltungen Kaufungen, Helsa, Lohfelden und Söhrewald zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 15. 7. 1977

Landeskulturamt Hessen
F 730 Kaufungen-Oberkaufungen
11975/77

St.Anz. 36/1977 S. 1801

Anlage 1

Flurstückverzeichnis zum Flurbereinigungsbeschluß von Kaufungen-Oberkaufungen

Zum Flurbereinigungsgebiet gehören die nachstehenden Grundstücke:

1. Gemeinde Kaufungen — Gemarkung Niederkaufungen

a) Flur 10, Flurstücke 20/2, 52/1, 53, 64/1, 65/1, 66/1, 68/1, 69/1, 70/1, 71/1, 72/1, 73/1, 74/1, 75/1, 79/1, 79/2, 79/3, 81/1, 86/1, 86/2, 87, 89/1, 92/1, 95/97, 95/98, 95/99, 95/100, 95/101, 95/102, 95/106, 96/1, 96/3, 96/4, 96/5, 96/6, 96/7, 97/1, 97/2, 97/3, 97/4, 114, 115/1, 116, 117, 118/1, 124, 125, 131, 143/120, 151/121, 159/123, 190/76, 191/77, 192/77, 201/62, 202/63, 242/61, 243/61, 258/97, 259/97, 329/06, 333/93, 88/3, 113/1, 95/130, 95/131, 88/2,

b) Flur 13, Flurstücke 388/1, 390, 391, 392, 393, 395, 396, 397, 398, 399, 400,

2. Gemeinde Kaufungen — Gemarkung Oberkaufungen

a) Flur 11, Flurstücke 3, 4, 5, 6, 8/1, 10, 11/1, 11/2, 11/3, 12, 13, 16, 19, 20, 23, 24, 25, 26, 31, 32, 37/2, 126, 127, 128/1, 128/2, 129/3, 130, 134, 144/4, 144/5, 148, 149/1, 152, 154/1, 157, 158, 161/1, 162, 163, 164, 165, 173, 174, 175, 176/1, 177/2, 178/1, 178/2, 179/2, 179/1, 181, 193/2, 194/2, 195/2, 196/14, 197/15, 198/17, 199/13, 216/27, 217/30, 218/30, 242/156, 243/156, 244/146, 245/147, 246/147, 247/155, 248/155, 249/155, 256/7, 257/7, 258/7, 262/8, 263/8, 264/9, 265/9, 266/9, 267/159, 268/159, 269/160, 273/21, 274/21, 275/22, 276/22, 144/7, 144/8, 138/4, 138/7, 138/5, 138/8, 143/4, 136/2, 142/1, 178/12, 135/1, 136/3, 136/4, 138/9, 138/10, 140/1, 141/1, 143/5, 143/6, 144/9, 178/11, 178/3, 178/5, 178/6, 178/7, 178/8, 178/9, 178/10, 178/13, 178/14, 178/15, 178/4, 180/1, 132/3, 132/4,

b) Flur 12, Flurstücke 10, 11/1, 13, 14, 15, 16, 17, 22, 23, 24, 25/1, 27/1, 31, 32/1, 32/2, 32/3, 33, 34, 35, 36, 38/1, 40, 106/1, 107, 108, 109, 110, 113, 123, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133/1, 134/1, 135, 136, 137/1, 137/2, 138, 139, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 151, 152, 153, 154, 155, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 173, 174/1, 175, 176, 177, 184, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 194, 195, 196, 197, 198/140, 199/140, 200/140, 201/141, 202/141, 212/183, 229/150, 230/100, 231/101, 232/101, 233/103, 234/103, 235/30, 236/30, 237/149, 238/148, 239/148, 240/164, 241/164, 242/164, 243/124, 244/124, 245/124, 246/150, 247/150, 19/4, 20/5, 21/5, 37/1, 174/2, 11/3, 11/4, 111/1, 112/1, 165/4,

c) Flur 14, Flurstücke 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22/1, 22/2, 23, 24, 25, 26/1, 27/1, 27/2, 27/3, 27/4, 27/5, 28/1, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86,

d) Flur 15, Flurstücke 28, 37, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138,

e) Flur 16, Flurstücke 51, 52, 87, 113/47, 114/1, 114/2, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122,

f) Flur 17, Flurstück 14/11,

g) Flur 23, Flurstücke 62, 73/5,

h) Flur 24, Flurstücke 16/1, 16/2, 16/3, 16/4, 16/5, 16/6, 16/7, 16/8, 16/9, 16/10, 16/11, 16/12, 16/13, 16/14, 16/17, 16/18, 16/19, 16/20, 16/21, 16/22, 16/23, 16/24, 16/25, 16/26, 16/27, 16/28, 16/29, 17/1, 20/1, 33/1, 34/1, 34/2, 34/3, 34/4, 34/5, 34/6, 34/7, 34/8, 34/9, 34/10, 34/11, 34/12, 34/13, 34/14, 34/15, 34/16, 34/17, 34/18, 34/19, 34/20, 34/21, 34/22, 34/23, 34/24, 34/25, 34/26, 34/27, 34/28, 34/29, 34/30, 34/31, 34/32, 34/33, 34/34, 34/35, 34/36, 34/37, 34/38, 34/39, 34/40, 34/41, 34/42, 34/43, 34/44, 50/2, 51, 52, 53, 55/1, 58/31, 67/17, 69/35, 70/35, 71/35, 72/35, 73/35, 74/35, 75/35, 76/35, 77/35, 78/35, 79/35, 84/35, 85/35, 86/35, 87/35, 89/35, 90/35, 91/35, 92/35, 93/35, 94/35, 101/54, 102/54, 103/35, 104/35, 105/35, 106/35, 108, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 35/1, 35/2, 144/8, 146/8, 146/9.

1185

Flurbereinigung Waldsolms — Kraftsolms, Lahn-Dill-Kreis

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) in der Neufassung vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Kraftsolms, Lahn-Dill-Kreis, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden sämtliche aus der Anlage 1 ersichtlichen Fluren bzw. Flurstücke festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 593 ha, worin eine Waldfläche von rd. 257 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange bzw. grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Waldsolms — Kraftsolms, Lahn-Dill-Kreis“, mit dem Sitz in Waldsolms.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in 6340 Dillenburg, Wilhelmstraße 9, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85 Abs. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Waldsolms und den Nachbargemeinden Braunfels, Schöffengrund, Lang-Göns, Bützbach, Grävenwiesbach und Weilmünster öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Waldsolms und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 28. 7. 1977

Landeskulturamt Hessen
F 732 — Waldsolms — Kraftsolms —
12504/77

StAnz. 36/1977 S. 1802

Anlage 1

zum Flurbereinigungsbeschluß Waldsolms — Kraftsolms

Zu dem Flurbereinigungsgebiet Waldsolms — Kraftsolms gehören folgende Flurstücke

Gemarkung Kraftsolms

Flur 1 sämtliche Flurstücke,

Flur 2 Nrn. 72/1, 73/2, 74/4, 75/5, 76/5, 5/1, 5/2, 5/3, 5/4, 6/2, 6/1, 7—19, 20/1, 22—43, 44/55, 44/56, 46/1, 46/2, 47, 48, 49/1, 49/2, 52/2, 52/3, 53, 54, 55, 56/1, 83/56, 57—64, 65/1, 66, 67, 68, 70, 71,

Flur 4 Nrn. 1—3, 6/1, 6/3, 6/5, 6/6, 7/1, 7/2, 8—18, 19/1, 29—39, 46—70, 134/72, 135/73, 136/74, 137/75, 138/76, 77—79, 139/80, 129/81, 81/3, 93/1, 94—97, 99/1, 100/1, 101/2, 102—106, 111/1, 113/1, 114—116, 131/117, 132/117, 133/117, 118, 119, 140/120, 121/1, 121/2, 124, 125,

Flur 5 sämtliche Flurstücke,

Flur 6 sämtliche Flurstücke,

Flur 7 sämtliche Flurstücke,

Flur 8 sämtliche Flurstücke,

Flur 9 sämtliche Flurstücke,

Flur 10 Nrn. 1—7, 167/8, 168/8, 9—28, 169/29, 170/29, 30—61, 165/62, 166/62, 63—82, 84/3, 85/2, 86/1, 86/2, 87—164,

Flur 11 sämtliche Flurstücke,

Flur 12 Nrn. 63/2, 73—75, 88/1, 89, 90, 91,

Flur 15 sämtliche Flurstücke,

Flur 17 sämtliche Flurstücke.

1186

Flurbereinigung Braunfels — Neukirchen, Lahn-Dill-Kreis

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) in der Fassung vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke von Teilen der Gemarkung Neukirchen, Lahn-Dill-Kreis, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage zum Flurbereinigungsbeschluß aufgeführten Grundstücke festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 395 ha, worin eine Waldfläche von rd. 240 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht. Die vom Verfahrensgebiet ausge-

schlossenen Grundstücke sind durch einen orangen Farbstreifen gekennzeichnet.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Braunfels — Neukirchen, Lahn-Dill-Kreis“ mit dem Sitz in Braunfels.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in 6340 Dillenburg, Wilhelmstraße 9 II, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85 Abs. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;

b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird bei dem Magistrat der Stadt Braunfels, bei den Gemeindeverwaltungen Schöffengrund und Waldsolms und bei der Stadtverwaltung Weilmünster öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei der Stadtverwaltung in Braunfels und in den o. a. Nachbargemeinden bzw. Stadtverwaltung 2 Wochen lang ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 28. 7. 1977

Landeskulturamt Hessen
F 731 — Braunfels — Neukirchen —
12505/77

StAnz. 36/1977 S. 1803

Anlage

zum Flurbereinigungsbeschuß im Flurbereinigungsverfahren von Braunfels — Neukirchen, Lahn-Dill-Kreis

Dem Flurbereinigungsverfahren von Braunfels — Neukirchen unterliegen folgende Grundstücke:

Gemarkung Neukirchen

Flur 1 Flurstück-Nr. 3, 4, 16—27, 30—64, 134/65, 135/65, 66—77, 132/78, 133/78, 79—81, 140/82, 141/82, 83—108, 155/109, 156/110, 111—118, 137/119, 120—127, 139/128, 158/128, 129, 157/119,

Flur 2 Flurstück-Nr. 1—27, 28/1, 28/2, 29—34, 192/35, 193/35, 36—53, 54/1, 54/2, 184/55, 196/55, 186/56, 187/56, 197/55, 65—75, 180/76, 181/76, 77—79, 80/1, 81—92, 188/93, 189/93, 94—101, 190/102, 191/102, 103—109, 119—123, 182/124, 183/124, 125—134, 178/135, 179/135, 136—146, 194/147, 195/147, 148—159, 160/1, 161, 162, 163/1, 163/2, 164, 165, 166/1, 167—169, 170/1, 171/1, 172/1, 173—176, 198/177, 199/177, 200/177,

Flur 4 Flurstück-Nr. 16, 17, 62,

Flur 5 Flurstück-Nr. 40, 41, 42/1, 42/2, 43, 206/44, 404/44, 207/44, 208/44, 406/44, 45, 46, 248/47, 249/47, 395/48, 49—54, 396/55, 56—64, 211/65, 420/66, 421/66, 213/67, 376/68, 377/68, 378/69, 379/69, 70—72, 214/73, 215/74, 216/75, 76/1, 76/2, 217/77, 218/78, 79/1, 79/2, 220/80, 221/81, 81/2, 222/82, 223/83, 237/86, 227/87, 228/88, 229/89, 230/80, 231/81, 232/82, 233/83, 234/84, 235/85, 96, 97/1, 97/2, 98/1, 98/2, 98/3, 99, 100, 250/101, 294/101, 322/101, 102, 103, 380/104, 381/104, 382/104, 105—108,

Flur 5 Flurstück-Nr. 251/109, 252/110, 253/111, 254/112, 255/113, 386/113, 114, 256/115, 296/115, 257/116, 258/117, 259/118, 260/119, 411/119, 261/120, 262/120, 412/120, 263/121, 264/121, 265/122, 266/123, 124—127, 267/129, 268/130, 269/131, 132, 133, 270/134, 271/136, 272/137, 410/136, 413/136, 298/137, 391/137, 240/157, 182/2 tlw., 147, 148, 149/1, 239/154, 155, 158—161, 238/154, 164, 273/165, 315/165, 274/166, 286/166, 316/167, 287/167, 275/167, 317/168, 288/168, 169, 170/1, 171/1, 171/2, 393/171, 291/171, 172, 297/173, 300/174, 174/1, 299/174, 409/174, 295/171, 241/177, 243/178, 242/178, 179/1, 179/2, 185—189, 397/190, 245/183, 191—194, 246/183, 247/184, 198—201, 318/202, 289/202, 290/203, 319/203, 320/203, 321/203, 323/204, 327/204, 328/204, 369/204, 370/204, 205,

Flur 6 gesamt,

Flur 7 gesamt,

Flur 8 gesamt,

Flur 9 gesamt,

Flur 10 gesamt,

Flur 11 gesamt,

Flur 12 gesamt,

Flur 13 Flurstück-Nr. 1—36, 64—96, 104/97, 97/1, 98—101, 102/1, 102/2.

1187

Flurbereinigung Steinberg, Wetteraukreis

Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund der §§ 1 u. 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591), i. d. F. vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546) wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Steinberg, Wetteraukreis, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden

a) die gesamte Gemarkung Steinberg einschließlich des Waldes, mit Ausnahme der Ortslage gemäß Anlage 1, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet,

b) aus der Gemarkung Gedern die Fluren 59 und 60,

c) aus der Gemarkung Glashütten die Flurstücke Flur 5 Nr. 46 und Flur 6 Nr. 107

festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 313 ha, worin eine Waldfläche von rd. 54 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die ebenfalls einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen (= Gemarkungsgrenze), das zugezogene und das ausgeschlossene Gebiet durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Gedern-Steinberg, Wetteraukreis“ mit dem Sitz in Gedern.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in 6420 Lauterbach, Adolf-Spieß-Straße 34, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85 Abs. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;

b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen. Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Gedern und den Nachbargemeinden Kefenrod, Ortenberg, Hirzenhain, Schotten, Grebenhain und Birstein öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschuß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in der Stadt Gedern und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschuß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 11. 8. 1977

Landeskulturamt Hessen
F 733 — Gedern-Steinberg —
13103/77

StAnz. 36/1977 S. 1804

Anlage 1

zum Flurbereinigungsbeschuß vom 11. August 1977

Verzeichnis

der Grundstücke, die vom Verfahren Steinberg ausgeschlossen werden (Ortslage).

Gemarkung Steinberg

Flur 1 Nr. 1, 2, 3/1, 4/1, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11/1, 11/2, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 56, 57, 58/1, 58/2, 58/3, 58/4, 58/5, 58/6, 59, 60, 61, 62, 63/1, 63/2, 64/1, 64/2, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72/1, 72/2, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97/4, 97/5, 97/6, 97/7, 97/8, 97/10, 97/11, 97/12, 97/13, 98, 99, 100/1, 101, 102, 103, 104, 105/1, 106, 107,

108, 109, 110/1, 110/2, 111, 112, 113, 114, 115/5, 115/4, 117, 118, 119/1, 120, 121, 122, 134/1, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 151, 152, 153, 154, 155, 156/1, 156/2, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166/1, 166/2, 167/3, 167/4, 167/5, 168, 169/1, 170/1, 170/2, 171/1, 171/2, 174, 175, 176, 224/2, 225/1, v. 225/2, 226, v. 227, 231, 232/2, 239/2, 239/3, 241, 242/1, 243, 244, 252, 253, 254, 255, 256, 258, 261, 262, 263, 265, 266, 267, 268, 269, 270/1,

Flur 2 Nr. 30/1, 30/4, 30/6, 30/8, 30/9, 30/10, 30/11, 30/13, 31/1, 31/2, 31/3, 31/4, 31/5, 31/6, 31/7, 33/1, 33/2, 33/4, 78/1, 84.

1188

Geschäftsordnung des Weinbauamtes mit Weinbauschule Eltville

Nachstehend wird die Geschäftsordnung des Weinbauamtes mit Weinbauschule Eltville vom 1. August 1977 veröffentlicht.
Wiesbaden, 18. 8. 1977

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
IA1 — 7d 04/7e — 42 — 1141/77
StAnz. 36/1977 S. 1805

Geschäftsordnung des Weinbauamtes mit Weinbauschule Eltville (GO)

I. Kapitel

Organisation

§ 1 Geltungsbereich

Die Geschäftsordnung gilt für das Weinbauamt mit Weinbauschule Eltville, das überregional für die Weinbaugebiete im Lande Hessen zuständig ist.

§ 2 Dienststelle und Leitung

Das Weinbauamt mit Weinbauschule, im folgenden Weinbauamt genannt, ist eine nachgeordnete Behörde des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft. Der Dienststellenleiter wird durch den Minister für Landwirtschaft und Umwelt bestellt. Er ist zugleich Geschäftsführer des Unterausschusses für Weinbau des Landesagrarausschusses.

§ 3 Aufbau der Behörde

Das Weinbauamt ist untere Verwaltungsbehörde. Das Weinbauamt nimmt sämtliche Aufgaben wahr, die auf dem Gebiet des Weinbaues und der Kellerwirtschaft in Hessen von einer unteren Verwaltungsbehörde auszuführen sind. Zum Weinbauamt gehört auch eine zweisemestrige Fachschule für Weinbau. Es gliedert sich in die im Geschäftsverteilungsplan festgelegten Fachbereiche sowie Fach- und Sachgebiete.

§ 4 Vertreter des Dienststellenleiters

Der Vertreter, der auf Vorschlag des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft vom Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt beauftragt wird, ist bei Abwesenheit des Dienststellenleiters für die Weiterführung des Dienstbetriebes verantwortlich. Er hat den Dienststellenleiter nach dessen Rückkehr über alle vorgefallenen wichtigen Dienstangelegenheiten zu unterrichten.

§ 5 Der Beratungsleiter

Der Beratungsleiter ist für die Koordinierung der Beratungsarbeit sämtlicher Sachgebiete dem Dienststellenleiter verantwortlich.

Insbesondere hat er den Einsatz der Beratungskräfte zu regeln.

§ 6 Lehr- und Beratungskräfte

Die Lehr- und Beratungskräfte sind für ihre jeweiligen Sachgebiete verantwortlich. Zur Koordinierung der Arbeit durch den Dienststellenleiter haben sie diesen über ihre Tätigkeit ständig zu informieren.

§ 7 Sachbearbeiter und Berater

Sachbearbeiter und Berater sind die bei der Dienststelle beschäftigten Beamten des gehobenen Dienstes oder Angestellte vergleichbarer Vergütungsgruppen.

Sie erledigen die ihnen nach dem Geschäftsverteilungsplan zugewiesenen Aufgaben nach Weisung.

§ 8 Mitarbeiter und Hilfskräfte

Mitarbeiter und Hilfskräfte sind die bei der Dienststelle beschäftigten Beamten des mittleren und einfachen Dienstes und Angestellte vergleichbarer Vergütungsgruppen. Sie erledigen die ihnen nach dem Geschäftsverteilungsplan zugewiesenen Aufgaben nach Weisung.

II. Kapitel

Geschäftsablauf

1. Abschnitt: Behandlung der Eingänge

§ 9 Posteingänge

(1) Alle Postsendungen und sonstigen Eingänge werden von den beauftragten Bediensteten geöffnet, mit dem Posteingangsstempel versehen und dem Dienststellenleiter vorgelegt. Durch Boten überbrachte Sendungen sind entsprechend zu behandeln.

(2) Telegramme, Fernschreiben, Eilbotensendungen, förmliche und andere offenbar eilige Sendungen sind anderen Sendungen vorzuziehen, mit der Uhrzeit des Eingangs zu versehen und sofort weiterzuleiten. Telegramme sind dem zuständigen Bediensteten vorweg fernmündlich zu übermitteln.

(3) Eingänge von besonderer Bedeutung oder Dringlichkeit sind durch entsprechende Aufschrift zu kennzeichnen.

(4) Falsch zugestellte Postsendungen sind der Post zurückzugeben. Sendungen, die an eine andere Dienststelle gerichtet oder offensichtlich für eine andere Dienststelle bestimmt sind, werden mit dem Eingangsstempel und dem Vermerk „Irrläufer“ versehen und sofort an die zuständige Dienststelle gesandt.

(5) Sendungen, die als Verschlussachen im Sinne der Verschlussachenanweisung (VS-Anweisung) für das Land Hessen zu erkennen sind, müssen nach den Vorschriften der Verschlussachenanweisung behandelt werden.

(6) An das Weinbauamt gerichtete Sendungen mit dem Zusatz „zu Händen“ sind von dem Beauftragten zu öffnen und in den Geschäftsgang zu geben.

(7) Mitgesandte Postwertzeichen sind den Eingängen zu entnehmen und für Dienstsendungen zu verwenden. Die Entnahme ist auf dem Eingang zu vermerken. Freiumschläge sind mit den Eingängen in den Geschäftsgang zu geben.

(8) Sind Name und Wohnung des Einsenders nicht deutlich erkennbar, so wird der Briefumschlag bei dem Eingang belassen.

§ 10 Vertrauliche Angelegenheiten

(1) Vorgänge vertraulichen Inhalts werden so behandelt, daß sie Unbefugten nicht bekannt werden.

(2) Personalangelegenheiten sind stets vertraulich zu behandeln.

§ 11 Sicht- und Arbeitsvermerke

(1) Die vorgelegten Vorgänge werden mit Sichtvermerken (Namenszeichen mit Datum) versehen.

(2) Als Arbeitsvermerke sind zu verwenden

b. A.	bitte Anruf
b. R.	bitte Rücksprache
b. V.	bitte Vortrag
Sofort	unverzügliche Bearbeitung vor allen anderen Sachen
Eilt	bevorzugte Bearbeitung

2. Abschnitt: Bearbeitung der Eingänge

§ 12

(1) Alle Eingänge sind so schnell und so einfach wie möglich zu bearbeiten. Vorhandene Vorgänge sind beizuziehen.

§ 13 Zwischenbescheid

(1) Dem Einsender ist ein Zwischenbescheid zu erteilen, wenn anzunehmen ist, daß die abschließende Bearbeitung von Anträgen oder Eingaben voraussichtlich nicht innerhalb von drei Wochen möglich sein wird.

(2) Der Bescheid kann mit Vordruck erteilt werden. Es soll möglichst mitgeteilt werden, wann die Bearbeitung voraussichtlich abgeschlossen sein wird.

§ 14 Fristsetzung und Erinnerung

(1) Fristen sind im Schriftverkehr so zu bemessen, daß sie eine sachgemäße Erledigung zulassen. Das Ende der Frist ist auf ein Datum festzusetzen.

(2) Fehlanzeigen und Vollzugsmeldungen sind nur ausnahmsweise zu fordern.

(3) An die Erledigung einer Angelegenheit soll möglichst mit Vordruck erinnert werden.

§ 15 Einhalten von Fristen

(1) Das Einhalten von Fristen in Prozeß- und Verwaltungsrechtssachen ist durch eine besondere Kontrolle sicherzustellen.

(2) Können sonstige Fristen nicht eingehalten werden, so soll die zuständige Behörde rechtzeitig Nachricht erhalten.

§ 16 Wiedervorlage

(1) Die Wiedervorlage eines Vorgangs ist nur dann zu verfügen, wenn die Bearbeitung aus sachlichen Gründen noch nicht abgeschlossen werden kann.

(2) Für Wiedervorlagen sind bestimmte Daten anzugeben. Zur Entlastung der Registratur sollen monatlich nur zwei oder drei Wiedervorlagetermine vorgesehen werden. Die Wiedervorlagefristen sind so zu bemessen, daß zwecklose Wiedervorlagen vermieden werden. Ergibt sich der Zweck der Wiedervorlage nicht ohne weiteres, so ist er kurz zu vermerken.

§ 17 Mündliche Auskünfte

(1) Im persönlichen Verkehr mit Besuchern muß der Bedienstete entgegenkommend, höflich und hilfsbereit sein.

(2) Mündliche Zusagen, die den Inhalt einer zu erwartenden Entscheidung der Behörde vorwegnehmen, sind grundsätzlich zu vermeiden. Das gilt besonders für Personalangelegenheiten.

Sind Zusagen gemacht worden, weil sie unumgänglich waren, so ist darüber ein Vermerk aufzunehmen.

(3) Gegenüber mündlichen Anfragen ist Zurückhaltung angebracht, vor allem gegenüber fernmündlichen Anfragen. Im Zweifel ist ein Gegenanruf erforderlich. Sind Mißverständnisse zu befürchten, so ist eine schriftliche Anfrage zu empfehlen. Ist zu vermuten, daß die erbetene Auskunft als amtliche Stellungnahme des Weinbauamtes verwendet werden soll, so ist die mündliche oder fernmündliche Beantwortung im allgemeinen abzulehnen. Das gilt vor allem für Rechtsfragen. Im allgemeinen ist über jede wichtige Auskunft ein Vermerk zu fertigen.

(4) Auskünfte an Presse, Rundfunk und Fernsehen erteilen grundsätzlich nur der Dienststellenleiter oder sein Vertreter. Andere Bedienstete dürfen den Publikationsorganen über Vorgänge aus dem Geschäftsbereich des Weinbauamtes nur mit Genehmigung des Dienststellenleiters oder seines Vertreters unterrichten.

3. Abschnitt: Form und Inhalt des Schriftverkehrs

§ 18 Allgemeines

(1) Unnötiger Schriftverkehr ist zu vermeiden.

(2) Werden Eingänge oder Abschriften anderen Dienststellen zugeleitet, so ist anzugeben, wozu es geschieht (z. B. „zur Kenntnis“, „zur weiteren Bearbeitung“, „zuständigkeitshalber“).

(3) Werden Schreiben desselben Inhalts an mehrere Stellen gerichtet, so sollen in der Anschrift grundsätzlich sämtliche Empfänger aufgeführt werden. In den Reinschriften ist der jeweilige Empfänger zu unterstreichen.

(4) Für häufig in gleicher Form sich wiederholende Verfügungen und Stellungnahmen sind Vordrucke und Stempel zu benutzen.

§ 19 Bezeichnung amtlicher Schriftstücke

(1) Falls durch Rechtsvorschrift keine andere Bezeichnung vorgeschrieben ist (z. B. Bescheid, Beschluß), werden Schriftstücke im amtlichen Schriftverkehr wie folgt bezeichnet:

1. Verfügung; Schriftstücke des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft an

- a) nachgeordnete Dienststellen und Behörden,
- b) Bedienstete des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft und der nachgeordneten Dienststellen und Behörden,
- c) Privatpersonen, wenn es sich um einen Hoheitsakt handelt,

2. Bericht; Schriftstücke an übergeordnete Behörden und Dienststellen.

3. Schreiben; alle übrigen Schriftstücke, insbesondere an gleichgeordnete Behörden und Dienststellen.

(2) Werden Schriftstücke in Urschrift mit einem Zusatz weitergegeben, so ist dieser als Randverfügung, Randbericht oder Randschreiben zu bezeichnen.

§ 20 Aktenvermerke

(1) Mündliche und fernmündliche Rücksprachen, Aufträge, Auskünfte und sonstige Vorgänge sind in Aktenvermerken festzuhalten, soweit die Bedeutung der Sache es erfordert. Aktenvermerke sollen kurz, aber erschöpfend sein. Der Stand einer Sache muß jederzeit aus den Akten ersichtlich sein.

(2) Ein zusammenfassender Aktenvermerk kann angebracht sein, wenn die Akten besonders umfangreich, unübersichtlich oder schwieriger Inhalts sind.

§ 21 Urschriftliche Erledigung

(1) Die urschriftliche Erledigung soll einen besonderen Entwurf überflüssig machen. Sie ist angebracht, wenn für die eigenen Akten nichts zurückbehalten werden muß. Vor allem innerhalb der Behörde soll so verfahren werden.

(2) Die urschriftliche Übersendung gegen Rückgabe (UR) ist u. a. bei Vorerhebungen, Rückfragen oder der Übersendung von Schriftstücken zur Kenntnisnahme angebracht, wenn die empfangende Stelle voraussichtlich keine Abschrift für ihre Akten benötigt. In allen Fällen ist für die eigenen Akten ein kurzer Vermerk aufzunehmen.

§ 22 Zustellungsvermerke

(1) Bei zuzustellenden Schreiben ist die Art der Zustellung auf dem Entwurf anzugeben.

(2) Einschreibesendungen oder Wertsendungen sind im Entwurf entsprechend zu kennzeichnen.

§ 23 Stil und Sprache

(1) Schriftstücke sollen knapp, klar, erschöpfend und in einwandfreiem Deutsch abgefaßt werden. Sie sind in der Ichform zu schreiben.

(2) Im Schriftverkehr mit dem Bürger ist, wenn irgend angebracht, die persönliche Form zu wählen, z. B.: „Sehr geehrter Herr/Frau...“ mit der Schlußformel „Mit vorzüglicher Hochachtung“, „Hochachtungsvoll“ und dgl. vor dem Zusatz „In Vertretung“ oder „Im Auftrag“. Der Anschrift und den übrigen im Schreiben vorkommenden Namen ist stets die Bezeichnung „Herr/Frau“ voranzustellen.

(3) Wenn ein Schreiben nicht an den Dienststellenleiter persönlich gerichtet ist, sind im Schriftverkehr der Dienststellen untereinander Anrede und Grußformel wegzulassen.

§ 24 Verwendung von Abkürzungen, Angabe von Rechtsquellen

(1) Abkürzungen sind nur zu verwenden, wenn sie allgemein üblich und verständlich sind. Sonst ist das abzukürzende Wort erstmalig auszuschreiben und die Abkürzung dahinter in Klammern zu vermerken; später ist nur die Abkürzung zu verwenden.

(2) Gesetze, Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften sind mit der Überschrift, dem Datum und der Fundstelle — in Klammern — anzuführen, außer wenn es sich um allgemein bekannte Rechtsvorschriften handelt. Bei Schreiben an Privatpersonen sind die Zusätze auf jeden Fall erforderlich.

Absatz 1 gilt entsprechend.

4. Abschnitt: Zeichnung

§ 25 Zeichnen des Entwurfs

(1) Entwürfe, die von Vorgesetzten zu zeichnen sind, werden vom Verfasser am Ende seitlich rechts mit Namenszeichen und Datum versehen und auf dem Dienstwege vorgelegt. Zu Beteiligende und der abschließend Zeichnende versehen den Entwurf ebenfalls mit Namenszeichen und Datum.

(2) Der einen Entwurf Mitzeichnende trägt sein Namenszeichen und das Datum ein. Wer mitzeichnet, ist für den sachlichen Inhalt des Entwurfs mitverantwortlich, soweit sein Aufgabengebiet berührt wird.

(3) Die Mitzeichnung soll grundsätzlich der abschließenden Zeichnung vorangehen. Kann eine dringende Sache den zu Beteiligenden ausnahmsweise nicht zur Mitzeichnung vorgelegt werden, so ist sie ihnen nach Abgang zuzuleiten.

§ 26 Zeichnung durch den Dienststellenleiter

Abzusendende Schriftstücke werden vom Dienststellenleiter unterzeichnet. Er kann in besonderen Fällen die Zeichnungsberechtigung delegieren.

§ 27 Zeichnungsformen

Es zeichnen:

1. der Dienststellenleiter mit seinem Namen,
2. der Vertreter des Dienststellenleiters mit dem Zusatz „In Vertretung“, im Entwurf abgekürzt „i. V.“,
3. alle anderen Beauftragten mit dem Zusatz „Im Auftrag“, im Entwurf abgekürzt „i. A.“.

§ 28 Zeichnen der Reinschrift, Beglaubigung

Wenn die Reinschrift nicht eigenhändig gezeichnet wird, ist sie mit folgendem Beglaubigungsvermerk zu versehen:

Beglaubigt:

(Dienstsiegel)

(Name)

(Amts- oder Dienstbezeichnung)

§ 29 Dienstsiegel

- (1) Der Dienststellenleiter ermächtigt die zur Führung des Dienstsiegels befugten Bediensteten schriftlich. Der Kreis der Berechtigten soll möglichst klein gehalten werden.
- (2) Dienstsiegel sind gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen. Sie sind verschlossen aufzubewahren. Ihr Verlust ist sofort anzuzeigen.
- (3) Das Dienstsiegel darf nur zu dienstlichen Zwecken benutzt werden.

5. Abschnitt: Postausgang, Registratur**§ 30 Postausgang**

- (1) Die abgehende Post wird von den dafür Beauftragten ab- gesandt.
- (2) Personalvorgänge, die Bedienstete des Weinbauamtes betreffen, sind verschlossen abzugeben.

§ 31 Registratur

Die Akten werden in der Registratur verwaltet.

6. Abschnitt: Besondere Dienstgeschäfte**§ 32 Sitzungen, Besprechungen**

Über Sitzungen oder Besprechungen, an denen ein Bediensteter des Weinbauamtes teilnimmt, ist eine Niederschrift zu fertigen oder ein Bericht abzugeben.

§ 33 Dienstreisen

- (1) Dienstreisen sollen nur in wichtigen Fällen und so sparsam wie möglich ausgeführt werden. Die Zahl der an einer Dienstreise teilnehmenden Bediensteten ist auf das dienstlich notwendige Maß zu beschränken.
- (2) Jede Dienstreise muß schriftlich genehmigt sein, bevor sie angetreten wird. Die Genehmigung erfolgt durch den Dienststellenleiter, im Verhinderungsfalle durch seinen Vertreter. Antritt und Ende der Dienstreise sind dem Büroleiter bzw. einem dazu bestimmten Mitarbeiter anzuzeigen — zur Eintragung in die Abwesenheitsliste.
- (3) Treten während der Dienstreise unvorherzusehende Umstände ein, die eine Änderung des vorgesehenen Reiseweges bzw. der vorgesehenen Dienstgeschäfte zur Folge haben, kann der Bedienstete Änderungen des Reiseweges und der Dienstgeschäfte vornehmen. Er hat nach Rückkehr unverzüglich den Dienststellenleiter in Kenntnis zu setzen und eine nachträgliche Genehmigung herbeizuführen.

III. Kapitel**Innerer Dienstbetrieb****§ 34 Weisungsgebundenheit**

Die Bediensteten sind bei der Bearbeitung von Vorgängen im Rahmen der geltenden Vorschriften (§§ 70 und 71 des Hessischen Beamtengesetzes und § 8 Abs. 2 des Bundes-Angestelltenarbeitsvertrages) an Weisungen ihrer Vorgesetzten gebunden. Hat ein Bediensteter Bedenken, eine Weisung auszuführen, so hat er seine Gründe dem Vorgesetzten mündlich oder schriftlich darzulegen. Wird die Weisung aufrechterhalten,

so kann der Bedienstete seine abweichende Ansicht in einem Aktenvermerk festhalten und zum Ausdruck bringen, daß er auf Weisung tätig wird. In diesem Falle setzt er im Entwurf vor sein Handzeichen „A. A.“ (Auf Anweisung“).

§ 35 Einhalten des Dienstweges

Alle Bediensteten des Weinbauamtes sind grundsätzlich verpflichtet, den Dienstweg einzuhalten.

§ 36 Arbeitszeit

Die festgesetzten Dienststunden sind einzuhalten, soweit es nicht zwingende dienstliche Verhältnisse erfordern, über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun.

§ 37 Erreichbarkeit

Außerhalb der Dienststunden soll für dringende, unaufschiebbare Fälle ein Bediensteter des Weinbauamtes erreichbar sein, der in der Lage ist, erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

§ 38 Urlaub, Dienstbefreiung

(1) Urlaubsanträge sollen mindestens eine Woche vor Antritt des Urlaubs dem Dienststellenleiter vorgelegt werden. Sie müssen Beginn und Ende des Urlaubs, Urlaubsanschrift und den Namen des Vertreters enthalten, der vom Urlaub zuvor zu verständigen ist.

(2) Bei Urlaub aus besonderem Anlaß und Dienstbefreiung ist entsprechend der Anordnung des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft zu verfahren.

§ 39 Erkrankung, sonstige Abwesenheit, Dienstunfall

(1) Bedingt eine Erkrankung die Abwesenheit vom Dienst, so ist das Weinbauamt unverzüglich zu verständigen. Dauert die Erkrankung länger als drei Arbeitstage, so ist der Behörde unaufgefordert eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen, aus der sich möglichst auch die voraussichtliche Dauer der Erkrankung ergeben soll.

(2) Wer, ohne erkrankt zu sein, dem Dienst ohne vorherige Unterrichtung der Dienststelle fernbleibt, hat dieser unverzüglich die Gründe seines Fernbleibens anzugeben.

(3) Dienstunfälle sind der Dienststelle unter näherer Angabe des Ortes, der Umstände und etwaiger Zeugen unverzüglich anzuzeigen.

IV. Kapitel**Dienstverkehr nach außen****§ 40 Verkehr mit Behörden und Dienststellen**

Das Weinbauamt verkehrt mit Behörden und Dienststellen auf dem Dienstwege. Persönlicher Schriftwechsel in dienstlichen Angelegenheiten zwischen Bediensteten des Weinbauamtes und anderer Behörden und Dienststellen soll unterbleiben.

Sind Ausnahmen unvermeidbar, so müssen die beiderseitigen Mitteilungen in den Geschäftsgang gegeben werden.

V. Kapitel**Übergangs- und Schlußbestimmungen****§ 41 Inkrafttreten**

Diese Geschäftsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 1. 8. 1977

Hessisches Landesamt
für Landwirtschaft
I. V. gez. Unterschrift

Der Landeswahlleiter für Hessen

1189

Nachfolge für den Abgeordneten Heinz Herbert Karry

Der Abgeordnete Staatsminister Heinz Herbert Karry (F.D.P.) hat auf sein Mandat im Hessischen Landtag verzichtet.

An seiner Stelle ist

Herr Eberhard Weghorn
Rechtsreferendar
geb. am 1. 8. 1947
Palmengartenstraße 4
6000 Frankfurt am Main

gemäß § 40 Abs. 1 des Landtagswahlgesetzes — LWG — in der Fassung vom 10. Januar 1974 (GVBl. I S. 42) Abgeordneter des Hessischen Landtags geworden.

Wiesbaden, 19. 8. 1977

Der Landeswahlleiter für Hessen

II 41 — 3 e 38/17 — 18/77

StAnz. 36/1977 S. 1807

1190

Personalmeldungen

Es sind

C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**Regierungsbezirk Kassel — Kriminalpolizei —**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Kriminalobermeister (BaP) Gerhard Gröticke, Kriminalkommissariat Korbach (15. 4. 1977), Polizeiobermeister i. Kd. (BaP) Günter Feuring, Kriminalkommissariat Korbach (15. 7. 1977);

in den Ruhestand getreten:

die Kriminalhauptmeister (BaL) Hermann Hagenbring, Polizeidirektion Marburg (30. 6. 1977), Hans Welker, Polizeidirektion Fulda (31. 7. 1977).

Kassel, 4. 8. 1977

Der Regierungspräsident

I/3 K — 8 b 24 03

StAnz. 36/1977 S. 1808

Polizeipräsident in Frankfurt am Main

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeiobermeister (BaP) Peter Roß (9. 8. 1977), Polizeimeister im Kriminaldienst (BaP) Hubert Heinrich Karl Schneider (16. 8. 1977), Polizeihauptwachtmeister (BaP) Peter Henrich (4. 8. 1977).

Frankfurt am Main, 18. 8. 1977

Der Polizeipräsident

P III/11 Co/Roe — 8 b 04 03

StAnz. 36/1977 S. 1808

Polizeipräsident in Offenbach am Main

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeikommissare (BaP) Hans-Georg Rüffer (18. 4. 1977), Norbert Schikowski (16. 6. 1977), Karl-Heinz Riedel (20. 6. 1977);

die Polizeiobermeister (BaP) Alfons Pfeifer (24. 5. 1977), Georg Bajgar (17. 6. 1977), Werner Emde (15. 7. 1977), Harald Thiel (1. 8. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

die Polizeihauptmeister (BaL) Herbert Mainusch (30. 6. 1977), Rudolf Lorenz und Adolf Triefenbach (beide 31. 7. 1977);

verstorben:

Polizeihauptmeister (BaL) Walter Kruppka (20. 7. 1977).

Offenbach am Main, 23. 8. 1977

Der Polizeipräsident

P III/4 — 8 b — Kn

StAnz. 36/1977 S. 1808

E. Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz**Ministerium**

ernannt:

zum **Amtsmeister z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Adolf Galistel (15. 8. 1977).

Wiesbaden, 18. 8. 1977

Der Hessische Minister der Justiz

ZB pers. G 33

StAnz. 36/1977 S. 1808

F. Im Bereich des Hessischen Kultusministers**Regierungspräsident in Kassel**

ernannt:

zu **Leitenden Regierungsschuldirektoren** die Regierungsschuldirektoren (BaL) Gerhard Hagedorn (1. 5. 1977), Franz Handwerk (28. 4. 1977), Dr. Armin Vögler (1. 10. 1977).

Kassel, 1. 8. 1977

Der Regierungspräsident

P/2 — 7 o 16/03 B

StAnz. 36/1977 S. 1808

im Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschuldienst des Regierungsbezirks Kassel

ernannt:

zum **Rektor** als Ausbildungsleiter Realschullehrer (BaL) Rolf-Dieter Bradtke, Bad Hersfeld (23. 3. 1977);

zum **Direktor** einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern Studienrat (BaL) Georg Hartmann, Marburg (31. 5. 1977);

zum **Rektor** an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 360 Schülern Realschullehrer (BaL) Manfred Wiegand, Wetter (27. 5. 1977);

zum **Rektor** einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Hauptlehrer als Leiter einer Grundschule mit mehr als 80 bis 180 Schülern (BaL) Erich Pankow, Fürsteneck (13. 6. 1977);

zu **Studienräten bzw. Studienrätinnen (BaL)** die Studienräte/-innen z. A. (BaP) Dr. Almut Rech, Stadtallendorf (25. 5. 1977), Bärbel Ahrberg, Immenhausen, Margit Uhlenhut-Krapf, Hofgeismar, Karl-Walther Schneider, Grebenstein, Horst-Henning Rußland, Marburg, Karl-Heinrich Baum, Neustadt, Wilma Nentwich, Baunatal 4 (sämtlich 1. 8. 1977), Claus Wolfram, Wetter (16. 5. 1977), Almut Gerstein, Grebenstein (1. 8. 1977);

zu **Studienräten** die Studienräte z. A. (BaP) Ernst Aufahrt, Vellmar 3 (1. 8. 1977), Rainer Schröter, Lohfelden 1 (25. 7. 1977);

zu **Lehrerinnen** Hauptlehrerin als Leiterin einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern (BaL) Ursula Tabeling, Fliesen-Rückers (1. 8. 1977), Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaL) Christine Holsteln, Stadtallendorf (30. 6. 1977);

zum **Lehrer** Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaL) Bernhard Sauerwein, Wolfhagen (13. 5. 1977);

zu **Lehrern/-innen (BaL)** die Lehrer/-innen z. A. (BaP) Erika Spalke, Marburg (9. 5. 1977), Roswitha Schmidt, Stadtallendorf (5. 5. 1977), Sigrid Baake, Wolfhagen (20. 5. 1977), Hannelore Kollmann, Kassel (24. 5. 1977), Roswitha End, Burgwald-Bottendorf (20. 6. 1977), Gislinda Neeb, Arolsen (15. 6. 1977), Edmund Zimmermann, Gladenbach-Weidenhausen (1. 8. 1977), Peter Gratzler, Kassel (29. 4. 1977), Ingeborg Sobotzki-Pöpl, Wetter (16. 5. 1977), Gerlinde Magenheim, Kassel (25. 5. 1977), Marie-Luise Dostal, Grebenstein (11. 6. 1977), Gabriele von Schubert, Sontra (8. 6. 1977), Gudrun Pfauer, Wehretal (17. 5. 1977), Gertraude Altrichter, Bad Hersfeld, Helga Friedrich, Naumburg, Eberhard Gutt, Neuhof (sämtlich 1. 8. 1977), Dorothea Hagedorn, Calden (10. 6. 1977), Christa Damm, Bad Hersfeld (4. 8. 1977), Jutta Trobitius, Schwalmstadt 1 (8. 6. 1977), Karl Heinemann, Zierenberg, Angelika Osterkamp, Frankenberg/E., Charlotte Klüber, Fulda (sämtlich 1. 8. 1977), Marlies Siebel, Korbach (17. 5. 1977), Gerlinde Staiger, Kaufungen 1 (14. 6. 1977), Renate Thümmel, Eschwege (20. 7. 1977), Brigitte Krügel, Waldkappel (1. 8. 1977), Gert Kieven, Kassel (5. 8. 1977), Birgit Hott, Hilders (1. 8. 1977), Ingeborg Sandmann, Marburg (1. 8. 1977), Jutta Fastabend-Engelberts, Wetter (27. 6. 1977), Christa Schlenker, Hofgeismar-Hümme (23. 5. 1977), Eva Schmidt, Grebenstein (6. 6. 1977), Ursula Koch, Zierenberg (7. 8. 1977), Gisela Grabbe, Karlshafen (16. 5. 1977), Elisabeth Losekamm, Schwalmstadt 1 (21. 7. 1977), Jörg Staloch, Schwalmstadt 2 (1. 8. 1977), Ellen Aurin, Kassel (4. 7. 1977), Brigitte Zeiß, Kassel (6. 6. 1977), Ulrich Kliemchen, Bad Hersfeld (20. 7. 1977), Jutta Gleichmann-Lorenz, Bad Hersfeld (20. 7. 1977), Elke Kaiser, Eschwege (22. 7. 1977), Karl-Friedrich Vogt, Homberg (1. 8. 1977), Margarete Ammer, Arolsen-Mengeringhausen (30. 7. 1977), Gerhard Briel, Allendorf (3. 8. 1977);

zu **Lehrern/-innen** die Lehrer/-innen z. A. (BaP) Barbara Heilmann, Bad Endbach-Hartenrod (1. 8. 1977), Robert Wilhelm, Fulda (1. 8. 1977), Dieter Unterstab, Eichenzell (2. 6. 1977), Manfred Kittner, Niestetal-Heiligenrode (7. 8. 1977), Doris Föhr, Bad Endbach-Hartenrod, Hans-Dieter Raschendorfer, Petersberg-Steinau, Heidemarie Kostecki, Frankenau, Volker Adam, Rotenburg (sämtlich 1. 8. 1977), Barbara Jung, Frankenberg (15. 6. 1977), Rosemarie Schneider, Zierenberg (1. 8. 1977), Lydia Schüle, Bebra (12. 7. 1977), Gudrun Rasokat, Bad Hersfeld, Ulrike Lüneberg, Dautphetal-Friedensdorf, Ute Süßkand, Fulda 1,

Renate Krischak, Baunatal 4, Günter Opitz, Fuldata 1 (sämtlich 1. 8. 1977), Beatrix Hombach, Bad Hersfeld (20. 7. 1977), Jutta Sauer, Bad Hersfeld, Monika Küllmer, Wildeck-Obersuhl, Thomas Euler, Hünfeld, Petra Schmerbach, Eiterfeld (sämtlich 1. 8. 1977), Erwin Strieder, Wetter (16. 5. 1977), Gerhard Müller-Greifff, Baunatal 1 (1. 8. 1977), Jutta Muth, Frankenberg-Röddenu 20. 6. 1977), Peter Hallberg, Kaufungen 2 (21. 7. 1977), Sigrid Sauerwein, Borken, Ursula Hohmann, Eiterfeld, Ingeborg Frohnappel, Hosenfeld, Marianne Künzel, Bad Hersfeld, Monika Kissmann, Eschwege, Margit Dietrich, Petersberg (sämtlich 1. 8. 1977), Petra Schäfer, Hofbieber-Schwarzbach (11. 8. 1977), Hannelore Koch, Niestetal (1. 8. 1977), Ernst Purmann, Kaufungen 1 (25. 7. 1977), Volker Stöhr, Gudensberg (4. 8. 1977), Fachlehrer (BaP) Wilhelm Nitsche, Kassel (27. 5. 1977);

zu **Sonderschullehrern/-innen (BaL)** die Sonderschullehrer/-innen z. A. (BaP) Barbara Scholl, Stadtallendorf (13. 6. 1977), Matthias Geller, Marburg, Wolfgang Richardt, Wetter (beide 16. 5. 1977);

zu **Sonderschullehrern/-innen** die Sonderschullehrer/-innen z. A. (BaP) Helmut Bärthel, Marburg, Roswitha Bohl-Bleil, Wolfhagen (beide 1. 8. 1977), Frank Bergér, Kassel (28. 4. 1977), Ursula Breitwieser, Kassel (1. 8. 1977);

zum **Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaL)** Fachlehrer für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Paul Maldaner, Petersberg (8. 8. 1977);

zu **Fachlehrern/-innen (BaL)** die Fachlehrer/-innen z. A. (BaP) Ulrike Herrmann, Großalmerode-Rommerode (12. 5. 1977), Gelasia Eichhorn, Rotenburg (24. 5. 1977), Helma Schwarzmann, Petersberg (3. 6. 1977), Peter Behrle, Vellmar 3 (25. 10. 1977), Ute Grebe, Stadt Allendorf (30. 6. 1977), Renate vom Baur, Kassel (1. 6. 1977), Ilse Severin, Arolsen (15. 6. 1977), Klaus-Peter Schramm, Sontra (2. 6. 1977), Wolfgang Schirakowski, Kassel (20. 5. 1977);

zur **Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer (BaL)** Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Edeltraud Büttner, Baunatal 4 (1. 10. 1977);

zur **Fachlehrerin z. A. (BaP)** Sozialpädagogin i. A. Jutta Schwartz, Melsungen (1. 6. 1977);

zu **Fachlehrern/-innen** die Fachlehrer/-innen z. A. (BaP) Kristin Gellrich, Karlshafen (10. 5. 1977), Allhard Bischoff, Homberg (24. 6. 1977), Barbara Knopp, Hilders (14. 8. 1977), Birgit Henrich, Gladenbach-Weidenhausen (5. 7. 1977), Bärbel Kohlhaase, Fuldata 1, Angelika Klette, Arolsen (beide 15. 6. 1977), Dorothea Uloth, Frankenberg (23. 7. 1977), Günter Schlegel, Grebenstein (6. 6. 1977);

zum **Fachlehrer für musisch-technische Fächer** Fachlehrer für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Bernhard Schwalm, Fulda (10. 6. 1977);

zu **Fachlehrern/-innen z. A. (BaP)** die apl. Fachlehrer/-innen für musisch-technische Fächer (BaW) Annegret Liese, Kassel (24. 5. 1977), Wilfried Wülfers, Dautphetal-Friedensdorf (2. 6. 1977), Gerhild Hämer, Kassel (6. 6. 1977), Andrea Auel, Homberg (20. 6. 1977), Marianne Tegel, Volkmar (1. 7. 1977), Falko Spies, Immenhausen (18. 7. 1977), Hildegard Scholl-Morisse, Fulda (21. 7. 1977), Hannelore Freitag, Borken (15. 7. 1977);

zur **Jugendleiterin im Schuldienst z. A. (BaP)** Sozialpädagogin i. A. Elke Zettler, Bad Endbach-Hartenrod (7. 7. 1977);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Studienräte (BaP) Frank Bubenheim, Baunatal 4 (16. 6. 1977), Armin Ohlwein, Grebenstein, Karl Schmidt, Gudensberg (beide 1. 8. 1977), Heinz Menninger, Fuldata 1 (4. 8. 1977), der Realschullehrer (BaP) Wilfried Weber, Niestetal-Heiligenrode (27. 7. 1977), der Sonderschullehrer (BaP) Günter Schleicher, Fulda (22. 8. 1977), die Lehrer/-innen (BaP) Judith Kunze, Fliesen (17. 5. 1977), Ulrike Scharf, Baunatal 4 (31. 5. 1977), Bernd Hanisch, Korbach (30. 3. 1977), Irene Wahl, Edertal (25. 5. 1977), Rainer Gunkel, Frankenberg (26. 5. 1977), Friedegard Holl, Angelburg-Gönnern (28. 5. 1977), Helga Gerlach, Breidenbach-Wolzhausen (2. 6. 1977), Dorothea Kepura, Angelburg-Lixfeld (30. 5. 1977), Hans-Jürgen Kist, Lohfelden I (20. 6. 1977), Helmuth Reim, Breuna (1. 8. 1977), Doris Breitbart, Wildeck-Obersuhl (13. 6. 1977), Hildegard Rill, Dipperz (16. 6. 1977), Brigitta Kirsch, Borken (4. 6. 1977), Irma-traud Günther, Großenlütter (7. 6. 1977), Jürgen Holstein, Kaufungen 1 (3. 6. 1977), Elke Hesse, Kaufungen (24. 6. 1977), Brigitte Diezemann, Wetter (4. 7. 1977), Brigitte Lampe, Kirchheim (2. 7. 1977), Wolfgang Mantz, Neu-

kirchen (20. 6. 1977), Gudrun Hentschel, Wildeck-Obersuhl (25. 8. 1977), Elfriede Basse, Felsberg-Brunslar (22. 6. 1977), Marlene Härtlein, Felsberg (21. 6. 1977), Stephan Krenzer, Kalbach (15. 7. 1977), Hermann Weber, Tann (1. 8. 1977), Hans-Joachim Lehmann, Petersberg (5. 8. 1977), Reinhard Stöbener, Vellmar 3 (1. 8. 1977), Norbert Dietrich, Bad Hersfeld (12. 7. 1977), Hanna Keßler, Gemünden/Wohra (13. 7. 1977), Brunhilde Fehling, Karlshafen (19. 7. 1977), Dieter Unterstab, Eichenzell (1. 8. 1977), Ernst Dieterich, Vellmar 3 (1. 7. 1977), Rita Schröder, Kassel (25. 7. 1977), Hans-Jürgen Künzel, Bad Hersfeld (19. 7. 1977), Walter Finke, Eiterfeld (4. 8. 1977), Roswitha Reek, Immenhausen (24. 6. 1977), Robert Wilhelm, Fulda (14. 8. 1977), Juliane Pfeffer, Hofbieber (21. 7. 1977), Ingelore Rohde, Kaufungen 1 (26. 7. 1977), Barbara Eichner, Stadtallendorf (26. 7. 1977), Rolf Lugert, Karlshafen, Karl-Erwin Franz, Karlshafen (beide 1. 8. 1977), Sonderschullehrer (BaP) Frank Bergér, Kassel (23. 5. 1977), Sonderschullehrerin (BaP) Ursula Barthel-Daum (18. 6. 1977), die Fachlehrerinnen (BaP) Birgit Sladeczek, Neuho (2. 6. 1977), Sylvia Burbank, Kassel (29. 6. 1977), Fachlehrer (BaP) Allhard Bischoff, Homberg (31. 7. 1977), die Fachlehrer/-innen für musisch-technische Fächer (BaP) Hartwig Maehl, Gersfeld (12. 5. 1977), Ruth Passek, Baunatal 4 (29. 5. 1977), Manfred Kropp, Fulda (21. 6. 1977), Ulrich Altpeter, Hilders (19. 6. 1977), Jürgen Sandrock, Bebra (24. 5. 1977), Christine König, Hofgeismar (14. 7. 1977), Annelies Köster, Hofgeismar (19. 7. 1977), Barbara Rosenboom, Kassel (20. 7. 1977), Helmut Schomann, Frankenberg (29. 7. 1977);

versetzt:

von Niedersachsen Lehrerin (BaP) Rosemarie Grotepaß, Helsa-Eschenstruth, Lehrerin (BaL) Isolde Mäder, Kassel, Lehrerin (BaL) Sigrid Krämer, Immenhausen, Lehrerin (BaL) Martina Mackowiak, Kassel, Lehrerin (BaP) Anita Gies, Karlshafen, Lehrerin (BaL) Annette Löwen, Kassel (sämtlich 1. 8. 1977);

von Nordrhein-Westfalen Lehrerin (BaL) Marie-Luise Schrage, Kassel, Sonderschullehrerin (BaL) Eleonore Giesen, Kassel, Lehrer (BaL) Horst Beckmann, Zierenberg, Lehrerin (BaL) Inge Bartelt, Fulda-Johannesberg, Lehrerin (BaL) Ursula Klotz, Hofgeismar (sämtlich 1. 8. 1977);

von Berlin Lehrer (BaL) Helmut Stoffels, Baunatal 4, Lehrer (BaL) Hans-Joachim Buß, Neuho (beide 1. 8. 1977); von Hamburg Lehrerin z. A. (BaP) Dorothea Lippert, Kassel (1. 8. 1977);

von Baden-Württemberg Sonderschullehrerin (BaL) Elvira Kübler, Hofgeismar (1. 8. 1977);

von Schleswig-Holstein Lehrerin (BaL) Anne Brigitte von Amsberg, Wetter-Oberrospe (1. 8. 1977);

von Bayern Lehrerin (BaL) Iris Plass, Bebra-Breitenbach (1. 8. 1977);

nach Niedersachsen Sonderschullehrerin z. A. (BaP) Ortrud Schmitt, Breidenbach-Achenbach, Lehrerin (BaL) Gisela Damm, Caldern, Lehrerin z. A. (BaP) Maria Rothermund, Korbach, Lehrerin (BaL) Claudia Dittmar, Wolfhagen (sämtlich 1. 8. 1977);

nach Berlin Sonderschullehrer (BaL) Uwe Heinze, Marburg, Rektorin als Ausbildungsleiterin (BaL) Elisabeth Naumann, Marburg (beide 1. 8. 1977);

nach Nordrhein-Westfalen Lehrerin (BaL) Hannelore Kollmann, Kassel (1. 8. 1977);

nach Baden-Württemberg Lehrerin (BaL) Doris Lichtenberger, Kirchhain, Oberstudienrätin (BaL) Marianne Schadek, Neustadt (beide 1. 8. 1977);

nach Saarland Lehrer (BaL) Gerhard Schneider, Wetter (1. 8. 1977);

nach Schleswig-Holstein Lehrerin (BaL) Ingrid Knörzer, Reinhardshagen (1. 8. 1977);

in den Ruhestand getreten:

Realschullehrer Karl Bormann, Neuho, Rektor Ernst Knechtel, Neuho, Lehrer Friedrich Schäfer, Neuho, Lehrerin Isolde Göbel, Bebra, Rektor Walter Thumser, Steffenberg-Niedereisenhausen, Adolf Deist, Sonderschullehrer, Kassel, Fachlehrerin für musisch-technische Fächer Barbara Leimer, Kassel, Rektor Helmut Schulze, Wahlsburg, Rektor Erich Schmidt, Twistetal-Twiste, Rektor Wilhelm Ashauer, Arolsen, Lehrerin Ingeborg Wöbelauer, Steffenberg-Niedereisenhausen, Rektor Johannes Pfeil, Bad Wildungen, Lehrerin Hildegard Hupfeld, Eschwege (sämtlich 1. 8. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

Rektor einer Grund-, Haupt- und Realschule Kurt Steglich, Kassel (1. 8. 1977), Realschullehrer Wilhelm Lang, Kassel, Lehrerin Irmgard Ehrlich, Kassel, Rektor Helmut Klopp, Haunack-Unterhaun (sämtlich 1. 6. 1977), Lehrer Alfred Grunert, Kassel (1. 4. 1977), Lehrerin Edeltraud Wenzel, Tann, Lehrer Horst Hartwich, Sontra (beide 1. 8. 1977), Realschullehrerin Edith Schöpke, Homberg (1. 6. 1977), Realschullehrerin Dagmar von Engelhardt, Kassel, Lehrerin Edeltraud Hopp, Frankenberg, Lehrerin Veronika Klein, Petersberg (sämtlich 1. 7. 1977), Rektor Heinz Schminke, Neu-Eichenberg (1. 8. 1977), Lehrer Georg Seeland, Kassel (1. 7. 1977), Rektor Heinrich Windeck, Homberg-Wernswig, Oberstudienrat Hans Dotzert, Bad Hersfeld (beide 1. 8. 1977), Lehrerin Ursula Gütthler, Breuna (1. 7. 1977), Hauptlehrer Albert Schwiening, Wohratal-Wohra (1. 8. 1977), Konrektor Bodo Schäfer, Bad Hersfeld (1. 7. 1977), Lehrer Hans Weber, Hofgeismar, Sonderschullehrer Rudolf Geyer, Marburg, Lehrer Armin Rudolph, Wolfhagen-Wenigenhasungen, Lehrer Roland Diehl, Kassel, Lehrer Hans-Eberhard Wolff, Kassel, Realschullehrer Karl Fröhlich, Lehrerin Lieselotte Jungbluth, Kassel, Konrektor Anton Häßler, Flieden, Lehrer Hans Bühler, Wanfried, Rektorin Hildegard Goebel, Trendelburg, Hauptlehrer Emil Nentwich, Michelsrombach, Lehrer Rudolf Otto, Haunack-Unterhaun, Lehrer Karl Jestädt, Petersberg, Realschullehrer Friedrich Bachmann, Kassel, Rektor Gerhard Peisker, Weiterode, Konrektor Hans Löffke, Kaufungen 1, Lehrer Artur Becker, Kaufungen 1, Sonderschulkonrektor Konrad Otto, Homberg, Rektor Gotthard Penack, Waldkappel, Sonderschullehrer Herbert Lange, Lohfelden 1, Realschullehrerin Gerda Schmincke, Wolfhagen, Hauptlehrer August Metz, Fritzlar-Werkel, Lehrerin Johanna Fenner, Kassel, Hauptlehrer Karl Seip, Cölbe-Bürgeln, Realschullehrer Albrecht Appelt, Kaufungen 1, Lehrerin Ingrid Meurer, Neuhof-Rommerz, Oberstudienrätin Gudrun Manns, Bad Hersfeld, Lehrer Wilhelm Engisch, Volkmarsen, Lehrer Günter Heß, Schenklengsfeld, Realschullehrer Hans-Joachim Feiertag, Sontra, Lehrerin Margarete Scholl, Marburg, Lehrerin Elisabeth Bulla, Eiterfeld, Lehrerin Charlotte Knorr, Marburg, Sonderschulrektor Georg Siebert, Homberg, Lehrer Herbert Wiegand, Kassel (sämtlich 1. 8. 1977).

entlassen:

die Lehramtsreferendare/-innen Dorothea Ackermann, Neuhof, Sigrid Alfken, Wetter, Georg Althaus, Kirchhain, Birgit Andermann, Schwalmstadt 1, Volker Anders, Hofbieber, Klaus-Dieter Andres, Kassel, Reinhold Ankele, Ebsdorfergrund-Heskem, Ute Apel, Willingen, Erika Appel, Borken, Hans Gerd Appel, Bergheim, Klaus Dieter Arens, Kassel, Hagen Aurin, Großalmerode, Hiltrud Bachmann, Melsungen, Doris Balzer, Bergheim, Konrad Barth, Bad Hersfeld, Horst Bauer, Sontra, Irmtraud Beck, Kassel, Annegret Becker, Hess. Lichtenau, Brigitte Becker, Bergheim, Gunhild Becker, Walburg, Ingeborg Benecken, Baunatal 1, Gabriele Bicmer, Kirchhain, Wolfgang Bleich, Hartenrod, Hans-Joachim Blum, Neuhof, Reiner Blum, Melsungen, Gerda Blume, Witzhausen, Peter Böhning, Immenhausen, Heinrich Bornschier, Bad Hersfeld, Brigitte Borschel, Hess. Lichtenau, Gerhard Boti, Borken, Barbara Brehm-Harnos, Kassel, Friedrich Brkitsch, Marburg, Sigrid Burrack, Eschwege, Ernst Helmut Buß, Marburg, Gabriele Bußler, Marburg, Almuth von Campenhausen, Bad Hersfeld, Diana Creamer, Fulda, Heidemarie Dahmer, Heringen, Margot Degenhardt, Kassel, Ulrike Deitschun, Bad Hersfeld, Karl Dippel, Kleinenglis, Helmut Doll, Burghaun, Mechthild Doll, Burghaun, Arno Dücker, Niestetal 1, Eleonore Dümke, Neukirchen, Renate Eberdt, Walburg, Ulrike Eitner, Korbach, Gertraud Engelbert, Marburg, Fridolin Erler, Neukirchen, Heike Eubel, Rotenburg/F., Hartmut Euler, Dautphetal-Friedensdorf, Sigrid Faber, Bergheim, Marianne Falkenberg, Frankenberg, Ileana Fazio, Hofgeismar, Birgit Feinauer, Witzhausen, Rita Fennel, Großalmerode, Gerhard Fey, Großalmerode, Helge Fischer, Heringen, Irmtraud Fleischhut, Rotenburg/F., Astrid Franke, Bad Hersfeld, Elke Franke, Kirchheim, Dietlinde French, Fulda, Brigitta Frendeborg, Waldeck-Sachsenhausen, Brigitte Fröhlich, Bad Hersfeld, Christiane Fröhlich-Uhl, Kassel, Sabine Frohling, Witzhausen, Ursula Funke, Kassel, Heide Gabriel, Wallau, Bernd Geiler, Niederwalgern, Klaus-Peter Geißler, Herzhausen, Manfred Glass, Lohfelden 1, Ute Gliß, Bad Sooden-Allendorf, Annegret Göbel, Tann, Maria Goldbach, Fulda, Roswitha

Gomolka, Bad Wildungen, Gertrud Grevenstette, Kassel, Gunhild Groh, Naumburg, Regina Gschweng, Korbach, Gerhild Günther, Marburg-Wehrda, Otmar Haas, Heiligenrode, Wolf-Michael Hack, Naumburg, Dagmar Hagelgans-Barthoff, Wetter, Jutta Hallenberger, Eschwege, Wolfgang Hartleib, Kassel, Gerhard Hartmann, Niederaula, Margit Hartung, Ringgau-Röhrda, Petra Heblig, Bad Hersfeld, Bernhild Heinemann, Zierenberg, Fritz Heinemann, Neuhof, Klaus-Ulrich Henrich, Witzhausen, Jürgen Herwig, Bad Sooden-Allendorf, Ulrike Hertwig, Eschwege, Mechthild Heß, Großalmerode, Kornelia Hesse, Witzhausen, Annegret Hilberg, Battenberg, Elke Hillinger, Naumburg, Barbara Hlubek, Fulda, Dorothea Hobeck, Cappel, Ute Hoffmann, Reinhardshagen, Christel Hofschulz, Kassel, Marlies Hüther, Kassel, Michael Hufnagl, Sachsenhausen, Horst Joedecke, Wolfhagen, Antje Jörding, Sachsenhausen, Helga Jost, Kirchheim, Hans-Dieter Jung, Battenberg, Ruth Jung, Frankenberg, Bettina Karmann, Fulda 1, Inge Keim, Cappel, Kornelia Keller, Gudensberg, Ulrich Kienast, Niestetal 1, Eva-Maria Klapp, Eschwege, Heidrun Klemann, Borken, Wilfried Klöpffel, Rotenburg/F., Gabriele Kloß, Reinhardshagen, Silvia Klug, Bebra, Barbara Klyk, Wahlsburg, Claudia Knebes, Hoof, Regina Köchling, Diemelstadt-Wrexen, Antonius Köhne, Korbach, Maria Theresia Köhne, Korbach, Wolfgang König, Hartenrod, Karla Koppenrath, Walburg, Reinhilde Kratzenberg, Fulda, Rosemarie Kretzschmar, Wehretal-Reichensachsen, Karin Krug, Großalmerode, Rolf-Peter Kühle, Bad Hersfeld, Christine Kulbrock-Lagler, Melsungen, Sigrid Kupke, Baunatal 4, Hans-Joachim Kusserow, Stadt Allendorf, Christine Laibach, Eschwege, Karin Laibach, Eschwege, Karin Langlotz, Baunatal 4, Hubert Lauer, Hünfeld, Lothar Layda, Veilmars 3, Roland Lein, Bad Wildungen, Angelika Liebaug, Schenklengsfeld, Hubertus Liersch, Frankenberg, Dorothea Link, Bebra, Ursula Lippach, Marburg, Daniela Lippeke, Ringgau-Röhrda, Elke Loebus, Korbach, Heike Löwer, Friedendorf, Ulrike Lohmann, Immenhausen, Wilhelm Lutrop, Witzhausen, Norbert Maaß, Waldkappel, Barbara Mallunat, Marburg, Heide-Margret Marfording, Marburg, Renate Matzpohl, Fulda, Erhard Mauer, Bad Wildungen, Dieter Maus, Hofbieber, Christine Meister, Sontra, Elfriede Mengel, Frankenberg, Elisabeth Mengelkamp, Philippssthal, Barbara Metz, Kaufungen 1, Hannelore Mindach, Biedenkopf, Doris Möllenkamp, Wölfershausen, Ursula Mollenhauer, Felsberg, Vroni Moritz, Eschwege, Elke Müller, Wildeck-Obersuhl, Konrad Müller, Ransbach, Brigitte Neumann, Stadt Allendorf, Hans Nitsche, Immenhausen, Hubertus Noack, Großalmerode, Manfred Oetzel, Großalmerode, Sigrid Olbrich, Heckershausen, Ursula Panthen, Asbach, Susanne Pawlowsky, Witzhausen, Otto Petersen, Kirchhain, Elfriede Pfeiffer, Bad Hersfeld, Irene Platte, Spangenberg, Dietmar Probsthain, Hofgeismar, Marianne Quell, Sontra, Gabriele Raczek, Marburg, Hubert Reibling, Schwalmstadt 1, Reinhard Reichelt, Sachsenhausen, Marianne Reiter, Wildeck-Obersuhl, Ute Reitze, Kassel, Beate Reul, Wasenberg, Marianne Riehl, Wallau, Herbert Rittger, Witzhausen, Dieter Rode, Kassel, Regina Rode, Schwalmstadt 2, Klaus Röhrig, Wolfhagen, Evelyne Rohstock, Ronshausen, Ute Roßberg-Kagemann, Kassel, Inge Rossmeißl, Baunatal 4, Erhard Rühl, Baunatal 1, Susanne Runge, Kassel, Dorothea Sasse, Kirchhain, Christiane Schaaß, Bad Sooden-Allendorf, Heiner Schäfer, Eschwege, Otmar Schäfer, Fulda, Walter Schäfer, Rotenburg/F., Christa Schaefer, Großalmerode, Hans-Joachim Schäfers, Röhlshausen, Dieter Schaffert, Friedlos, Ulrike Scheibner, Heringen, Bernhard Schenk, Marburg, Lieselotte Schenk, Kassel, Marion Schicker, Kassel, Rita Schindler, Steffenberg-Niedereisenhausen, Dietmar Schmalhaus, Kassel, Heidi Schmidt-Quentin, Melsungen, Ingeborg Schmidt, Nentershausen, Regina Schmidt, Kassel, Jürgen Schneider, Veilmars 3, Ursula Schönauer, Marburg, Elfriede Scholl, Kleinenglis, Christel-Luise Schopf, Fulda 1, Jutta Schoppe, Lohra, Horst Werner Schreiner, Battenberg, Brigitte Schuchardt, Eschwege, Ute Schüttler, Korbach, Edmund Schütze, Neuhof, Harald Simon, Kassel, Vera Spielmann, Kassel, Cornelia Spies, Kassel, Beate Springer, Bad Hersfeld, Jutta Stankowski, Schenklengsfeld, Gerhard Stephan, Zierenberg, Wolfgang Steube, Kirchhain, Ulrike Stock, Breidenbach, Anna Strauß, Ermsal, Klaus Strüber, Cornberg, Vera Strube, Korbach, Heidemarie Sumper, Marbach, Irmtraud Tauber, Baunatal 1, Gabriele Temme, Morschen, Elisabeth Terörde, Merzhausen, Paul Gerhard Theis, Wetter, Gerhard Thiemann, Hünfeld, Gudrun Tischner, Gensungen, Angelika Trautmann, Marburg, Siegfried Trebing, Kassel, Christina Treffert, Frankenberg,

Else Uhde, Kaufungen 1, Sigrud Unger, Fuldata, Bärbel Vater, Neuenstein-Obergeis, Jutta Vierung, Fritzlar, Irmgard Volk, Kassel, Ellen Vollmann, Kassel, Helmut Warnke, Herleshausen, Hedwig Weisbecker, Gersfeld, Wolfgang Weise, Tann, Rosemarie Werner, Kassel, Udo Westius, Kirchhain, Herbert Wicke, Fulda, Wolfgang Wilcke, Fulda, Elfriede Wollmer, Stadt Allendorf, Wolfram Zeiler, Eschwege, Kristina Ziegler, Zierenberg, Rolf Zielke, Bad Hersfeld, Michaela Zimmermann, Kirchhain, Dorothea Dangel, Hünfeld, Rainer Eckhardt, Niedererhausen, Ruth Forconi, Fulda, Gudrun Gerland, Bebra, Helmut Herbst, Niederaula, Kurt Hundhausen, Kassel, Astrid Kaiser, Lohra, Gabriele Kaschlaw, Borken, Marlene Kern, Kassel, Kornelia Kramer-Schade, Altmorschen, Hans-Wilhelm Menges, Korbach, Bettina Probsthain von Roos, Kassel, Carmen Rolshausen, Kassel, Heinrich Rübe, Rhoden, Hildegard Scheitzbach, Marburg, Lieselotte Schwabe, Kassel, Friedhelm Siebrecht, Kassel, Gisela Stein, Kassel, Margrit Störmer, Baunatal 1, Karola Uraul-Holzauer, Amönau, Dieter Wolny, Niederwalgern, Cornelia Caliebe, Schwalmstadt 2, Hans Dietz, Stadt Allendorf, Cornelia Euler, Fulda, Reiner Finis, Heringen, Gertrud Fleischer, Neuhoof, Margit Fritz, Niederaula, Viola Gramß, Herleshausen, Elke Grösch, Eschwege, Hedwig Haug, Fritzlar, Norbert Kallée, Bad Hersfeld, Peter Kanaplei, Aulatal, Jörg Koch, Grebenstein, Angelika Kohlstädt, Grebenstein, Gisela Kurzawa, Kassel, Bernhard Lange, Gudensberg, Wolfram Lange, Kassel, Barbara Maier, Bergheim, Johanna Mastmeyer, Calden, Erika Oppen, Kassel, Johanna Premper, Philippsthal, Barbara Schäfer, Flieden, Bernd Schöne, Emstal, Peter Strömer, Kassel, Ludwig Weber, Petersberg, Elisabeth Weißler-Mahlke, Kassel, Ulrike Wiegel, Kirchhain, Rainer Wilhelmi, Guxhagen, Annette Zens, Kassel (sämtlich 31. 7. 1977), Sonder- schullehrerin z. A. Dorothea Duensing, Neustadt 1 (24. 8. 1977), Realschullehrerin Eva-Maria Schattat, Grebenstein (31. 8. 1977), Lehrer z. A. Walfried Vogel, Fulda (31. 7. 1977), apl. Lehrer Walter Zimmer, Stadtallendorf (30. 6. 1977), Lehrerin z. A. Bärbel Steinbrecher, Hofgeismar (31. 7. 1977), apl. Lehrer Gerhard Richter, Kassel (31. 7. 1977), Lehrerin Gabriele von Schubert, Sontra (30. 6. 1977), Lehrerin z. A. Ursula Spitzer, Großalmerode-Rommerode, Lehrerin Karin Sälzer, Philippsthal, Hauptlehrerin Han- nelore Koch, Philippsthal-Heimboldshausen, Elke Schmel- ter, Weidenhausen, die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer Barbara Erbe, Hofgeismar, Ute Steinhöfel, Homberg (sämtlich 31. 7. 1977), Lehramtsreferendarin Inge Theofel, Grebenstein, Lehramtsreferendar Rainer Kos- sowski, Spangenberg, Lehrerin Friedegund Bauerbach, Eichenberg (sämtlich 31. 8. 1977);

verstorben:

Lehrerin Jutta John, Wabern (10. 5. 1977), Realschullehrer Otto Schade, Hofgeismar (5. 6. 1977), Realschullehrer Otto Immel, Marburg (15. 7. 1977).

Kassel, 12. 8. 1977

Der Regierungspräsident
II — 8 b 06-03 B

St.Anz. 36/1977 S. 1808

1191 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gem. § 14 Ladenschlußgesetz

Gem. § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. 11. 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 5. 7. 1976 (BGBl. I S. 1773), i. V. mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Weilburg aus Anlaß des Weilburger Oktoberfestes 1977 am 25. 9. 1977 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Landeskulturverwaltung

ernannt:

zum **Regierungsräten (BaL)** die Regierungsräte z. A. (BaP) Dr. Jozsef Török (16. 6. 1977), Dr. Joachim Krause, Hessisches Amt für Landeskultur (HALK) Hanau (20. 6. 1977), Dr. Peter Richtscheid (24. 6. 1977);

zum **Vermessungsrat** Vermessungsrat z. A. (BaP) Gerd-Jürgen Daubert, HALK Marburg (27. 5. 1977);

zum **Vermessungsrat z. A. (BaP)** Dipl.-Ingenieur Stephan Büttner, HALK Fulda (2. 5. 1977);

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Inspektoranwärter (BaW) Heinz-Ulrich Schulz (1. 6. 1977);

zu **Technischen Assistenten** die Technischen Assistenten z. A. (BaP) Bernhard Grimm, HALK Bad Hersfeld, Martin Reith (beide 1. 7. 1977);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Vermessungsrat (BaP) Gerhard Lorenz, HALK Limburg (14. 6. 1977); Oberinspektor (BaP) Bernhard Fritz (10. 6. 1977); Technische Obersekretärin (BaP) Erika Stöpler, HALK Lauterbach (27. 5. 1977);

in den Ruhestand getreten:

Regierungsdirektor Dr. Herwart Rehse (1. 8. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

Technischer Amtmann Heinrich Dörr, HALK Darmstadt (1. 8. 1977) gem. § 51 Abs. 3 HBG;

die **Amtsinspektoren** Rudi Damaschk, HALK Lauterbach (1. 7. 1977) gem. § 51 Abs. 3 HBG, Albert Halbleib, HALK Fulda (1. 8. 1977) gem. § 51 Abs. 1 HBG;

Obersekretär Erich Schneider, HALK Dillenburg (1. 6. 1977) gem. § 51 Abs. 3 HBG;

entlassen:

Inspektor z. A. Sigfried Potschien, HALK Lauterbach (30. 6. 1977) gem. § 42 Abs. 1 Nr. 2 HBG.

Wiesbaden, 17. 8. 1977

Landeskulturamt Hessen
LK. 10.7.1 gen — 11 922/77

St.Anz. 36/1977 S. 1811

Regierungspräsident in Kassel

Forstverwaltung

ernannt:

zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Erich Losert (19. 10. 1976);

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Heinrich Jungk (1. 11. 1976).

Veterinärverwaltung

zum **Veterinärdirektor** Veterinäroberrat (BaL) Dr. Karl Petry (1. 4. 1977).

Kassel, 1. 8. 1977

Der Regierungspräsident
P/2 — 7 o 16/03

St.Anz. 36/1977 S. 1811

§ 2

Diese Verordnung tritt am 25. 9. 1977 in Kraft.
Darmstadt, 19. 8. 1977

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Wierscher

St.Anz. 36/1977 S. 1811

1192

Benennung von Gemeindeteilen

Auf Grund des § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung erhalten mit Wirkung vom 1. 1. 1977 die Gebiete der früheren Gemeinden

- Allertshofen, Asbach, Brandau, Ernsthofen, Herchenrode, Hoxhohl, Klein-Bieberau, Lützelbach, Neunkirchen, Neutsch und Webern in der Gemeinde Modautal, Landkreis Darmstadt-Dieburg, die Bezeichnungen

- „Ortsteil Allertshofen“,
 „Ortsteil Asbach“,
 „Ortsteil Brandau“,
 „Ortsteil Ernsthofen“,
 „Ortsteil Herchenrode“,
 „Ortsteil Hoxhohl“,
 „Ortsteil Klein-Bieberau“,
 „Ortsteil Lützelbach“,
 „Ortsteil Neunkirchen“,
 „Ortsteil Neutsch“,
 „Ortsteil Webern“,
2. Dornheim und Wallerstädten in der Stadt Groß-Gerau, Landkreis Groß-Gerau, die Bezeichnungen
 „Stadtteil Dornheim“,
 „Stadtteil Wallerstädten“,

3. Crumstadt, Erfelden, Goddelau, Leeheim und Wolfskehlen in der Gemeinde Riedstadt, Landkreis Groß-Gerau, die Bezeichnungen
 „Ortsteil Crumstadt“,
 „Ortsteil Erfelden“,
 „Ortsteil Goddelau“,
 „Ortsteil Leeheim“,
 „Ortsteil Wolfskehlen“,
4. Klein-Gerau und Worfelden in der Gemeinde Büttelborn, Landkreis Groß-Gerau, die Bezeichnungen
 „Ortsteil Klein-Gerau“,
 „Ortsteil Worfelden“.

Darmstadt, 19. 8. 1977

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05

StAnz. 36/1977 S. 1811

Buchbesprechungen

Polizeirecht in Hessen. Das Recht der Polizei und der sonstigen Gefahrenabwehrbehörden. Herausgegeben und bearbeitet von Polizeipräsident Peter C. Bernert und Ministerialrat Dr. Rolf Groß. Loseblattsammlung, 17. Ergänzungslieferung, 318 S., 63,80 DM. Gesamtwert 159,— DM. Deutscher Fachschriftenverlag, Wiesbaden-Dotzheim.

Die 17. Ergänzungslieferung bringt das Werk auf den Stand vom 1. 4. 1977. Sie berücksichtigt die inzwischen eingetretenen Gesetzesänderungen ebenso wie die Veränderungen im Bereich der Verwaltungsvorschriften.

In der Kommentierung sind — wie in der Vergangenheit — sowohl die Rechtsänderungen wie die zwischenzeitlich ergangene Rechtsprechung berücksichtigt. Hervorgehoben sei in diesem Zusammenhang, daß insbesondere die Vorschriften über die Zusammenarbeit bei der Gefahrenabwehr (§ 2 HSO), die Regeln über die Polizeipflichtigkeit (§§ 11 und 14 HSO), die Vorschrift über den Haftungsgrund (§ 30 HSO) und die Vorschriften über die Polizeiverordnung (§§ 34, 36, 37, 39 und 40 HSO) und die Regelung über den Kostenersatz (§ 82 HSO) ergänzt worden sind.

Im Bereich der Kommentierung der Vorschriften über die Polizeiverordnung sind insbesondere die Änderungen des Kommunalrechts, die zum 1. 1. 1977 und zum 1. 4. 1977 in Kraft getreten sind, berücksichtigt worden. Bei der Erläuterung des UZWG (§ 8) mußten insbesondere die Änderungen eingearbeitet werden, die das Strafvollzugsgesetz vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 581) gebracht hat.

In den Anhang wurden nicht nur die Änderungen des Bundesgrenzschutzgesetzes und der Straßenverkehrsordnung aufgenommen, sondern auch die Neufassung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes und das neue Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetz, das zum Ende dieses Jahres in vollem Umfang in Kraft sein wird. Ebenso wurden die Vierte Verordnung und die Fünfte Verordnung zum Waffengesetz in die Sammlung aufgenommen.

Lfd. Ministerialrat Kayser

Bundesbaugesetz und Städtebauförderungsgesetz. Kommentar von Sebastian Heitzer und Ernst Oestreicher, 6. Neubearb. Aufl. 1977, LVIII und 1251 S., geb. 156,— DM (Subskriptionspreis bis 31. Oktober 1977: 136,— DM). Verlag Walter de Gruyter, Berlin und New York.

Der bekannte und bewährte Kommentar präsentiert sich in einer gründlichen Neubearbeitung: Anlaß ist die Neufassung des Bundesbaugesetzes und des Städtebauförderungsgesetzes vom 18. August 1976. Hervorstechend ist die zu jedem Paragraphen — soweit vorhanden — sorgfältig ausgewählte höchstrichterliche Rechtsprechung. Der Band enthält nicht nur die beiden das Baugeschehen maßgeblich bestimmenden Bundesgesetze und eine ausführliche Kommentierung, sondern auch die dazu ergangenen Rechtsverordnungen des Bundes: Wertermittlungsverordnung nebst Richtlinien, Baunutzungsverordnung (mit Kurzkomentierung), Planzeichenverordnung, Ordnungsmaßnahmen- und Gleichheitsbetragsverordnung. Auch das Raumordnungsgesetz des Bundes (mit Kurzkomentierung) und das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die gemeinsamen Beratungen nach § 8 des Raumordnungsgesetzes sind aufgenommen. Der einzige zu rügende Mangel ist der Stand des Fundstellennachweises für die Rechts- und Ausführungsvorschriften der Länder zum BBauG und zum StBauFG: Soweit es Hessen und die meisten anderen Länder angeht, sind keine einzige Rechtsverordnung und kein einziger Erlaß aufgenommen, die zu den novellierten Gesetzen, also ab Ende August 1976, ergangen sind. Dagegen sind zahlreiche ältere Vorschriften, die durch die neuen Vorschriften aufgehoben wurden, noch in dem Fundstellennachweis aufgeführt. Das ist nicht ganz verständlich, da das Werk erst im Mai 1977 erschienen ist. So fehlen für Hessen insbesondere

1. zum BBauG:
 die Rechtsverordnungen vom 18. Januar 1977 (GVBl. I S. 97), vom 28. Januar 1977 (GVBl. I S. 102), vom 2. Mai 1977 (GVBl. I S. 194) und vom 9. Mai 1977 (GVBl. I S. 182) sowie die Erlasse des Hessischen Ministers des Innern vom 17. Dezember 1976 (StAnz. 1977 S. 95), vom 22. Dezember 1976 (StAnz. 1977 S. 18) und vom 12. Januar 1977 (StAnz. S. 307);

2. zum StBauFG:
 die Rechtsverordnung vom 9. Mai 1977 (GVBl. I S. 182) sowie der Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 19. April 1977 (StAnz. 980).

Aufgehoben sind insbesondere zwischenzeitlich die 1. bis 14. Verordnung zur Übertragung von Aufgaben nach dem BBauG sowie die bisherigen Verordnungen über die Freistellung von der Bodenverkehrsüberwachung (vgl. Verordnung vom 18. Januar 1977 — GVBl. I S. 97).

Der Kommentar kann dennoch allen Baujuristen vollauf empfohlen werden: Er ist und bleibt eines der Standardwerke zur Kommentierung unserer Bundesbaugesetze.

Ministerialrat Schaezeli

Amt und Mandat. Von Joachim Henkel. Oktav, 111 S., 1977, kart. 18,— DM. Walter de Gruyter Verlag, Berlin — New York.

Der Untertitel des Werkes lautet „Die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes“. Daraus ist zu ersehen, daß die Abhandlung sich auf das Kernstück des im wesentlichen am 1. April 1977 in Kraft getretenen Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages beschränkt, das in Auszügen als Anhang mit abgedruckt ist.

Der Autor legt dabei sein Hauptaugenmerk — entgegen der Reaktion in der Öffentlichkeit — nicht auf Neuordnung der Abgeordnetenentschädigung, sondern stellt den grundlegenden Wandel in dem Bemühen um mehr Chancengleichheit für Wahlbewerber aus allen Schichten und Gruppen des Volkes im Vergleich zum bisherigen Recht dar und untersucht ihn kritisch in seinen vielfältigen verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten.

In seinen Schlußbetrachtungen wirft der Autor die Frage auf, ob bei dem Versuch, der „Verbeamtung der Parlamente“ Einheit zu geben, nicht der Abgeordnete „verbeamtet“ worden sei, da er künftig Anspruch auf Beihilfen, auf Versorgung, ohne eigene Beiträge dafür leisten zu müssen, und auf eine Vollalimentation wie ein Beamter habe.

Die klare und leicht lesbare Schrift verdient nicht nur das Interesse der Mandatsträger, sondern auch derer, die sich Gedanken über die Entwicklung unseres Parlamentarismus machen.

Regierungsrat Axtmann

Das Umzugskostenrecht des Bundes. Kommentar in Loseblattform von A. Kopiccki und W. Irlenbusch. 18. Ergänzungslieferung zum Stand Oktober 1976, 52,60 DM. Verlag Reckinger u. Co, 3200 Siegburg.

Es ist an der Zeit, wieder einmal auf diese ausgezeichnete Kommentierung zum Umzugskostenrecht des Bundes hinzuweisen. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß das Werk auch eine vollständige Erläuterung der Bundes-Trennungsgeldverordnung umfaßt. Denn neben der formalen Verbindung der Trennungsgeldverordnung mit dem Umzugskostengesetz durch die Ermächtigungsvorschrift des § 19 BUKG ist zu bedenken, daß dem Anspruch auf Umzugskostenvergütung i. d. R. ein Trennungsgeldanspruch vorausgehen wird. Es lag deshalb nahe, die beiden inhaltlich zusammengehörenden Rechtsbereiche in einer zusammengefaßten Kommentierung abzuhandeln.

Der Kommentarteil zeichnet sich durch seine große Praxisnähe aus. Bei der Vielfalt der gebotenen Informationen ist er nirgendwo welt-schweifig, aber auch durchweg nicht zu knapp. Die Handlichkeit und Lesbarkeit wird auch dadurch erhöht, daß die Rechtsprechung nur mit ihren Leitsätzen angeführt wird, die Gerichtsentscheidungen mit den sie tragenden Urteilsgründen dagegen in einem gesonderten Teil wiedergegeben werden.

Im Kommentarteil wird deutlich, daß hier Autoren mit einer viel-jährigen Erfahrung im Umzugskostenrecht am Werk waren, die auch an der Gesetzgebung und am Gesetzesvollzug maßgebend beteiligt sind. Diese Nähe zur Praxis verschafft ihnen das Gespür dafür, welche Fragen sich bei der Durchführung des Umzugskostenrechts stellen und wo lösungsbedürftige Probleme liegen könnten. Die Erläuterungen sind deshalb besonders problembezogen, wobei überflüssiges Beiwerk weitgehend vermieden wird. Wo es der Stoff gebietet, versuchen Beispiele letzte Klarheit zu schaffen. Diesem Zweck dient daneben die Wiedergabe zahlreicher — auch nicht veröffentlichter — Rundschreiben des für das Dienstrecht zuständigen Bundesinnenministers.

Der Kommentarteil braucht einen Vergleich mit anderen einschlägigen Veröffentlichungen keineswegs zu scheuen. Dies ist allein schon an der Häufigkeit abzulesen, mit der in der Rechtsprechung auf ihn verwiesen wird.

Für alle, die mit dem Vollzug des Umzugskostenrechts (einschließlich des Trennungsgeldrechts) befaßt sind, ist der Kommentar für die tägliche Arbeit ein unentbehrliches Arbeitsmittel. Da sich Bundes- und Landesumzugskostenrecht in ihren Kernstücken weitgehend entsprechen, gilt das auch für die Bediensteten der Landes- und Kommunalverwaltungen. Im übrigen kann der Kommentar auch eine wertvolle Informationshilfe beispielsweise für privatrechtliche Arbeitgeber sein; denn bis zur Höhe der nach dem BUKG zustehenden Entschädigung können Umzugsauslagen aus Anlaß eines Arbeitsplatzwechsels oder einer Einstellung steuerlich berücksichtigt werden.

Oberamtsrat Nitze

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1977

MONTAG, 5. SEPTEMBER 1977

Nr. 36

Aufgebote

3843

C 336/77: Der Arbeiter Christian Wagner und die Hausfrau Erna Gregorin, geb. Wagner, in 6464 Linsengericht, Ortsteil Altenhaßlau, von-Carlshausen-Allee 16, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Wagner u. Dr. Lengemann, 6460 Gelnhausen, haben das Aufgebot des abhanden gekommenen Grundschuldbriefs über die im Grundbuch von Altenhaßlau, Band 31, Blatt 1123, in Abt. III Nr. 2, für die Allgemeine Teilzahlungs-Bank G.m.b.H. Koblenz in Koblenz eingetragene, mit 9% verzinsliche Grundschuld von 4000,— DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 15. März 1978, 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

6460 Gelnhausen, 22. 8. 1977 **Amtsgericht**

Güterrechtsregister

3844

GR 913 — **Neueintragung** — 18. August 1977: Eheleute Jürgen Sexauer, Kaufmann, Heppenheim, Hüttenfelder Str. 8, und Heide Sexauer, geborene Schmidtke, daselbst.

Durch Vertrag vom 15. Juli 1977 — UR Nr. 135/1977 des Notars Hans Klimm in Heppenheim — ist Gütertrennung vereinbart.

6140 Bensheim, 18. 8. 1977 **Amtsgericht**

3845

GR 914 — **Neueintragung** — 18. August 1977: Masseur und medizinischer Bademeister Kurt Eduard Hansel, Hermannstr. 14, 6148 Heppenheim, und Helga Maria, geschiedene Wildner, geborene Barth, daselbst.

Durch Vertrag vom 10. Juni 1977 — UR Nr. 102/1977 des Notars Dr. Robert Müller in Heppenheim — ist Gütertrennung vereinbart.

6140 Bensheim, 18. 8. 1977 **Amtsgericht**

3846

GR 915 — **Neueintragung** — 22. August 1977: Eheleute Fuhrunternehmer Norbert Pfeifer, wohnhaft Nibelungenstraße 173, 6140 Bensheim-Schönberg, und Einzelhandelskaufmann Elisabeth, geborene Ritter, daselbst.

Durch Vertrag vom 30. Juni 1977 — UR Nr. B 175/1977 des Notars Hilmar Bescher in Lorsch — ist Gütertrennung vereinbart.

6140 Bensheim, 22. 8. 1977 **Amtsgericht**

3847

GR 2018 — 22. 8. 1977: Jürgen Hartmut Steffan und Käthi Margrita Steffan, geb. Geese, Rodheim, Körnerstraße 3.

Gütertrennung durch Vertrag vom 25. 7. 1977.

GR 2019 — 22. 8. 1977: Nihat Safa und Helga Safa, geb. Witt, Bad Nauheim, Usastraße 8—10.

Gütertrennung durch Vertrag vom 28. 7. 1977.

6360 Friedberg (Hessen), 22. 8. 1977

Amtsgericht

3848

GR 2020 — 23. 8. 1977: Calvin L. Bright und Heidemarie Bright-Vogel, Bad Nauheim 6, Bergstraße 13.

Gütertrennung durch Vertrag vom 23. 6. 1977.

6360 Friedberg (Hessen), 23. 8. 1977

Amtsgericht

3849

GR 149 — 22. 7. 1977: Die Eheleute Rudi Barthel und Maja Barthel, geb. Staats, 3501 Edermünde-Besse, Großenritterstr. 71, haben durch notariellen Vertrag vom 15. 6. 1977 Gütertrennung vereinbart.

3580 Fritzlar, 22. 7. 1977 **Amtsgericht**

3850

GR 449 — **Neueintragung**: Ehegatten Bauarbeiter Ludwig Neidhardt, Bad Orb, Sachsenhäuser Straße 8, und Gabriële Maria Heidi, geb. Schneeweis.

Durch Vertrag vom 1. Juli 1977 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 19. 8. 1977 **Amtsgericht**

3851

8 GR 777 — **Neueintragung** — 22. August 1977: Eheleute Kaufmann Reinhold Winfried Schneider und Doris Schneider, geb. Müller, beide wohnhaft in Schwalbach (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 26. 7. 1977 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 22. 8. 1977

Amtsgericht

3852

8 GR 778 — **Neueintragung** — 22. 8. 1977: Eheleute Kfz-Meister Rudi Wobst und Marianne Wobst, geb. Obenhaus, beide wohnhaft in Glashütten (Taunus) — 1.

In der notariellen Urkunde vom 30. 6. 1977 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 22. 8. 1977

Amtsgericht

3853

GR 359 A — **Neueintragung**: Die Eheleute Hotelier Friedrich Wilhelm Beuteführ und Hannelore Beuteführ, geb. Reddmann, Zum Treis 6, Willingen (Upland), haben durch Vertrag vom 20. Januar 1975 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 17. 8. 1977 **Amtsgericht**

3854

GR 360 — **Neueintragung**: Die Eheleute Techniker Ludwig Höhle und Elvira Höhle, geb. Weniger, beide Solinger Str. 4, Korbach 1, haben durch Vertrag vom 22. Juli 1977 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 17. 8. 1977 **Amtsgericht**

3855

GR 2206 — 22. 8. 77: Eheleute Karl Schuster, Krankenpfleger, Lahn-Gießen, Paul-Schneider-Str. 61, und Elfriede Schuster geb. Wissig, Raumpflegerin, Pohlheim 4, Gartenstr. 6.

Durch Vertrag vom 29. Juni 1977 ist Gütertrennung vereinbart.

6300 Lahn-Gießen, 24. 8. 1977 **Amtsgericht**

3856

GR 800: Eheleute Eberhard Brückner und Charlotte Fuchs-Brückner, geb. Fagerstern in Lahn-Nauborn.

Durch notariellen Vertrag des Notars Dr. Theodor Schäfer in Lahn-Wetzlar vom 28. Juni 1977 — Urkundenrolle Nr. 623/1977 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Lahn-Wetzlar, 18. 7. 1977 **Amtsgericht**

GR 802: Eheleute Techn. Angestellter Georg Fischer und Gudrun, geb. Schmidt, Ludwig-Rinn-Str. 19, 6301 Lahn-Launsbach.

Durch notariellen Vertrag des Notars Helmut Becht in Lahn-Gießen vom 2. Juni 1977 — Urkundenrolle Nr. 195/1977 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Lahn-Wetzlar, 27. 7. 1977 **Amtsgericht**

3857

16 GR 976 — 19. August 1977: Hans-Joachim Sommer, Schriftsteller, und Christiane Sommer, geb. Fritz, beide Roter Graben 1, Marburg.

Durch notariellen Vertrag vom 7. Juni 1977 ist Gütertrennung vereinbart.

3550 Marburg, 17. 8. 1977 **Amtsgericht**

3858

GR 257 A — **Neueintragung**: Die Eheleute Rentner Georg Egly, 6479 Schotten 1, Schloßstraße 21, und Hedwig Egly, geb. Dambmann, daselbst, haben durch notariellen Vertrag vom 8. 7. 1977 den Güterstand der Gütertrennung vereinbart.

6478 Nidda, 9. 8. 1977 **Amtsgericht**

3859

GR 248 A: Die Eheleute Kaufmann Martin Karl Brühl und Rita Stefanie Brühl, geb. Lamboy, beide wohnhaft in Ransstadt 1, Industriestraße 4, haben durch Ehevertrag vom 1. Juli 1977 — UR 231/77 des Notars Werner Haack, Limburg — Gütertrennung vereinbart.

6478 Nidda, 22. 8. 1977 **Amtsgericht**

3860

GR 209 — **Neueintragung**: Kaufmann Bartholomäus Lüttgen und Maria Martha

Lüttgen, geb. Bernards, 6483 Bad Soden-Salmünster.

Durch Vertrag vom 13. Juli 1977 ist Gütertrennung vereinbart.

6430 Schlüchtern, 19. 8. 1977 Amtsgericht

3861

GR 210 — Neueintragung: Krankenpfleger Gerhard Erich Scharnert und Krankenschwester Christa Scharnert, geb. Schneider, 6483 Bad Soden-Salmünster.

Durch Vertrag vom 8. Juli 1977 ist Gütertrennung vereinbart.

6430 Schlüchtern, 19. 8. 1977 Amtsgericht

3862

GR 595 — 20. 7. 77: Peter Nagy und Monika Maja geb. Stephanska, Thüringer Str. 6, 6054 Rodgau 6.

Durch Erklärung vom 16. Juni 1977 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt, 25. 8. 1977 Amtsgericht

Nachlasssachen**3863**

Hö 5 VI 532/77: Die Verwaltung des Nachlasses der am 20. Mai 1977 verstorbenen, zuletzt in Frankfurt/Main-Höchst, Peter-Bied-Straße 9, wohnhaft gewesenen Berta Helene Kimpel, geb. Horn, wurde angeordnet.

Nachlassverwalter ist der Steuerbevollmächtigte Johann Weil, Waldstraße 15, Eppstein-Ehlhalten.

6230 Frankfurt am Main-Höchst, 18. 8. 1977
Amtsgericht, Abt. Höchst/5

Vereinsregister**3864**

VR 337 — Neueintragung — 23. August 1977: WANDERKAMERADSCHAFT Taunusstein — Bad Schwalbach — Hohenstein mit dem Sitz in Taunusstein.

6208 Bad Schwalbach, 4. 8. 1977
Amtsgericht

3865

VR 429 — Neueintragung — 18. August 1977: LEHRERZENTRUM BERGSTRASSE, Sitz Bensheim.

6140 Bensheim, 18. 8. 1977
Amtsgericht

3866

VR 178 — Massenheimer Tennis-Verein e. V. 77, Hochheim 2.

6203 Hochheim am Main, 19. 8. 1977
Amtsgericht

3867

VR 179 — Hochheimer Kinder- und Elternkreis e. V. in Hochheim/Main.

6203 Hochheim am Main, 19. 8. 1977
Amtsgericht

3868

VR 1065 — 19. 8. 77: Musikverein Rabenau, Sitz des Vereins ist Rabenau.

6300 Lahn-Gießen, 24. 8. 1977
Amtsgericht

3869**Neueintragungen**

VR 856: Der Verein Schützenverein Dorlar 76 in Wetzlar, Stadtteil Dorlar, ist heute unter Nr. 856 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 17. September 1976 errichtet.

6330 Lahn-Wetzlar, 26. 10. 1976
Amtsgericht

VR 880: Der Verein Deutsch-Französische Gesellschaft Krofdorf-Gleiberg in Lahn-Krofdorf-Gleiberg, ist heute unter Nr. 880 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Lahn-Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 3. Mai 1977 errichtet.

6330 Lahn-Wetzlar, 30. 6. 1977
Amtsgericht

VR 881: Der Verein Stadtgruppe Wetzlar, Kleingärtnerverein Brühlsbach, in Lahn-Wetzlar (Brühlsbach), ist heute unter Nr. 881 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Lahn-Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 9. Dezember 1976 errichtet.

6330 Lahn-Wetzlar, 1. 7. 1977
Amtsgericht

VR 882: Der Verein Tennisclub 76 Reiskirchen in Hüttenberg/Reiskirchen ist heute unter Nr. 882 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Lahn-Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 25. September 1976 errichtet.

6330 Lahn-Wetzlar, 29. 6. 1977
Amtsgericht

3870

5 VR 371 — Neueintragung — 19. 8. 1977: MSC Lampertheim, 6840 Lampertheim.

6840 Lampertheim, 19. 8. 1977
Amtsgericht

3871

5 VR 370 — Neueintragung — 19. 8. 1977: Lampertheimer Schwimm-Club, 6840 Lampertheim.

6840 Lampertheim, 19. 8. 1977
Amtsgericht

3872

5 VR 372 — Neueintragung — 19. 8. 1977: Karate Shotokan-Do Viernheim II, 6806 Viernheim.

6840 Lampertheim, 19. 8. 1977
Amtsgericht

3873

5 VR 374 — Neueintragung — 19. 8. 1977: Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung, Region südhessisches Ried, 6843 Biblis.

6840 Lampertheim, 19. 8. 1977
Amtsgericht

3874

5 VR 373 — Neueintragung — 19. 8. 1977: Verein für Hundefreunde Groß-Rohrheim, 6845 Groß-Rohrheim.

6840 Lampertheim, 19. 8. 1977
Amtsgericht

3875

VR 1011 — Neueintragung — 18. August 1977: US-Cavalry Historische Reitgemeinschaft Marburg, Sitz: Marburg.

3550 Marburg, 15. 8. 1977
Amtsgericht

3876

VR 215 — Neueintragung: Bogensportclub Schwalmstadt-Treysa e. V. Sitz: Schwalmstadt-Treysa. Eingetragen am 19. August 1977.

3578 Schwalmstadt, 19. 8. 1977
Amtsgericht

3877

VR 213 — Neueintragung: Jugendblasorchester Schwalmstadt e. V. Sitz: Schwalmstadt, eingetragen am 19. August 1977.

3578 Schwalmstadt, 19. 8. 1977
Amtsgericht

3878

VR 214 — Neueintragung: Schützenverein Görzhain e. V. Sitz: Görzhain. Eingetragen am 19. August 1977.

3578 Schwalmstadt, 19. 8. 1977
Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse**3879**

N 6/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Curt Kühnel, 6432 Heringen, Fuldische Aue 25 alleiniger Inhaber der Fa. Electronologic, steht Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen an am Freitag, dem 21. Oktober 1977, 8.30 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, im Vogelgesang 2a, Sitzungssaal.

6430 Bad Hersfeld, 24. 8. 1977
Amtsgericht

3880

6a N 2/77: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Horst Koch, Waldstraße 21, 6370 Oberursel 4, Inhaber der Fa. Koch-Elektroinstallation, ist mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt sind: Vergütung des Verwalters und MwSt.-Ausgleich: 2532,— DM, Auslagen und MwSt.: 52,40 DM.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 15. 8. 1977
Amtsgericht

3881

2 N 13/73: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Georg Bartmann, Fischfutterfabrik und Fischzucht, Inhaber Winfried und Edith Kramer, Taunusstein 1, ist aufgehoben, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 11. 7. 1977 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 19. 7. 1977 bestätigt wurde.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 3165,— DM festgesetzt.

6208 Bad Schwalbach, 11. 8. 1977
Amtsgericht

3882

81 N 342/75 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Karl Peter Paul, geb. 14. 9. 1921, wohnhaft 6242 Kronberg (Ts.), Altkönigstraße 38, alleinigen Inhabers der Firma Gerüstbau Paul Karl P. Paul, 6000 Frankfurt (M.) 90, Steinbacher Hohl o. Nr., wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Anhörung über die Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Gläubigerausschusses auf den 27. September 1977, 10.45 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt (Main), Gebäude B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung: 20 000,— DM zuzüglich Ausgleich von 5,5% gem. § 4 Abs. 5 Vergütungsverordnung, Auslagen: 2222,— DM inkl. Mehrwertsteuer.

6000 Frankfurt am Main, 10. 8. 1977
Amtsgericht, Abt. 81

3883

81 N 575/75 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Texport H. P. Bild & Krämer oHG, Im Langgewann 7, 6238 Hofheim (Ts.), wird, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 22. Juli 1977 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 29. Juli 1977 bestätigt wurde, hiermit aufgehoben, § 190 KO.

6000 Frankfurt am Main, 16. 8. 1977
Amtsgericht, Abt. 81

3884

81 N 384/77: Über das Vermögen des Fuhrunternehmers Fritz Zander, Grubweg Nr. 5, 6000 Frankfurt (Main), wird heute, am 19. August 1977, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Heribert Garbarsky, Bockenheimer Landstr. 70, 6000 Frankfurt (Main), Tel. 72 18 04.

Konkursforderungen sind bis zum 27. September 1977 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 27. September 1977, 11.15 Uhr, Prüfungstermin am 1. November 1977, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt (Main), Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 27. September 1977 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 19. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 81

3885

81 N 151/77: Über das Vermögen des Kaufmanns Cabel Adler, Holbeinstr. 33, 6000 Frankfurt (Main), wird heute, am 19. August 1977, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. G. Th. Walter, Cronstettenstraße 22, 6000 Frankfurt (Main), Tel.: 55 09 65.

Konkursforderungen sind bis zum 27. Sept. 1977 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 27. September 1977, 12.00 Uhr, Prüfungstermin am 1. November 1977, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt (Main), Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 27. Sept. 1977 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 19. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 81

3886

81 N 390/77: Über den Nachlaß der am 10. 2. 1975 verstorbenen Frau Margot Pauline Netter, geb. Jung, zuletzt wohnhaft in Nordring 63, 6000 Bergen-Enkheim, wird heute, am 19. August 1977, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. G. Th. Walter, Cronstettenstr. 22, 6000 Frankfurt am Main, Tel.: 55 09 65.

Konkursforderungen sind bis zum 20. September 1977 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am 30. September 1977, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt (Main), Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. September 1977 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 19. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 81

3887

N 28/77: Über das Vermögen des Gerhard Münkler, Am Heiligen Berg 9, 6352 Ober-Mörlen 2, ist am 22. Aug. 1977, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Winfried Kolmsee, Zeppelinallee 50, 6000 Frankfurt/Main 90.

Konkursforderungen sind bis zum 31. 10. 1977 dem Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen oder diese im Termin vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in den §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände ist Mittwoch, 5. Okt. 1977, 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Mittwoch, 30. Nov. 1977, 14.00 Uhr, Amtsgericht, Homburger Str. 18, 6360 Friedberg (Hessen), Erdgeschoß, Zimmer 32.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache gesonderte Befriedigung verlangt, dem Konkursverwalter bis zum 30. Sept. 1977 anzeigen.

6360 Friedberg (Hessen), 22. 8. 1977

Amtsgericht

3888

2 N 17/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Industrieaufbau mbH, Biebesheim, wird Gläubigerversammlung bestimmt auf Dienstag, den 13. September 1977, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Oppenheimer Str. 4, Außenstelle, Groß-Gerau, Sitzungssaal, Tiefgeschoß.

Tagesordnung: Entlastung von Gläubigerausschuß und Konkursverwalter, Auflösung des Gläubigerausschusses, Genehmigung des Vertrages vom 29. 7. 1977.

6080 Groß-Gerau, 16. 8. 1977 Amtsgericht

3889

2 N 1/77: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Heinz Meilinger, 6091 Ginsheim-Gustavsburg, wird Schlußtermin bestimmt auf Donnerstag, den 6. Oktober 1977, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Groß-Gerau, Außenstelle, Sitzungssaal, Tiefgeschoß.

Tagesordnung: Abnahme der Schlußrechnung, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, Beschlußfassung über nicht verwertbare Gegenstände, Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 13 665,26 DM, seine Auslagen auf 989,52 DM festgesetzt.

6080 Groß-Gerau, 23. 8. 1977 Amtsgericht

3890

2 N 26/77: Über das Vermögen der Bauunion GmbH u. Co. KG, 6094 Bischofsheim, Kreis Groß-Gerau, gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Bauunion GmbH in Rüsselsheim, diese gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Hans Rodenheber und Adam Enders in Rüsselsheim, wird heute, am 19. 8. 1977, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Gerd Funcke, Bingerstr. 43 B, 6200 Wiesbaden.

Anmeldefrist bis 30. 9. 1977.

Erste Gläubigerversammlung am 27. 9. 1977, um 9.00 Uhr; Prüfungstermin am 24. 11. 1977, um 9.00 Uhr, Amtsgericht, Oppenheimer Str. 4, 6080 Groß-Gerau, Außenstelle, Sitzungssaal, Tiefgeschoß.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 9. 9. 1977.

Postsperrung wird angeordnet.

6080 Groß-Gerau, 19. 8. 1977 Amtsgericht

3891

42 N 110/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Willi Jahn, Baustoff- und Mineralöl-Gesellschaft mbH, Hintertor 21, 6457 Maintal 4, wird Termin zu einer außerordentlichen Gläubigerversammlung und Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderung bestimmt auf Dienstag, den 20. September 1977, 9.00 Uhr, Bau B, I. Stock, Saal 161 B.

Tagesordnung: 1. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen; 2. Sachstandsbericht des Konkursverwalters; 3. Anhörung und Entscheidung über einen noch zu stellenden Antrag auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO). 6450 Hanau, 22. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 42

3892

2 VN 1/77: Der Kaufmann Bernd Ciliox, persönlich haftender Gesellschafter der Firma Ciliox Rohstoffe KG in Mittenaar-Ballersbach, hat am 12. August 1977 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragt.

Vorläufiger Verwalter ist der Rechtsanwalt Hans Günter Kern in 6342 Haiger 1, Bahnhofstraße 29. Gegen den Schuldner ist ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

6348 Herborn, 12. 8. 1977

Amtsgericht

3893

65 N 71/77: Über das Vermögen der Frau Ursula Elli Schwank, geb. Stamm, Ostring Nr. 44, 3501 Fuldaerbrück 1, Inhaberin der im Handelsregister eingetragenen Firma Gepro-Kunststoffe, Inh. Ursula Schwank, ist am 11. Aug. 1977, 14.50 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Ziegler, Ständeplatz 2, 3500 Kassel.

Konkursforderungen sind bis zum 10. 11. 1977 beim Gericht — zweifach — anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 28. Sept. 1977, 12.30 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 22. Nov. 1977, 10.30 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht, Frankfurter Str. 9, 3500 Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß).

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 25. Sept. 1977 anzeigen.

3500 Kassel, 11. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 65

3894

65 N 56/77: Über das Vermögen der Firma Martin Rose KG, Rammelsbergstr. Nr. 10, 3500 Kassel, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Wilhelmine Rose, Oberelsunger Straße 1, Zierenberg, ist am 18. August 1977, um 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Klaus Bechmann, Brüder-Grimm-Platz 4, 3500 Kassel.

Konkursforderungen sind bis zum 30. November 1977 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines

neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 21. September 1977, 12.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 11. Januar 1978, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurter Str. 9, 3500 Kassel, Untergeschoß, Zimmer 023.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 16. September 1977 anzeigen.

3500 Kassel, 18. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 65

3895

3 N 13/77: Im Konkurs über das Vermögen des Bauunternehmers Lothar Langenbach, Am Hohenroth 18, ABlar, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf 7. September 1977, 11.00 Uhr, Zimmer 49, im Amtsgericht in Wetzlar sowie Gläubigerversammlung zur Zwischenrechnungsgeldung des Konkursverwalters und Entgegennahme seines Berichtes anberaumt.

6330 Lahn-Wetzlar, 11. 8. 1977 Amtsgericht

3896

3 N 15/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Fritz Jürgen Muhl, Gartenstraße 6, 6070 Langen, — Aktenzeichen des Amtsgerichts Langen: 3 N 15/76 — soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 380,10 DM.

Davon erhalten die Gläubiger nach § 61, 2 KO mit einer Gesamtforderung von 34 552,— DM eine Quote von 1,1%.

Alle übrigen Gläubiger gehen leer aus. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Gläubiger ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Langen unter Aktenzeichen 3 N 15/76 niedergelegt.

6070 Langen, 24. 8. 1977

Der Konkursverwalter:
Dr. Rosenkranz
sen.
Rechtsanwalt und
Notar

3897

3 N 15/77: Über das Vermögen des Erich Gerhardt, Wingerstraße 24, 6072 Dreieich-Sprendlingen, alleiniger Inhaber der Firma Karl Gerhardt & Sohn, Fliesenfachgeschäft, 6072 Dreieich, ist am 17. August 1977, 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Henner Welker, 6070 Langen, Darmstädter Str. Konkursforderungen sind bis 10. 10. 1977, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung, bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Mittwoch, 28. September 1977, 10.00 Uhr, Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Mittwoch, 26. Oktober 1977, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, Saal Nr. 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den

Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. 9. 1977 anzeigen.

6070 Langen, 17. 8. 1977 Amtsgericht

3898

5 N 3/72: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Farbengroßhandel Lewenz & Dr. Schoeps KG i. L., Winkel/Rhg., eingetragen in HRA 1075, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6220 Rüdeshheim am Rhein, 18. 8. 1977

Amtsgericht

3899

N 18/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinz Cohen, Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Firma „Gebrüder Kaiser“ in Froschhausen, wohnhaft Seligenstädter Straße 82, 6451 Froschhausen, jetzt Seligenstadt, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Montag, den 10. Okt. 1977, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Giselastr. 1, 6453 Seligenstadt, Zimmer 1, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung über nicht verwertbares Vermögen, sowie zur Prüfung von nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 2625,— DM zuzügl. 5,5% MwSt.-Ausgleich, seine Auslagen werden auf 100,— DM zuzügl. 11% MwSt. festgesetzt. 6453 Seligenstadt, 19. 8. 1977 Amtsgericht

3900

1 N 3/75: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Zorn AG, in 3433 Neu-Eichenberg, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Die Vergütung und Auslagen der Mitglieder des Gläubigerausschusses wurden auf 1835,28 DM festgesetzt.

3430 Witzhausen, 17. 8. 1977 Amtsgericht

3901

1 N 2/75: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Tischlermeisters Gustav Lauckner, früher wohnhaft gewesen in 3430 Witzhausen 1, Niesterstr. 8, wird Schlußtermin auf den 3. Oktober 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Saal 121, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 2900,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 300,— DM festgesetzt.

3430 Witzhausen, 18. 8. 1977 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Ge-

bot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzutellen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3902

K 46/76: Die im Grundbuch von Grebenau, Band 4, Blatt 249, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Grebenau, Flur 1, Flurstück 203, Hof- und Gebäudefläche, Größe 7,70 Ar, Gartenland, Im Ort, Größe 1,92 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Grebenau, Flur 7, Flurstück 26, Ackerland, Die Grube, Größe 13,28 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Grebenau, Flur 7, Flurstück 27 5/10 Ackerland, Die Grube, Größe 24,00 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Grebenau, Flur 7, Flurstück 27, Ackerland, Die Grube, Größe 14,21 Ar,

sollen am 9. November 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Amthof 12, Alsfeld, Zimmer 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. März 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Landwirt und Schmied Georg Hölscher und dessen Ehefrau Jutta geb. Ebel, Grebenau — In Gütergemeinschaft —

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

Flur 1 Nr. 203 auf	155 000,— DM,
Flur 7 Nr. 26 auf	2 650,— DM,
Flur 7 Nr. 27 5/10 auf	4 800,— DM,
Flur 7 Nr. 27 auf	2 850,— DM,
insgesamt:	165 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 10. 8. 1977

Amtsgericht

3903

K 30/77: Die im Grundbuch von Heringen, Band 70, Blatt 2144, eingetragene Grundstückshälfte des Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heringen, Flur 9, Flurstück 255/5, Hof- und Gebäudefläche, Friedrich-Ludwig-Jahn-Str., Haus Nr. 14, Größe 6,17 Ar,

soll am 11. November 1977, 9.00 Uhr, im Sitzungssaal der Zivilabteilung im Gebäude Vogelgesang 2a, 1. Stock, Zimmer 103, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Juli 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Autogenschweißer, jetzt Rentner, Karl Schaft in Heringen,

b) dessen Tochter, Frau Gertrud Arbataowski geb. Schaft in Frankfurt/Main-Sossenheim, zu a) und b): in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 16. 8. 1977 Amtsgericht

3904

6a K 90/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Weißkirchen, Band 42, Blatt 1132, eingetragene Grundstück
lfd. Nr. 59, Gemarkung Weißkirchen, Flur 34, Flurstück 326/2, Bauplatz, Mauerfeldstraße, Größe 24,40 Ar,
soll am 26. Oktober 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. Oktober 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Kaufmann Peter Ohlig in Schloßborn/Ts.
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 420 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 8. 8. 1977
Amtsgericht

3905

6a K 62/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Burgholzhausen, Band 39, Blatt 1659, eingetragene Wohnungseigentum
lfd. Nr. 1, 37/Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Burgholzhausen, Flur 9, Flurstück 238/2, Hof- und Gebäudefläche, Rhönstraße 2, 2a, Größe 17,98 Ar,
verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. B 12 im Erdgeschoß Mitte und an dem Keller Nr. 2 jeweils im Gebäude B;
das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in den Blättern 1646 bis 1669) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums ist auf die Teilungserklärung vom 26. 7. 1962 Bezug genommen;

soll am 27. Oktober 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 64 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 12. 8. 77
Amtsgericht

3906

6a K 110/76 — **Beschluß:** Das im Wohnungsgrundbuch von Bad Homburg v. d. Höhe, Band 245, Blatt 7543, eingetragene Wohnungseigentum

lfd. Nr. 1, 297/Zehntausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bad Homburg v. d. H., Flur 19, Flurstück 19/1, Hof- und Gebäudefläche, Hesenring 123, Größe 11,66 Ar,
verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung nebst Abstellraum (Nr. 1.3 des Aufteilungsplanes);
das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen Band 245 Blätter 7536 bis 7552) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums ist auf die Teilungserklärung vom 17. 7./8. 9. 1972 Bezug genommen;

soll am 3. November 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Januar 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Rechtsanwalt und Notar Klaus Ohm, 6096 Raunheim, Mainzer Straße 43.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 60 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 12. 8. 1977
Amtsgericht

3907

6a K 15/77 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Weißkirchen, Band 44, Blatt 1194, eingetragenen ideellen Hälften an den Grundstücken

lfd. Nr. 1, Gemarkung Weißkirchen, Flur Nr. 3, Flurstück 102/28, Hof- und Gebäudefläche, Weißkirchener Straße 61, Größe 2,67 Ar,
lfd. Nr. 2, Gemarkung Weißkirchen, Flur Nr. 3, Flurstück 102/38, Hof- und Gebäudefläche, Weißkirchener Straße, Größe 0,18 Ar,

sollen am 2. November 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut Nr. 10—12, Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. April 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Reinhold Rapp in Frankfurt am Main.
Die Werte der ideellen Hälften der Grundstücke sind wie folgt festgesetzt:
Flurstück 102/28 auf 106 000,— DM,
Flurstück 102/38 auf 3 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 12. 8. 1977
Amtsgericht

3908

6a K 76/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 48 F, Band 60, Blatt 1936, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Verm.-Bez. 48 F, Flur 40, Flurstück 2906, Ackerland, Über der Belzlach, 2. Gew., Größe 15,61 Ar,
soll am 10. November 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Spengler und Installateur Johannes Keller, Hattersheim.
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 16. 8. 1977
Amtsgericht

3909

6a K 10/77 — **Beschluß:** Der im Grundbuch von Gonzenheim, Band 41, Blatt 1151, eingetragene $\frac{1}{4}$ Idealanteil am Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gonzenheim, Flur Nr. 7, Flurstück 60/12, Hof- und Gebäudefläche, Stift-Tepf-Straße, Größe 0,76 Ar,
soll am 17. November 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. Februar 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schilderhersteller Adolf Gloser in Bad Homburg v. d. H.

Der Wert des $\frac{1}{4}$ Idealanteils am Grundstück ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 10 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 18. 8. 1977
Amtsgericht

3910

6a K 58/76 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Oberstedten, Band 32, Blatt 1004, eingetragene ideelle Hälfte am Grundstück lfd. Nr. 2, Gemarkung Oberstedten, Flur Nr. 6, Flurstück 109, Hof- und Gebäudefläche, Pfarrstraße 2, Größe 2,28 Ar,
soll am 9. November 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. Juni 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Maurerpolier Heinrich Guckes, zuletzt wohnhaft in Oberursel-Oberstedten.

Der Wert der ideellen Hälfte des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 45 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 15. 8. 1977
Amtsgericht

3911

5 K 15/77 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Strinz-Margarethä, Band 27, Blatt Nr. 781, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Strinz-Margarethä, Flur 42, Flurstück 92, Hof- und Gebäudefläche, Dorfstraße 3, Größe 4,45 Ar,
lfd. Nr. 2, Gemarkung Strinz-Margarethä, Flur 42, Flurstück 84, Ackerland, Breitwiese, Größe 2,24 Ar,
lfd. Nr. 3, Gemarkung Strinz-Margarethä, Flur 43, Flurstück 10, Ackerland, Auf der Ankerts, Größe 13,64 Ar,

sollen am 30. Januar 1978, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Am Kurpark 12, Bad Schwalbach, Saal 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 4. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Johannette Elisabeth Seelig geb. Hankammer, Wiesbaden,
- Reinhard Friedrich Hankammer, verstorben,
- Albert Hankammer, Frankfurt/M.-Höchst,
- Frieda Hans geb. Hankammer, Wiesbaden-Rambach, in Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 17. 8. 1977
Amtsgericht

3912

61 K 25/77: Die im Grundbuch von Gräfenhausen, Band 46, Blatt 2178, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gräfenhausen, Flur 6, Flurstück 66/16, Lieg.-B. Nr. 1293, Wald (Holzung), Hinter dem Sandberg, Größe 8,22 Ar,
lfd. Nr. 2, Gemarkung Gräfenhausen, Flur 6, Flurstück 68, Lieg.-B. Nr. 1293, Wald (Holzung), Am Kleeberg, Größe 17,12 Ar,

sollen am 23. November 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mathildenplatz 12, Darmstadt, Zimmer 418 (Erdgeschoß), zur

Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. Februar 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Friedrich Schmidt, Weißbindermeister in Gräfenhausen, zu $\frac{1}{2}$,

b) Maria Bender geb. Schmidt in Welterstadt b. Darmstadt, zu $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 7. 6. 1977

Amtsgericht, Abt. 61

3913

31 K 58/76: Das im Grundbuch von Groß-Zimmern, Band 116, Blatt 4493, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Zimmern, Flur 1, Flurstück 553/1, Hof- und Gebäudefläche, Angelstraße 20, Größe 1,75 Ar,

soll am Mittwoch, dem 2. November 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marienstr. Nr. 31, Dieburg, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 27. Juli 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Real- und Kreditfinanz GmbH, Darmstadt.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 215 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin $\frac{1}{10}$ ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 15. 8. 1977

Amtsgericht

3914

3 K 8/77: Das im Grundbuch von Hetzerode, Band 8, Blatt 110, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 5, Gemarkung Hetzerode, Flur 2, Flurstück 23/4, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe 45a, Größe 3,37 Ar,

soll am 3. November 1977, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, Eschwege, Zimmer 121, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. März 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Monique Albrecht geb. Dubert, Kasel,

b) Maurer Gilbert Dubert, Büren-Ringelstein,

c) Solange Sander geb. Dubert, Paderborn-Elsen,

d) Kaufmann Pierre Dubert, Paderborn,

e) Else Dubert geb. Saß, Paderborn-Elsen,

in Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 24. 8. 1977

Amtsgericht

3915

3 K 22/77: Die Miteigentumshälfte an dem im Grundbuch von Eschwege, Band Nr. 193, Blatt 7753, eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eschwege, Flur 47, Flurstück 408/1, Hof- und Gebäudefläche, Grüner Weg 22, Größe 2,35 Ar,

soll am 17. November 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, Eschwege, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. Juni 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Uwe Macher, Eschwege, Grüner Weg 22.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 22. 8. 1977

Amtsgericht

3916

3 K 23/77: Die Miteigentumshälfte an dem im Grundbuch von Eschwege, Band Nr. 193, Blatt 7753, eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eschwege, Flur 47, Flurstück 408/1, Hof- und Gebäudefläche, Grüner Weg 22, Größe 2,35 Ar,

soll am 17. November 1977, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, Eschwege, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. Juni 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Susanne Macher geb. Karasek, Eschwege, Lindenweg 17.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 22. 8. 1977

Amtsgericht

3917

3 K 11/77: Das im Grundbuch von Wanfried, Band 86, Blatt 3028, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wanfried, Flur 25, Flurstück 13/1, Hof- und Gebäudefläche, An der Mühlhäuser Straße, Größe 15,71 Ar,

soll am 10. November 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, Eschwege, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. April 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Maurermeister Willy Thomas, Mühlhäuser Straße 6, 3442 Wanfried.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 19. 8. 1977

Amtsgericht

3918

84 K 218/76: Das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 32, Band 244, Blatt 7908, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 536, Flurstück 2/1, Hof- und Gebäudefläche, Vogelweidstraße 11—13, Größe 8,44 Ar,

soll am Freitag, dem 11. November 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, Frankfurt (Main), Zimmer 260 II. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 8. 1976 (Versteigerungsvermerk):

Dipl.-Ing. Wolf Weese in Kronberg (Ts.).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 350 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 11. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 84

3919

84 K 429/76: Das im Wohnungsgrundbuch von Frankfurt (Main), Abt. Höchst, Bezirk Höchst, Band 68, Blatt 1892, eingetragene Teileigentum

lfd. Nr. 1, 1/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung 57, Flur 10, Flurstück 694/36, Hof- und Gebäudefläche, Kurmainzer Str. Nr. 62, Größe 1,37 Ar,

Flurstück 694/37, Hof- und Gebäudefläche, Kurmainzer Str. 62, Größe 0,98 Ar,

Flurstück 694/38, Hof- und Gebäudefläche, Kurmainzer Str. 62, Größe 5,94 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage G 8 im Hofe des Anwesens

und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 1871—1892),

soll am Montag, dem 30. Januar 1978, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B des Amtsgerichts, Gerichtsstraße 1, Frankfurt am Main, Zimmer 137, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. November 1976 (Versteigerungsvermerk):

Ing. Gernot Alisch, Frankfurt am Main.

Der Wert des Teileigentums ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 12. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 84

3920

84 K 100/77: Das im Grundbuch von Niederhofheim des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 24, Blatt 656, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Niederhofheim, Flur 1, Flurstück 395, Hof- und Gebäudefläche, Ober dem Mühweg, Nach der Heide, Größe 2,63 Ar,

Flur 1, Flurstück 382/1, Hof- und Gebäudefläche, Brunnenstraße, Größe 0,24 Ar,

soll am 4. Januar 1978, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, Zimmer 137, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 4. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rudolf Baumeister, Liederbach.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 125 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 15. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 84

3921

K 34/74: Das im Grundbuch von Mörlenbach, Band 27, Blatt 1319, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mörlenbach, Flur Nr. 4, Flurstück 55/10,

soll am Donnerstag, 20. Oktober 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth Odw. durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am a) 14. 11. 74 und b) 2. 1. 75 (Tage der Versteigerungsvermerke):

zu a) Lorenz Paul Heckmann, Mörlenbach, zu $\frac{1}{2}$,

zu b) Elly Heckmann geb. Schubert, Mörlenbach, zu $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 19. 8. 1977

Amtsgericht

3922

K 123, 124/76 — Beschluß: Das im Grundbuch von Meerholz, Band 57, Blatt 1457, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Meerholz, Flur 16, Flurstück 343, Hof- und Gebäudefläche, Odenwaldstraße 10, Größe 8,87 Ar,

soll am Freitag, dem 11. November 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Philipp-Reis-Straße 9, Gellinhausen, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. November 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elektrotechniker Horst Thoms und Marianne Thoms geb. Böhm, Wilhelmstr. 47, Dudenhofen — je zu 1/2 Anteil —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 87 655,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 19. 8. 1977 Amtsgericht

3923

K 140/74 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Hellstein, Band 20, Blatt 459, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 6, Gemarkung Hellstein, Flur 1, Flurstück 224, Ackerland, Im Buxgarten, Größe 15,30 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Hellstein, Flur 2, Flurstück 122, Grünland, In der Eisenkaut, Größe 26,95 Ar,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Hellstein, Flur 2, Flurstück 121, Grünland, Hutung, In der Eisenkaut, Größe 194,78 Ar,

lfd. Nr. 16, Gemarkung Udenhain, Flur Nr. 23, Flurstück 3, Grünland, In der Eisenkaut, Größe 22,14 Ar,

lfd. Nr. 17, Gemarkung Hellstein, Flur 1, Flurstück 216, Wasserfläche, Größe 88,94 Ar, Fischteiche, Hof- und Gebäudefläche, Bachwiesen, Größe 0,56 Ar,

lfd. Nr. 27, Gemarkung Hellstein, Flur 1, Flurstück 220/1, Weg, Am Rüttstein, Größe 16,99 Ar,

lfd. Nr. 28, Gemarkung Hellstein, Flur 1, Flurstück 215, Ackerland, Am Rüttstein, Größe 92,58 Ar, Hutung, Am Rüttstein, Größe 12,00 Ar, Wasserfläche, Am Rüttstein, Größe 4,10 Ar,

lfd. Nr. 29, Gemarkung Hellstein, Flur 1, Flurstück 214, Grünland, Obstbaumstück, Am Rüttstein, Größe 67,48 Ar, Hutung, Am Rüttstein, Größe 18,80 Ar, Unland, Am Rüttstein, Größe 9,60 Ar,

lfd. Nr. 30, Gemarkung Hellstein, Flur 1, Flurstück 217, Wasserfläche, Teiche, Am Rüttstein, Größe 37,50 Ar,

sollen am Freitag, dem 4. November 1977, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Philipp-Reis-Straße 9, Gelnhausen, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. Januar 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dr. med. Richard Netter in Frankfurt am Main.

Der Wert der Grundstücke ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für:

Flur 1, Flurstück 224 auf	1683,— DM,
Flur 2, Flurstück 122 auf	3234,— DM,
Flur 23, Flurstück 121 auf	23 373,60 DM,
Flur 1, Flurstück 216 auf	2657,— DM,
Flur 1, Flurstück 220/1 auf	617 025,40 DM,
Flur 1, Flurstück 215 auf	13 592,— DM,
Flur 1, Flurstück 214 auf	27 320,— DM,
Flur 1, Flurstück 214 auf	11 505,66 DM,
Flur 1, Flurstück 217 auf	4 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 10. 8. 1977 Amtsgericht

3924

K 26/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Lanzingen, Band 20, Blatt 464, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lanzingen, Flur 9, Flurstück 21, Hof- und Gebäudefläche, Alte Hauptstraße 40, Größe 6,40 Ar, Ackerland, daselbst, Größe 16,62 Ar,

soll am Freitag, dem 21. Oktober 1977, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Philipp-Reis-Straße 9, Gelnhausen, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. März 1976 und am 13. April 1976 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Kaufmann Heinz Hartmann, Biebergemünd-Lanzingen, und Rita Hartmann geb. Döring, Untergasse 36, 6466 Gründau 3 — je zu 1/2 Anteil —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 194 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 17. 8. 1977 Amtsgericht

3925

42 K 106/75 und 171/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Erbstadt, Band 29, Blatt 1018, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Erbstadt, Flur 4, Flurstück 196, Hof- und Gebäudefläche, Wetterauer Straße 10, Größe 0,21 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Erbstadt, Flur 4, Flurstück 197/1, Hof- und Gebäudefläche, Wetterauer Straße 10, Größe 2,91 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Erbstadt, Flur 4, Flurstück 198/1, Hof- und Gebäudefläche, Wetterauer Straße 10, Größe 4,79 Ar,

am 27. 10. 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, Hanau 1, Zimmer 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 9. 1975 bzw. 19. 1. 1976 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Herbert Berg, verstorben am 30. 12. 1970,

b) dessen Ehefrau Marie geb. Mühle, Steinbach/Ts. — je zu 1/2 —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 169 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 19. 8. 1977 Amtsgericht, Abt. 42

3926

42 K 31/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Bruchköbel, Band 128, Blatt 4458, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bruchköbel, Flur 5, Flurstück 143/6, Hof- und Gebäudefläche, Haagstraße 14, Größe 7,37 Ar,

am 25. 10. 1977, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, Zimmer 161 B, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 3. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Nagelschmidt in Bruchköbel.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 202 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 18. 8. 1977 Amtsgericht, Abt. 42

3927

42 K 5/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Roßdorf, Band 40, Blatt 1395, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 5, Gemarkung Roßdorf, Flur 15, Flurstück 40/2, Hof- und Gebäudefläche, Falltorstr. 2, Größe 6,56 Ar,

am 8. 11. 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau 1, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 2. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Walter Keim in Bruchköbel.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 124 250,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 24. 8. 1977 Amtsgericht, Abt. 42

3923

64 K 121/77: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Wehlheiden, Band 91, Blatt 2483, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehlheiden, Flur L, Flurstück 14/8, Lieg.-B. 2128, Hof- und Gebäudefläche, Eberhard-Wilder-muth-Str. 7, Größe 2,61 Ar,

soll am 25. 10. 1977, 11.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Frankfurter Str. 9, Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer dieser Miteigentumshälfte am 3. 8. 1977 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Karl Michl, Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 16. 8. 1977 Amtsgericht, Abt. 64

3929

64 K 80/76: Das im Grundbuch von Niederkaufungen, Band 71, Blatt 2470, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederkaufungen, Flur 5, Flurstück 81/8, Bauplatz, Steinweg, Größe 8,28 Ar,

soll am 26. Oktober 1977, 10.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Frankfurter Str. 9, Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 4. 1976 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Architekt Herbert Schenk, Vellmar 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 12. 8. 1977. Amtsgericht, Abt. 64

3930

64 K 98/77: Das im Grundbuch von Wehlheiden, Band 12, Blatt 288, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehlheiden, Flur F, Flurstück 363/23, Lieg.-B. 168, Hof- und Gebäudefläche, Tischbeinstraße 125, Größe 3,23 Ar,

soll am 15. November 1977, 11.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Frankfurter Str. 9, Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. Juni 1977 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Multhoff, Linda, geb. Kühnemann, Kassel-Oberzwehren,

b) Zahn, Wolfgang, Kaufmann, Kassel,

c) Zahn, Heinrich, Kaufmann, Kassel,

— in Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 12. 8. 1977 Amtsgericht, Abt. 64

3931

9 K 104/76 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Eppstein/Ts., Band 34, Blatt 1145 bis 1150, eingetragenen Wohnungseigentumsrechte

1. Wohnungseigentumsgrundbuch von Eppstein, Band 34, Blatt 1145, Grundstücksbezeichnung:

lfd. Nr. 1, 140/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Eppstein, Flur 6, Flurstück 716/1, Hof- und Gebäudefläche, Größe 5,25 Ar, Gartenland (Obst-

bäume), Größe 6,97 Ar, Laubwald (Holzung), Staufstraße, Größe 5,60 Ar, Flur 6, Flurstück 728/5, Hofraum, Staufstraße, Größe 0,33 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Buchstaben „A“ bezeichneten Wohnhaus,

2. Wohnungseigentumsgrundbuch von Eppstein, Band 34, Blatt 1146, Grundstücksbezeichnung wie unter Nr. 1,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit dem Buchstaben „B“ bezeichneten Terrassenbungalow,

3. Wohnungseigentumsgrundbuch von Eppstein, Band 34, Blatt 1147, Grundstücksbezeichnung wie unter Nr. 1,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Buchstaben „C“ bezeichneten Terrassenbungalow,

4. Wohnungseigentumsgrundbuch von Eppstein, Band 34, Blatt 1148, Grundstücksbezeichnung wie unter Nr. 1,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Buchstaben „D“ bezeichneten Terrassenbungalow

5. Wohnungseigentumsgrundbuch von Eppstein, Band 34, Blatt 1149, Grundstücksbezeichnung wie unter Nr. 1,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit dem Buchstaben „E“ bezeichneten Terrassenbungalow,

6. Wohnungseigentumsgrundbuch von Eppstein, Band 34, Blatt 1150,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit dem Buchstaben „F“ bezeichneten Terrassenbungalow

sollen am Mittwoch, dem 2. November 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Nebengebäude, Georg-Pingler-Str. 19, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerinnen am 12. 8. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. die Firma Stauf-Terrassenhaus GmbH & Co. KG, Immobilienreuhändler, 6000 Frankfurt/M., Roßmarkt 9, vertreten durch

a. Firma IWE Immobilienanlagen Gesellschaft für Wohnungseigentum mbH u. Co. KG, diese vertreten durch Firma Immobilien-Anlagengesellschaft für Wohnungseigentum mbH, diese vertreten durch Frau Gertrud Schneider, Frankfurt/M., Roßmarkt 9, als Geschäftsführerin,

b. Firma Stauf-Terrassenhaus GmbH, vertreten durch Frau Gertrud Schneider, Frankfurt/M. — Liquidator —,

2. Firma IWE-Immobilienanlagen Gesellschaft für Wohnungseigentum mbH u. Co. KG., Frankfurt/M., Roßmarkt 9, vertreten durch Firma Immobilienanlagen Gesellschaft für Wohnungseigentum mbH, vertreten durch Frau Gertrud Schneider, Geschäftsführerin.

Die Werte der Wohnungseigentumsrechte werden nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

- zu 1: Blatt 1145 = 248 560,15 DM,
- zu 2: Blatt 1146 = 246 120,15 DM,
- zu 3: Blatt 1147 = 268 500,15 DM,
- zu 4: Blatt 1148 = 267 840,15 DM,
- zu 5: Blatt 1149 = 269 061,15 DM,
- zu 6: Blatt 1150 = 270 561,15 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6210 Königstein im Taunus, 13. 7. 1977

Amtsgericht

3932

42 K 16/77 — Beschluß: Die im Grundbuch von a) Allendorf/Lda., Band 40, Blatt Nr. 1476, b) Climbach, Band 10, Blatt 285,

c) Treis/Lda., Band 53, Blatt 1719, eingetragenen Grundstücke

zu a):

lfd. Nr. 2, Gemarkung Allendorf/Lda., Flur 26, Flurstück 1/1, Lieg.-B. 31, Ackerland (tlw. Obstb.), Die Kaulsbirke, Größe 34,58 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Allendorf/Lda., Flur 26, Flurstück 2/1, Ackerland, daselbst, Größe 5,44 Ar,

zu b):

lfd. Nr. 26, Gemarkung Climbach, Flur 1, Flurstück 241, Lieg.-B. 19, Grünland, Die Saulache, Größe 34,00 Ar, Ackerland, daselbst, Größe 9,38 Ar,

lfd. Nr. 27, Gemarkung Climbach, Flur 2, Flurstück 20, Ackerland, Grünland, Größe 7,40 Ar, Ackerland, Rechter Hand am Bornweg, Größe 10,85 Ar,

lfd. Nr. 28, Gemarkung Climbach, Flur 2, Flurstück 76, Ackerland, Linker Hand des Busecker Wegs, Größe 29,09 Ar,

zu c):

lfd. Nr. 1, Gemarkung Treis/Lda., Flur 14, Flurstück 119, Lieg.-B. 147, Grünland, Vor dem Pfarrwald, Größe 35,30 Ar,

sollen am 8. 12. 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gutfleischstraße 1, Lahn-Gießen, Zimmer 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 3. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Zimmermann Wilhelm Werner Burk in Climbach.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

- für Flur 26, Nr. 1/1 auf 2420,— DM,
- für Flur 26, Nr. 2/1 auf 388,— DM,
- für Flur 1, Nr. 241 auf 4904,— DM,
- für Flur 2, Nr. 20 auf 1278,— DM,
- für Flur 2, Nr. 76 auf 2909,— DM,
- für Flur 14, Nr. 119 auf 1765,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Lahn-Gießen, 23. 8. 1977 Amtsgericht

3933

42 K 52/76 — Beschluß: Das im Grundbuch von Steinbach, Band 53, Blatt 1880, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Steinbach, Flur 7, Flurstück 534, Lieg.-B. 1285, Hof- und Gebäudefläche, Albacher Weg 9, Größe 8,80 Ar,

soll am 16. 12. 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gutfleischstraße 1, Lahn-Gießen, Zimmer 208, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 6. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Walter Kump in Gießen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 179 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Lahn-Gießen, 23. 8. 1977 Amtsgericht

3934

3 K 6/77: Die im Wohnungsgrundbuch von Wetzlar, Band 200, a) Blatt 7136, b) Blatt 7138, c) Blatt 7141, eingetragenen Wohnungseigentumsrechte, bestehend aus Miteigentumsanteil und Sondereigentum zu a):

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, 788/10 000 (i. W. siebenhundertachtundachtzig/Zehntausendstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Wetzlar, Flur 11, Flurstück 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Philosophenweg Nr. 36, Größe 10,84 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 4 a bezeichneten Wohnung im Dachgeschoß; die

Wohnfläche beträgt 54 qm; Wert: 51 000,— Deutsche Mark,

zu b):

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, 1400/10 000 (i. W. eintausendvierhundert/Zehntausendstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Wetzlar, Flur 11, Flurstück Nr. 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Philosophenweg 36, Größe 10,84 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 5 a bezeichneten Wohnung im Dachgeschoß; die Wohnfläche beträgt 98 qm; Wert: 91 000,— Deutsche Mark,

zu c):

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, 629/10 000 (i. W. sechshundertneunundzwanzig/Zehntausendstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Wetzlar, Flur 11, Flurstück Nr. 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Philosophenweg 36, Größe 10,84 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 8 bezeichneten Wohnung im Dachgeschoß; die Wohnfläche beträgt 42 qm; Wert: 41 000,— Deutsche Mark,

sollen am 9. November 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wertherstraße 2, Wetzlar, Zimmer 49, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. Februar 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Josef Karl Günter Bersch, dessen Ehefrau Ursula geb. Schäfer, Lollar, — zu je 1/2 —, jetzt in Münchholzhausen.

Beschluß: Die Werte der Wohnungseigentumsrechte (Miteigentumsanteil + Sondereigentum) werden nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgerechlichen Schätzung vom 11. 5. 1977 gegenüber allen Verfahrensbeteiligten auf die angegebenen Beträge.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Lahn-Wetzlar, 16. 6. 1977 Amtsgericht

3935

7 K 47/76 — 7 K 65/76: Die im Grundbuch von Limburg, Band 138, Blatt 4282, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Limburg, Flur 25, Flurstück 122, Hof- und Gebäudefläche, Fleischgasse 18, Größe 0,62 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Limburg, Flur 25, Flurstück 134, Gebäudefläche, Fleischgasse Nr. 20, Größe 0,23 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Limburg, Flur 25, Flurstück 184/121, Hof- und Gebäudefläche, Fleischgasse, Größe 0,37 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Limburg, Flur 25, Flurstück 188/123, Gebäudefläche, Fleischgasse, Größe 0,02 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Limburg, Flur 25, Flurstück 121/1, Hof- und Gebäudefläche, Fleischgasse 18, Größe 0,76 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Limburg, Flur 25, Flurstück 121/1, Hofraum, Fleischgasse, Größe 0,01 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 26. Oktober 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schiede Nr. 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. August 1976, 13. und 22. Dezember 1976 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Klaus Schömb, geb. 24. 4. 1942, Limburg, Fleischgasse 18—22.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

- Grundstück Nr. 1 auf 180 791,20 DM,
- Grundstück Nr. 2 auf 9 263,05 DM,
- Grundstück Nr. 3 auf 5 272,00 DM,
- Grundstück Nr. 4 auf 4 406,80 DM,

Grundstück Nr. 5 auf 167 870,60 DM,
Grundstück Nr. 6 auf 313,60 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 18. 8. 1977
Amtsgericht

3936

K 66/75: Die im Grundbuch von Reichelsheim, Band 35, Blatt 1495, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Reichelsheim, Flur 11, Flurstück 110/1, Grünland, Zwischen dem Gumpener Weg und der Bach, Größe 7,77 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Reichelsheim, Flur 11, Flurstück 118/1, Hof- und Gebäudefläche, Heidelberger Str. 84, Größe 4,69 Ar, Unland, Heidelberger Str. 84, Größe 2,79 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Klein-Gumpen, Flur 1, Flurstück 49/7, Ackerland, Oberm Stück am Eichberg, Größe 6,52 Ar,

sollen am 20. Oktober 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Erbacher Str. 47, Zimmer Nr. 128, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 8. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Adam Alfred Weimar.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a ZVG festgesetzt:

lfd. Nr. 1 auf	777,— DM,
lfd. Nr. 7 auf	283 825,— DM,
lfd. Nr. 11 auf	1956,— DM.
insgesamt:	286 558,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6120 Michelstadt, 19. 7. 1977
Amtsgericht

3937

7 K 122/76: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Dietzenbach, Band 208, Blatt 7491, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dietzenbach, Flur 10, Flurstück 193, LB 4155, Bauplatz, Talstraße 23—35, Größe 163,44 Ar,

am 22. 11. 1977, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Geb. D, Luisenstr. 16, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 7. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Inter-Wohnungsbau Hermann Scherer KG.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2,2 Mill. DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 16. 8. 1977
Amtsgericht

3938

7 K 241/76: Durch Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Offenbach (Main), Band 261, Blatt 7686, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach, Flur 4, Flurstück 268/1, LB 1686, Hof- und Gebäudefläche, An der Bettinastraße, Größe 2,89 Ar,

lfd. Nr. 2, Flurstück 268/2, Hof- und Gebäudefläche, Bettinastr. 68, Größe 4,19 Ar, am 10. 11. 1977, um 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Geb. D, Luisenstraße 16, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 2. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Karl-Heinz Reese, Offenbach (Main), i. K.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:
Flurstück 268/1 = 292 000,— DM,
Flurstück 268/2 = 375 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 11. 8. 1977
Amtsgericht

3939

K 4/77 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Bebra, Band 37, Blatt 1268, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bebra, Flur 4, Flurstück 160/18, Hof- und Gebäudefläche, Gilfershäuser Str. 31, Größe 13,25 Ar,

soll am 11. November 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weidenberggasse 1, 6442 Rotenburg a. d. F., Großer Sitzungssaal, auf Antrag des Kaufmanns Georg Kniest, Lindenstr. 6, in 6444 Wildeck, Hess. 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 2. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Schlossermeister Georg Wettlaufer in Bebra — zur Hälfte —,

b) Schlossermeister Georg Wettlaufer in Bebra, Gilfershäuser Str. 31,

c) Schlossermeister Heinz Helfer in Bebra, Gilfershäuser Str. 31,

d) Hausfrau Waltraud Heck geb. Helfer in Bebra, Gilfershäuser Str. 31, — zu b) bis d) in ungeteilter Erbengemeinschaft — zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 18. 8. 1977
Amtsgericht

3940

K 16/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am Montag, dem 24. Oktober 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Giselastraße 1, Seligenstadt, Saal 1, versteigert werden:

1. der im Wohnungsgrundbuch von Hainhausen, Band 32, Blatt 1247, eingetragene 22,67/1000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. F 31 bezeichneten Wohnung,

2. der im Wohnungsgrundbuch von Hainhausen, Band 32, Blatt 1259, eingetragene 22/1000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. H 43 bezeichneten Wohnung,

3. der im Wohnungsgrundbuch von Hainhausen, Band 32, Blatt 1260, eingetragene 22/1000 Miteigentumsanteil,

Preußischer Adler und Hessischer Löwe

Dokumentarischer Rückblick auf die hundertjährige wechselvolle Vergangenheit des Regierungsbezirks Wiesbaden
Von Regierungspräsident Dr. Müller †

Als Geschenk empfohlen!

Umfang 440 Seiten und 48 Seiten Abbildungen auf Kunstdruckpapier im Format 17 × 23,7 cm. 1/2-Leinendecke mit Gold- und Farbprägung. Mehrfarbiger Schutzumschlag, zweiseitig cellophanliert. Preis 24,50 DM (zuzügl. Verpackung und 5,5% MwSt.).



Bestellungen durch Ihre Buchhandlung oder beim Verlag
Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG.
62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon: Sammelnummer 3 96 71

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. H 44 bezeichneten Wohnung,

4. der im Wohnungsgrundbuch von Hainhausen, Band 32, Blatt 1263, eingetragene 22/1000 Miteigentumsanteil,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. H 47 bezeichneten Wohnung,

an dem Grundstück, Gemarkung Hainhausen, Flur 4, Flurstück 273/1, Hof- und Gebäudefläche, Wilhelm-Leuschner-Str. 34, Größe 47,35 Ar.

Eingetragener Eigentümer am 28. 4. 1976 (Versteigerungsvermerk):

Steuerbevollmächtigter Wolfgang Ludwig in Erlensee II.

Der Wert der Miteigentumsanteile ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

Zu 1: 95 000,— DM,
zu 2: 94 000,— DM,
zu 3: 96 000,— DM,
zu 4: 96 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 17. 8. 1977 **Amtsgericht**

3941

61 K 138/76 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Blatt 7412, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung WI-Außen, Flur Nr. 29, Flurstück 1128/68, Hofraum, Klingingerstraße 4, Größe 1,73 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung WI-Außen, Flur Nr. 29, Flurstück 67/1, Hof- und Gebäudefläche, Klingerstr. 4, Größe 3,64 Ar,

sollen am 2. November 1977, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eigentümerin:

Frau Elisabeth genannt Elli Kimmel, geb. Bender, in Wiesbaden, als Vorerbin.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 = 52 600,— DM,

lfd. Nr. 2 = 489 400,— DM,

zusammen = 542 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 11. 8. 1977

Amtsgericht, Abt. 61

Andere Behörden und Körperschaften

Öffentliche Auslegung der Haushaltssatzung für das Jahr 1978 des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel

Gemäß § 97 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. I S. 103), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Mai 1973 (GVBl. I S. 161) wird der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 1978 in der Zeit vom 5. bis 13. September 1977 während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel, 3500 Kassel, Knorrstraße 30, öffentlich ausgelegt.

3500 Kassel, 23. 8. 1977

Kommunales Gebietsrechenzentrum Kassel
Der Direktor
gez. Willi Haas

während der Dienststunden (Montag bis Freitag von 8 Uhr bis 16 Uhr) zur Einsichtnahme durch die Versicherungsnehmer oder deren Beauftragte aus.

3500 Kassel, 24. 8. 1977

Hessische Brandversicherungsanstalt
Der Direktor

TECHNISCHER ÜBERWACHUNGS-VEREIN HESSEN E. V.

EINLADUNG

zur ordentlichen Mitgliederversammlung

am Dienstag, dem 18. Oktober 1977, um 9.30 Uhr in der Jahrhunderthalle, Frankfurt am Main-Höchst, Pfaffenwiese, Gästeraum 6

Tagesordnung

1. Bericht über die Tätigkeit des TÜV im Geschäftsjahr 1976
2. Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1976 unter Vorlegung der Berichte der Buch- und Rechnungsprüfer
3. Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 1976
4. Voranschlag und Beschlußfassung für das Geschäftsjahr 1977
5. Wahlen zum Vorstand
6. Wahl von Rechnungsprüfern
7. Schriftliche Anträge aus Mitgliederkreisen
8. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Vorstandes
gez. Dipl.-Ing. Voltz

Hessische Brandversicherungsanstalt Kassel

Bekanntmachung

Der Rechnungsabschluß 1976 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) ist im Bundes-Anzeiger Nr. 150/1977 Seite 29/31 am 13. August 1977 veröffentlicht.

Der vollständige Geschäftsbericht liegt bei der Hessischen Brandversicherungsanstalt — Allgemeine Abteilung — in Kassel, Kölnische Straße 44/46, I. Stock, Zimmer 103, sowie bei ihren Rentereien — Kreisgeschäftsstellen — in

Eschwege, Bismarckstraße 15; Frankenberg/Eder, Bahnhofstraße 23; Fritzlar, Gießener Straße 18; Fulda, Heinrichstraße 10; Gelnhausen, Röther Gasse 33; Hanau, Römerstr. 17; Bad Hersfeld, Linggplatz 17; Hofgeismar, Bahnhofstraße 25¹/₄; Hünfeld, Niedertor 5; Kirchhain, Brießelstraße 2; Korbach, Professor-Bier-Straße 9; Marburg/Lahn, Deutschhausstr. 28; Melsungen, Vorstadt 5; Rotenburg/Fulda, Obertor 8; Schlüchtern, Wassergasse 4; Schwalmstadt 2, Landgraf-Philipp-Straße 23; Witzenhausen, Südbahnhofstraße 11; Wolfhagen, Schützeberger Straße 15;

Öffentliche Ausschreibungen

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Ausbau und Verlegung der K 68 in der OD Alheim OT Baumbach, Kreis Hersfeld-Rotenburg, zwischen km 0,003 und km 0,362 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

ca. 8 000 cbm	Erdarbeiten
ca. 1 000 cbm	Frostschutzmaterial
ca. 2 250 qm	Asphalttragschicht, Körnung 0/32, 230 kg/qm
ca. 2 250 qm	Teerasphaltbeton, Körnung 0/11, 100 kg/qm
ca. 430 qm	Teerasphaltbeton, Körnung 0/11, 75 kg/qm und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 105 Werktage (netto).

Blefer müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 16. 9. 1977 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 40,— DM für zwei Ausfertigungen schriftlich anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 6753-609, BLZ 500 100 60 oder bei der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 1000 205, BLZ 532 500 40, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 30. September 1977, 10.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19, Zimmer Nr. 412. Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bleter bzw. Bevollmächtigte zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist: 31. Oktober 1977.

6430 Bad Hersfeld, 22. 8. 1977

Hessisches Straßenbauamt

Schotten: Die Bauleistungen für L 3141, Ausbau zw. Schlitz ST Nd.-Stoll und Schlitz, von Str.-km 2+300 bis 4+680, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 16 100 qm Asphaltbeton einbauen 0/11
- 5 000 cbm Boden lösen
- 1 000 cbm Boden liefern
- 2 500 t Felsgestein einbauen
- 2 500 t Abraumschotter
- 2 000 t Steinerde
- 1 900 m Sickerleitung verlegen
- 500 m Betonrohrleitung verlegen
- 13 500 t Frostschuttschicht aus gebrochenem Naturstein oder entsprechendem Kiesmaterial
- 3 250 t Bit. Tragschicht 0/32
- 12 300 qm Asphaltbinder einbauen 0/16
- 25 cbm Beton Bn 350

Bauzeit: 210 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 13. 9. 77 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 26,— DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, PSchKonto Frankfurt Nr. 39 312 mit Angaben der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 20. September 1977, um 11.00 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.

Zuschlags- und Bindefrist: 8. November 1977.

6479 Schotten, 25. 8. 1977

Hessisches Straßenbauamt

Frankfurt: Die Arbeiten zur Erstellung des Brückenbauwerkes K 517 — UF der L 3008 — im Zuge der B 521 im Abschnitt Bergen-Enkheim—Niederdorfelden, bei Bau-km 8,0+97,54, sollen vergeben werden.

Das Bauwerk ist ca. 27,00 m lang, 15,25 m breit und von OK unterföhrt L 3008 bis OK Fahrbahnplatte ca. 6,10 m hoch. Der Überbau ist eine Einfeld-Tragkonstruktion, als 3stegiger Plattenbalkenquerschnitt konzipiert und in Längsrichtung beschränkt vorgespannt.

Auszuföhren sind alle erforderlichen Arbeiten.

Die Bauzeit beträgt ca. 10 Monate.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Bundesministers für Verkehr (BwB — StB 76) erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 12. 9. 1977 anzufordern. Der Versand der Blankette erfolgt am 16. 9. 1977.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für die erforderlichen Ausfertigungen in Höhe von 40,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist der Anforderung beizufügen.

Einzahlungen sind bei der Staatskasse Frankfurt/M. PSchKonto Nr. 6821 beim PSA Frankfurt/Main mit der Angabe: „Bauwerk K 517“ zu tätigen.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 18. 10. 1977 im Straßen-Neubauamt Untermain, Münchener Straße 34, Frankfurt/Main.

Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter oder deren Bevollmächtigte zugelassen.

Die Zuschlags- und Bindefrist läuft am 25. 11. 1977 ab.

6000 Frankfurt am Main, 26. 8. 1977

Straßen-Neubauamt Untermain

Frankfurt: Die Stiftung Friedrichsheim, Orthopädische Universitätsklinik, baut in Frankfurt/M.—Niederrad, Marienburgstr. 2, einen neuen Operationstrakt.

Umbauter Raum ca. 17 000 cbm. Die Konstruktion besteht aus Stahlbetonskelett im Raster von 6 x 6 m mit Unterzügen in einer Richtung. Teilweise Mauerwerk, Treppenhäuser in Stahlbeton. Zur Ausschreibung gehört die komplizierte Überbauung eines alten gemauerten städtischen Vorflut-Entwässerungskanal.

Mit den Arbeiten soll noch im Herbst ds. Jahres begonnen werden.

Bewerbungen um Angebotsunterlagen mit Nachweisen über ausgeführte ähnlich große Objekte sind bis 15. 9. 1977 an die unterzeichnete Gesellschaft zu richten.

Quittung über die Einzahlung einer Gebühr von 80,— DM (m. MwSt.) auf das PSchKonto 826 17-603 Frankfurt am Main ist beizufügen.

Die Unterlagen werden am 21. 9. 1977 durch die Post aufgegeben.

Die Vergabe erfolgt im Namen und für Rechnung der Stiftung Friedrichsheim.

Eröffnungstermin: 12. Oktober 1977, 10.00 Uhr, in Frankfurt/M., Gutleutstraße 40, 1. Stock.

6000 Frankfurt am Main, 2. 9. 1977

Frankfurter Aufbau AG

Gutleutstr. 40, Postfach 16 340, 6000 Frankfurt/M. 1

Frankfurt: Vergabe von Leistungen zur Herstellung von sechs Förderbrunnen im Gewinnungsgebiet Salz (Vogelsberg).

Der Wasserverband Kinzig beabsichtigt, in den Gemarkungen Salz und Radmühl der Gemeinde Freiensteinau für die Wassergewinnung sechs Förderbrunnen herzustellen.

Die Brunnen sind ca. 80 bis 150 m tief. Insgesamt handelt es sich um ca. 750 fallende Bohrmeter im Basalt und Basaltuff mit Enddurchmesser 850 mm.

Qualifizierte, leistungsfähige Unternehmungen, die an dieser Ausschreibung teilzunehmen wünschen, können die Ausschreibungsunterlagen bis spätestens 12. September 1977 anfordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM (m. MwSt.), die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung an der Kasse der Frankfurter Aufbau AG, Gutleutstraße 40, 6000 Frankfurt/M. 1, oder auf das PSchKonto 826 17-603 Frankfurt/Main, mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin: 27. September 1977, 10.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Gutleutstraße 40, 1. Stock.

Zuschlags- und Bindefrist: 3 Monate.

6000 Frankfurt am Main, 3. 9. 1977

Frankfurter Aufbau AG

Gutleutstraße 40, Postfach 16 340, 6000 Frankfurt/M. 1

Hanau: Die Bauleistungen für den Ausbau der Landesstraße 3009 von Nidderau, Stadtteil Ostheim, nach Hammersbach, Ortsteil Marköbel, von Bau-km 0,000 (Sportplatz Ostheim) bis Bau-km 1,935, Main-Kinzig-Kreis, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 3 000 cbm Oberboden
- 16 000 cbm Bodenabtrag
- 7 000 cbm Bodeneinbau
- 600 cbm Grabenaushub
- 700 m Stahlbetonrohre 300/400 mm
- 12 Stück Schächte
- 4 000 qm alte Straßenbefestigung aufnehmen
- 8 000 t Frostschuttschicht
- 13 500 qm bit. Tragschicht 10 cm
- 13 500 qm Asphaltbinder 4 cm
- 13 500 qm Asphaltbeton 4 cm

Bauzeit: 212 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 14. September 1977 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt a. M., PSchKonto Nr. 68 21-601 beim PSchAmt Frankfurt a. M., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für den Ausbau der L 3009 von Nidderau/Ostheim nach Hammersbach/Marköbel“.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 23. September 1977, 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

6450 Hanau, 26. 8. 1977

Hessisches Straßenbauamt

Hanau: Die Bauleistungen für die Verlegung der Bundesstraße Nr. 45 Hanau a. M.—Bruchköbel 1. BA, Umfahrung Kinzigheimer Hof, Main-Kinzig-Kreis, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 14 000 cbm Oberbodenabtrag
- 5 000 cbm Bodenabtrag
- 18 000 cbm Boden des Auftraggebers einbauen
- 650 cbm Grabenaushub
- 409 cbm Stahlbetonrohre ϕ 300—1000
- 16 000 qm Frostschuttschicht
- 20 000 qm bit. Tragschicht 12,8 und 6 cm
- 16 000 qm Asphaltbinder
- 21 000 qm Asphalt- und Teerasphaltbeton 4,3 und 2,5 cm

Bauzeit: 262 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 8. September 1977 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt am Main, Postscheckkonto 68 21-601 beim PSchAmt Frankfurt am Main, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für die Verlegung der B 45 Hanau a. M.—Bruchköbel, 1. BA, Umfahrung Kinzigheimer Hof“.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 20. September 1977, 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

6450 Hanau, 26. 8. 1977

Hessisches Straßenbauamt

BHW: Die Bausparkasse, die es ihren Kunden leichter macht.

Wir sorgen dafür, daß Deutschlands öffentlicher Dienst bauen kann!

Fragen Sie uns nach den BHW-Vorzugsleistungen für Deutschlands öffentlichen Dienst. Auskunft erteilen alle

BHW-Vertrauensleute, die BHW-Beratungsstellen und die BHW-Hauptverwaltung in Hameln.

BHW die Bausparkasse für Deutschlands öffentlichen Dienst · 325 Hameln

Im Geschäftsbereich der hessischen Sozialgerichtsbarkeit

sind folgende Stellen zu besetzen:

a) ab sofort die Stelle eines

Inspektors

(Urkundsbeamter der Geschäftsstelle)

bei dem Sozialgericht Frankfurt am Main.

b) ab 1. Februar 1978 die Stelle eines

Inspektors

(Urkundsbeamter der Geschäftsstelle)

bei dem Sozialgericht Marburg.

Bei Bewährung bestehen Aufstiegsmöglichkeiten.

Interessenten mit Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst richten ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an den

PRÄSIDENTEN DES HESSISCHEN LANDESSOZIALGERICHTS

Rheinstraße 94,
6100 Darmstadt
(Telefon 0 61 51 / 8 40 31)

Im

Hessischen Sozialministerium

ist die Stelle eines

Sachbearbeiters

für die Aufgabenbereiche Rentenversicherung und Grundsatzfragen der Sozialversicherung zu besetzen.

Die breit angelegte Aufgabenstellung umfaßt den gesamten Bereich der Rentenversicherung, wie er sich einer obersten Sozialversicherungsaufsichtsbehörde stellt, sowie im Grundsatzbereich insbesondere auch sozialpolitische Fragestellungen zur Weiterentwicklung des geltenden Rechts.

Gesucht wird ein jüngerer Mitarbeiter (Mitarbeiterin), der über sehr gute Fachkenntnisse im Bereich der Sozialversicherung, insbesondere der Rentenversicherung, verfügt. Gewandtheit in Stil und Ausdruck sowie Verhandlungsgeschick sind erforderlich. Besonderer Wert wird auf die Fähigkeit zum Erfassen und Durchdenken sozialpolitischer Zusammenhänge und ein sozialpolitisches Engagement gelegt.

Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 11 eingestuft. Nach sechsmonatiger Tätigkeit wird Ministerialzulage gezahlt.

Bei getrennter Haushaltsführung wird Trennungsgeld gewährt und Hilfe bei der Wohnungsbeschaffung zugesichert. Umzugskosten werden nach den hierfür geltenden Bestimmungen erstattet.

Bewerbungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, mit ausführlichem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften und sonstigen Unterlagen über die bisherige Tätigkeit sind zu richten an:

Der Hessische Sozialminister
— Zentralabteilung —
Adolfsallee 53
6200 Wiesbaden

Nds. Vermessungsbeamter

Mittlerer Dienst, A 9, 31 Jahre, sucht neuen Wirkungskreis im Vermessungs- oder Katasteramt. Zur Zeit beschäftigt mit Umstellung auf BEDV.

Zuschriften unter Nr. 36/77 an den Staatsanzeiger für das Land Hessen, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden.

Persönliche

Darlehen zu 7%

für Beamte (a.L., z.A., i.R.), B.-Soldaten, unkündbare Angestellte im öffentl. Dienst ab DM 5.000,- bis Auszahlung 98%, Effektivzins 7,3% im Jahr. Keine offene Gehaltsabtretung! Kein Verwendungsnachweis! Angenehmste Rückzahlungsbedingungen mit Steuereinsparungsmöglichkeiten! Fordern Sie völlig unverbindlich Darlehensprospekt H 7 an!

KINZER & CO KG
im Sachsenlager 3
6 Frankfurt/M. 1

Darlehensvermittlung seit 1962

Tel.: 0611/594228

KINZER & CO

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich 22,60 DM (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Abonnementskündigung jeweils 12 Wochen zum Quartalsende möglich. Herausgeber Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den Öffentlichen Anzeiger Peter Chudoba. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 2229, 6200 Wiesbaden. Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-003. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon Sa.-Nr. 3 55 71 (Telefonische Anfragen zu Anzeigen: Telefon 0 61 22 / 60 71). Fernschreiber: 01 186 648. Der Preis von Einzelstücken beträgt 5,- DM. Im Preis sind die Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinende Ausgabe (jeweils Donnerstag für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe; maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 14 vom 1. 7. 1977.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 32 Seiten.